

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechszeilige Kolonne
eine oberer Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Norddeutsche Lloyd.

Aus Bremen wird uns geschrieben:

Nachdem des Krieges Stürme im Reichstag und im
Ruhrgebiet vorüber sind, dürfte es an der Zeit sein, die
Öffentlichkeit auf eine Enthüllung aufmerksam zu machen,
die von der gesamten bürgerlichen Presse mit voller Absicht
totgeschwiegen worden ist.

Der Lloyd, der die deutsche Post nach Ostasien und
Australien besorgt, wird seit 30 Jahren vom Reiche sub-
ventioniert. Er erhält 6 Millionen Mark. Dazu sagt nun der
Artikelschreiber:

„Der kluge Rechner ist darauf bedacht, die Zuschüsse möglichst
bald zu verringern und am Gewinne teilzunehmen. Er will das
Unternehmen nur in der ersten Zeit über Wasser halten. Dann
wird er am Gewinne partizipieren. So ist es auch im Sub-
ventionsvertrag ausgedrückt. Aber der Finanzier, das Reich, hat,
statt an einem Gewinn partizipieren zu können, immer größere
Summen ins Geschäft werfen müssen.“

„Mit der zweiten Vermutung soll — der Verfasser schreibt
einen sehr vorsichtigen Stil mit zahlreichen Hintertüren —
offenbar der Meinung Ausdruck gegeben werden, daß diese
„Fehler“ in der Organisation auf wohlwollender Absicht
beruhen. Auf jeden Fall ist eins sicher: „Das Unternehmen
steht vor der Verfallung, eine Unterbilanz herauszurechnen,
weil es in diesem Falle dem Reiche, seinem Geldgeber, keinen
Gewinnanteil auszahlen muß und alle Gelder im Betriebe
für sich selbst verwenden kann.“

„Im Reichstage, bei der Erhöhung der Subvention im Jahre
1910, ist bei den Abgeordneten ein Mißtrauen rege gewesen, und
es ist deutlich gefragt worden, ob denn die Berechnung nach § 36
des Subventionsvertrages aufgestellt sei. In einem angesehenen
Finanzblatt ist 1910 behauptet worden, die Abrechnungen
seien vertragswidrig aufgemacht. Am Regierungstische
wurde auf die Interpellation Naab geantwortet, der § 36
sei erfüllt. Wo ist in öffentlicher Verhandlung der
Nachweis geblieben?“

„Die deutsche Presse hat vor unseren Schiffsahrlinien einen
allzu hohen Respekt. Jahrelang hören wir nur Lobpreisungen und
lesen nur Nachdrucke aus den Korrespondenzen der Reedereien,
den Hamburger Beiträgen und dem Leuchtturm.
Und die Kritik! Da sitzt so ein armer, kleiner Redakteur und will
es mit den großen Reedereien nicht verderben. Die großen Reede-
reien sind generös mit Freifahrten. Wer hat das Geld, um mit
Familie nach Ostasien oder Australien, Indien oder nach Kon-
stantinopel reisen zu können. Bei der Sapag und beim Lloyd
kannst du es haben. Gratis, Luxuskabine. Du verpflücht dich
nur, ein Buch oder eine Broschüre oder eine Serie von Artikeln
in verbreiteten Zeitungen zu veröffentlichen. Als Titel hast du
zu schreiben: „Mit dem „Meteor“ oder dem „Aeolus“ (oder sonst
einem Dampfer) nach Neapel, Indien oder China.“ Du er-
wähnt recht häufig, wie gut du verpflücht wirst
an Bord, wie köstlich der Aufenthalt ist, lobst die
Reederei und fährt dann auch gratis wieder nach Hause. Die
Reederei betreibt dies System nicht etwa als Ränke, sondern nur
als Klugheit suchender Geschäftsmann. Das ist nicht so, als ob
eine Theaterdirektion dem Theaterkritiker Billette zur Verfügung
stellt. Bis jetzt ist es noch nicht geschehen, daß einer dieser Reife-
kritiker an den Einrichtungen des Schiffes etwas bemängelt hätte,
was er vielleicht doch getan hätte, wenn er die Reise auf eigene
Kosten unternommen hätte.“

Der Verfasser macht darauf eine Abschweifung, um die
Bedeutung des Lloyd für Bremen klarzulegen. Diese Ab-
schweifung ist im Grunde nur ein stilistischer Schachzug, um
einige weitere höchst bezeichnende Tatsachen in scheinbarer
Sarmlosigkeit vorbringen zu können. Nämlich:

Für 1911 zeigte sich folgende merkwürdige Tatsache: die ein-
heimischen 14 Vorstandsmitglieder des Lloyd sind insgesamt als
Aufsichtsräte in Bremen 43 mal an 21 Gesellschaften be-
teiligt. Sie sitzen im Lloyd zusammen, sie treffen sich in
dieser oder jener Gesellschaft wieder, beraten auch über deren
Schicksal und regieren so die Stadt. Herr Plate ist fünfmal
Aufsichtsrat, Fr. Achelis sechsmal, Meißner einmal, Kaspar G.
Kulenkampff fünfmal, Kolzig zweimal, Wäjen viermal, J. R.

Victor und G. Kulenkampff gar nicht, desgleichen der neu hinzu-
gekommene Herr Dr. Grebe; dagegen F. Hinde achtmal, Ph.
Heinrich viermal, Fr. Bremermann viermal, Chr. Leist einmal,
A. Peßel dreimal. Dies Verzeichnis bezieht sich nur auf Stellungen
im Aufsichtsrat und sagt nicht, wievielmals die
Herren noch als Direktoren oder Aktionäre an
weiteren finanziellen und industriellen Unter-
nehmungen beteiligt sind. In Bremen findest du stets
dieselben Namen wieder, stets dieselben Männer. Hinter allen
steht der Lloyd. Dieser liefert ihm, jener arbeitet für ihn, der
wieder schreibt für ihn, bezieht Pension von ihm.“

Die Republik Bremen mit dieser ihrer Inzucht so meint
der Artikelschreiber, ist dem Untergang geweiht. Was für
Anstrengungen, und mit was für Mitteln sie gemacht werden,
um Bremen, d. h. dem Lloyd, aufzubehalten, dafür werden ein
paar allerliebste Beispiele angeführt. Die Wasserverhältnisse
sind sehr ungünstig:

„Preußen und Oldenburg haben die Flutgewalt und ziehen
Vorteil daraus, daß die Schiffe nicht bis Bremen-Stadt gelangen
können und in Bremerhaven oder Geestmünde anlaufen müssen.
Bremen fühlt sich unbehaglich, sieht seine Existenz bedroht, handelt,
bietet, spricht bedrohlich, bittet und setzt es endlich durch, daß die
beiden großen Brüder, Preußen und Oldenburg, ihm das Recht
einzuräumen, die Weser auf fünf Meter zu vertiefen. Die Sache ist
also in Ordnung. Nach Jahr und Tag fragt sich aber ein ganz
Schlauser: „Wie geht denn das eigentlich zu...? Im Hafen
liegen Schiffe von sechs Meter Tiefgang und die Weser ist nur
fünf Meter tief!“ Die Frage geht von Mund zu Mund. Ja,
natürlich, die Sache hat ihre Richtigkeit. Die Weser ist fünf
Meter tief und von der See kommen Schiffe mit sechs Meter
Tiefgang ungehindert herein geschwommen. Eine Kommission
beginnt — sicherheitsshalber — eine mit würdiger Emsigkeit be-
triebene Lotung, fährt auf dem Strome spazieren, lotet hier,
lotet da und stellt fest, daß wirklich nicht daran zu zweifeln sei:
die Weser ist sieben Meter tief. Wer hat nun das gemacht?
Wer hat den Vertrag geschlossen? Ja, da muß man sich an den
Oberbaudirektor Franzius halten. Aber Oberbaudirektor Fran-
zsius sagt, er sei Angehöriger der Stadt Bremen und man möge
sich an die Stadt Bremen halten. Das tat Preußen auch. Aber
was sollte es denn nun machen? Sollte es verlangen, daß
Bremen mit großen Kähen dahergeschwommen käme und die
Weser wieder zusehnte? ... So verging einige Zeit. Da
genügte sieben Meter schon nicht mehr und die Frage entstand,
wie man das Preußen und Oldenburg begreiflich machen könne.
Recht augenfällig, so daß an der Notwendigkeit weiterer
Vertiefungen nicht mehr zu zweifeln wäre. Man hätte den beiden
Großen das Recht zur Vertiefung vielleicht ablaufen können.

Aber ein tüchtiger Danseur versucht die Sache so billig wie
möglich zu bekommen. Damals lieb die Aktiengesellschaft „Weser“
das Kriegsschiff „Westfalen“ vom Stapel. Das Schiff wurde
mit Kanonen beladen, sobald nur irgend Platz hatten, dann wurde
alle mögliche Ausrüstung darauf gepackt, was man ja auch hätte
brauchen können. Aber man erreichte doch glücklich, daß
das Schiff bei der Ausfahrt stehen blieb. Da sah es nun in seiner
ganzen Pracht und Herrlichkeit und demonstrierte so eindringlich
wie nur irgend möglich die Notwendigkeit einer weiteren
Vertiefung der Weser.“

Aber, meint der Verfasser des Artikels weiter, auch mit
solchen Mätzchen ist der Lloyd nicht zu retten. Denn er wirt-
schaftet nun einmal unrentabel:

„Der Lloyd ist schon lange keine Reederei mehr, sondern ein
Finanzierungsinstitut für eine Anzahl von dritten Unterneh-
mungen, die mit Schifffahrt nichts zu tun haben. Die Schiffe
laufen nur als Dekoration, um das Bankgeschäft zu lockieren.
Wie aber wird das Bankgeschäft geleitet? Unrentabel! ...
1901 betrug die Beteiligung an dritten Unternehmungen
3 200 000 Mk. Der Gewinn daraus belief sich auf 1 618 191 Mk.
Nun ist aber das Merkwürdige, daß sich die Anteilsummen an
dritten Unternehmungen unauffällig vergrößern, erst auf 14,
dann auf 17, 18, 24, 30, 34 und 40 Millionen Mark. Dagegen
stagniert die Gewinnsumme und wächst niemals an. Nein, sie
verringert sich sogar! Also an 40 Millionen verdient der Lloyd
heute 1 200 000 Mk., während er früher an 3 Millionen ganze
400 000 Mk. pro Jahr mehr herauswirtschaftete.“

Der vorsichtige Artikelschreiber attestiert hierauf den Di-
rektoren für alle Fälle, daß sie „als achtbare Kaufleute und
ehrenwerte Männer anzusehen“ sind. Ein „ehrenwerter
Mann“ ... man denkt unwillkürlich an Brutus. Sollte der
sorgfältige anonyme Stillschreiber nicht auch „unwillkürlich“ an
Brutus gedacht haben?

Die vom Reichsamt des Innern aufgestellte Statistik
bildet die einzige Rechnungsablegung, die den Abgeordneten
bei den Verhandlungen über die Subventionserhöhung vor-
gelegt wurde. Sie enthält aber kein Wort über
die Einnahmen aus Fracht- und Personen-
verkehr, obwohl § 36 des Subventionsver-
trages die Angabe dieser Einnahmen vor-
schreibt.

Ferner: Die Sapag fuhr fünf Jahre lang gemeinsam
mit dem Lloyd, indem sie zwei Dampfer in die Ostasienroute
einstellte. Als die Sapag sich in den Geschäftsbüchern des
Lloyd orientiert hatte, zog sie sich zurück! Während weiter
andere Linien auf der Australienroute mit Gewinn fahren,
erzielt der Lloyd auf ihr keinen Gewinn; d. h. auf der
Subventionslinie keinen. Aber er läßt seit 1905
außerdem noch eine Frachtlinie laufen, und die — ren-
tiert sich, obwohl der Vertrag dem Kan- z-

ler vorschreibt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wenn er
sieht, daß die Reederei sich auf den Sub-
ventionslinien selber Konkurrenz macht.
Woran der Kanzler natürlich nicht gedacht hat.

Nun kommt aber — so heißt es weiter — noch das
Schlimmste: Während hier solche Sachen aufstauen, besteht die
Möglichkeit, daß die kanadische Regierung mit englischen Gelb-
gebern auf Basis von 25 Millionen Dollar eine neue Linie ein-
richtet. Desgleichen veranlaßt die russische Regierung die Frei-
willigenflotte, eine Schnelldampferlinie nach La Plata und dem
Schwarzen Meer einzurichten. Die bevorstehende Eröffnung des
Panamakanals wird eine ganz neue Konstellation im internatio-
nalen Verkehr herbeiführen. Die Deutsche Bank, der frühere
Geldgeber des Lloyd, arbeitet mit dem Fürstentum, dem
Besitzer der Levante-Linie, zusammen, hat dadurch Verbindung
mit einer rentablen Gesellschaft bekommen und braucht den Lloyd
nicht mehr, wenn die Bagdadbahn etwa später eine Dampferlinie
zur Frachtbeförderung fordert ...

Mit anderen Worten: der Lloyd ist nicht mehr kon-
kurrenzfähig. Es gibt, meint der Verfasser des Artikels, nur
einen Ausweg: Der Lloyd darf kein Bankinstitut mehr sein,
kein Trust, der in sich selbst alles deckt aus eigenen Pro-
duktionsanstalten, was er braucht. Der Lloyd ist beteiligt an
Mineralwasser-, Selterswasserfabriken, einem Kohlenberg-
werk (dessen Kuxe er aber wahrscheinlich schon im stillen wieder
abgestoßen hat), an Möbelabriken, einer Verlagsbuchhand-
lung, an einem Konverw etc.

Aus dem verschwiegene Stil dieses Hamburgers ins
Deutliche überetzt, kann das, wenn man früher Belagtes
hinzu nimmt, nur heißen: Der Lloyd erzielt keinen
Gewinn, wie er könnte, weil die Lloydleute
an den Materiallieferungen für den Lloyd
um so höhere Gewinne erzielen. Die Leid-
tragenden sind außer den Aktionären das
Reich und die Steuerzahler.

Obendrein will man die Steuerzahler jetzt noch auf fol-
gende Weise einseifen:

„In diesem Jahre soll der Lloyd auf einer Subventionslinie
einen Ueberschuß herauswirtschaften. Pflöcklich, dicht vor Ab-
schluß des Vertrages, wird dem Reiche die Perspektive vorgehal-
ten: Jetzt endlich beginnen die sieben letzten Jahre für dich.“

Mit den Worten: „Und wer macht darauf aufmerksam?
Herr Vollin. In Form eines Lobes“ — charakterisiert der
Artikelschreiber dann die Bosheit der Konkurrenz. Uebrigens
ist seine eigene Methode von der Ballinischen nicht so ganz
verschieden. Zum Schluß fordert er nämlich mit unver-
hohlenem Mißtrauen eine Nachprüfung der alten Rechnungs-
ablegungen früherer Jahre.

Soweit der Inhalt des „Zeitschrift“-Artikels, von dem
wir nur einen Auszug mit kritischem Kommentar gegeben
haben. Da die bürgerliche Presse die Enthüllungen, wie ge-
sagt, systematisch ignoriert und sie nur in ein oder zwei Fällen
durch ein lendenlahmes Dementi bestätigt hat, wird im Reichs-
tag um so scharfer nachzufassen sein.

Die Bergarbeiterbewegung.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in England.

London, 10. April. (B. L. B.) Fast in allen Kohlenrevieren
wurde gestern die Arbeit wieder aufgenommen, soweit der Zustand
der Gruben es erlaubte. In Südwales dauert der Streik der
Maschinenisten fort, aber die Arbeit wird von Beamten übernommen
und mehrere tausend Bergleute sind gestern eingefahren. Auch der
Lohnstreik unter den über Tage arbeitenden Leuten in Dorsetshire
und Derbyshire ist beendet, dagegen weigern sich in Lancashire etwa
zwei Drittel der Leute, die Arbeit wieder aufzunehmen, ehe die
Mindestlöhne für das Revier festgesetzt sind. Fast in allen Bezirken
sind Vorbereitungen zur Einsetzung der durch das Mindestlohngesetz
eingeführten Lohnkommissionen getroffen.

Streikjustiz am Landgericht Duisburg.

Am Landgericht Duisburg werden die Streikführer ebenfalls
wegen geringfügiger Vergehen zu schwereren Gefängnisstrafen ver-
urteilt. Auch von hier ein typischer Fall.

Ein Vergmann, der wegen Erkrankung nicht am Streik teil-
nahm, war dabei, einen gedruckten Anschlag des Polizeipräsidenten
zu lesen. Ein Polizeiwachtmeister trat auf ihn zu und forderte ihn
auf, weiterzugehen. Der Vergmann erwiderte darauf, daß er das
Plakat eben auslesen wolle. Darauf wurde er nach preussischer
Manier von dem Polizeiwachtmeister sowie fünf Zechenbesitzern
entfernt. Dem Vorsitzenden war die Sache anscheinend auch etwas
kraus, denn er fragte den Polizeiwachtmeister: „Wozu ist das Plakat
denn da, wenn es keiner lesen soll?“ Polizeiwachtmeister: „Wir
hatten Befehl, monach kein Mensch auf der Straße stehen bleiben
durfte.“ Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis
wegen Widerstandsleistung und wegen Nichtbefolgung einer polizei-
lichen Anordnung 14 Tage Haft. Das Gericht erkaunte auf einen
Monat bzw. eine Woche Haft.

Eine separatistische Gegenkandidatur.

Aus Wien wird uns geschrieben:

I.
Diesen Monat finden in Wien Wahlen in den Ge-
meinderat statt, denen aus zwei Gründen eine große Be-
deutung zukommt. Erstlich hofft man, daß es möglich sein
werde, in die Mauer der christlichsozialen Kleinbergerschaft nun

aus in der Gemeinde eine Beside zu schlagen und den Despotismus dieser Partei, deren Willkür und maßlose Herrschaft die ganze Stadt vergewaltigt, ein Ende zu machen; und zweitens kommt, was die Wahlen für die Arbeiter so wichtig macht, diesmal der vierte Wahlkörper zur Wahl, also derjenige, in dem allein die Sozialdemokratie auf Erfolge rechnen kann. Groß ist die Möglichkeit dieser Erfolge keineswegs; das Wiener Gemeindevahlrecht ist das denkbar erbärmlichste und schränkteste mit der raffinierten Lüge des „allgemeinen“ Wahlkörpers das Recht der breiten Schichten aufs ärmste ein. Es besitzen nämlich die Steuervähler — und das Wahlrecht ist an einen so hohen Zensus geknüpft, daß es der Masse der Arbeiter unerreichbar ist — in drei Wahlkörpern nicht weniger als 144 Mandate (jeder 48), wogegen dem vierten Wahlkörper nur 21 Mandate zugewiesen sind, für jeden Stadtbezirk ein Mandat, so daß der Wahlkörper der Armen gegenüber den Wahlkörpern der Besitzenden, der Wohlhabenden und Reichen, ganz abgesehen von dem Unterschiede in der Wählerzahl, schon bei der Verteilung der Mandate um mehr als die Hälfte betrogen erscheint. Aber in diesem vierten Wahlkörper wählen nicht etwa, wie man meinen sollte, die Wähler, die in den drei mit Mandaten so reichlich ausgestatteten nicht wählen, sondern die Wähler, die schon 144 Mandate besitzen, wählen in dem Wahlkörper mit 21 Mandaten noch mit: wohl ein Pluralwahlrecht der niederträchtigsten Unmoral. Und da sich die Arbeiterklasse gegenüber den bürgerlichen Schichten natürlich nicht in allen 21 Stadtbezirken zu behaupten vermag — um so weniger, als die Wahlberechtigung an eine dreijährige Sechstätigkeit geknüpft ist —, in gut der Hälfte von ihnen (den weniger bevölkerten, die gleich den stark bevölkerten Arbeiterbezirken je ein Mandat haben) ist die Mehrheit der Bevölkerung kleinbürgerlich und bürgerlich; so bedeutet dieses mit der ganzen christlichsozialen Skrupellosigkeit erformene Wahlsystem, daß die Sozialdemokratie, die in Wien nach den Ergebnissen der letzten Reichsratswahlen als die stärkste Partei anzusehen ist, mehr Stimmen als die Christlichsozialen erhalten hat, von den 165 Mandaten des Gemeinderates im besten und allergünstigsten Falle, dessen Voraussetzungen aber auch diesmal noch keineswegs gegeben sind, 12 bis 15 Mandate erringen kann.

Derartig ungünstig sind also die Chancen für die Wiener Arbeiterklasse bei der Wahl in einer Körperschaft, die für sie die allerwichtigste ist, wichtiger sicherlich als der Landtag und wichtiger sogar als der Reichsrat. Denn mit dem Wiener Gemeinderat läßt sich, was Kompetenz, Macht, soziales und politisches Gewicht betrifft, wohl gar keine Kommune vergleichen, keine in welchem Staat immer. Davon nicht zu sprechen, daß die österreichische Gemeindeautonomie weiter geht als die Selbstständigkeit der Gemeinde etwa im Deutschen Reich, hat sich das Machtverhältnis durch die Schwäche des Staates ganz merklich verschoben; die Gemeinden der größeren Städte, hinter denen ja immer auch eine politische oder nationale Partei steht, mit der die Regierung im Parlamente angestrichelt rechnen muß, sind überall mächtige und dem staatlichen Einspruch entworfene Körperschaften geworden. Was aber Wien betrifft, so ist das Wiener Rathaus geradezu ein Staat für sich, eine Macht, der sich die sogenannte Staatsautorität nur mit Bittern und Bogen zu nahen wagt. Das Rathaus ist weit mehr als das Palais des Ministerpräsidenten eine größere und jedenfalls dauerhaftere Macht als die Macht einer der vergänglichen Regierungen; eine wahre Burg, in der der Bürgermeister mit unumschränkter und jügelloser Gewalt herrscht und vor der die auf dem Papier übergeordnete Instanz, nämlich der niederösterreichische Statthalter, in jeder Sache feige zurückweicht. Und wie sich diese Stadt im Verhältnis zu den Arbeitern beharrt, zeigt wohl ausreichend die letzten gemeldete Schurkerei der Vergewaltigung des Koalitionsrechtes der städtischen Straßenbahner. Von dem Geiste der Mißgunst gegenüber den Arbeitern, der offenen Feindseligkeit gegen ihre Organisationen ist die christlichsoziale Gemeindevirtschaft geradezu durchtränkt. Danach versteht man, wie wichtig diese Gemeinderatswahlen sind, welche großen Interessen der Arbeiterklasse sich an sie knüpfen, wie notwendig es ist, alle Kräfte zusammenzufassen, um bei den Wahlen wenigstens die Erfolge zu erringen, die im Rahmen des tschechischen Wahlgesetzes überhaupt möglich sind.

Diese Tatsachen mußten vorausgeschickt werden, um es der außerösterreichischen Welt begreiflich zu machen, was es bedeutet, welche Verleugnung aller proletarischen Pflichten darin steckt, daß die tschechischen Separatisten der Sozialdemokratie bei diesen Wahlen menschen in den Rücken fallen, daß sie nun ihre Treulosigkeit so weit gesteigert haben, den Sozialdemokraten Gegenkandidaten entgegenzustellen! Wir glauben nicht, daß, solange und soweit es eine kämpfende Sozialdemokratie gibt, eine ähnliche Felonie erlebt worden ist. Während wir mit den böserartigen Feinden des Proletariats im Kampfe stehen, alle Kräfte anzupönnen haben, um für die Arbeiterklasse in der Gemeinde einen bescheidenen Einfluß zu erringen, schleichen sich die Separatisten, die eine sozialdemokratische Partei sein wollen, in unseren Rücken, überfallen uns zum Ruhen und Gaudium der Christlichsozialen und suchen in die Reihen der Arbeiterklasse, denen mehr als je Einigkeit und Geschlossenheit not tate, mit allen Mitteln Zwist und Verwirrung zu tragen! Denn es bleibt ja selbstverständlich nicht bei der bloßen Aufstellung der separatistischen Gegenkandidatur, als einem Mittel etwa zur Zählung der separatistischen Stimmen, vielmehr muß für sie auch agitiert werden. Und wie wird für sie agitiert? Nur durch den Ruf der nationalistischen Intinkte der tschechischen Arbeiterklasse: indem bei ihr bewußt und planmäßig die Gefühle der Abneigung, ja des Hasses gegen die deutschen Genossen geweckt und geschürt werden; indem die deutsche Partei mit einer wahrhaft raffinierten Lüge in den Kot gezerrt, alle ihre Handlungen verdächtigt und entstellt, ihre Vertrauensmänner beschimpft und besudelt werden; indem die Empfindung für die proletarische Solidarität bei den tschechischen Arbeitern verschüttet, der Deutschenhass ihnen als die richtunggebende Ueberzeugung eingemüßt wird. Man kann es auch ruhig sagen: im Deutschenhass, in seiner bewußten Pflege, hat die separatistische Presse die tschechisch-nationale längst überflügelt, und gegen die Kunstfertigkeit und Skrupellosigkeit, mit der sie heute die nationale Begebetreibt, kommen die bewährten nationalistischen Klappnetze nicht auf. Der Kampf gegen die deutschen Sozialdemokraten ist nachgerade der einzige Kampf, den die Separatisten noch kennen, den sie mit Leidenschaft führen; mit ihren Klassengegnern im tschechischen Bürgertum haben sie ja schon längst Frieden gemacht. Wie weit es der separatistischen Gegenkandidatur gelungen wird, was sie so heiß erhofft, nämlich die deutsche Sozialdemokratie bei diesen Wahlen erstlich zu schlagen, wird sich zeigen; vielleicht ist es so, wie man im Interesse der Entwicklung der Sozialdemokratie in Oesterreich

so lebhaft wünschen muß: daß die tschechische Arbeiterklasse in ihrer breiten Masse mit der Verratspolitik der Führer nicht einverstanden sei und sich weigern werde, ihren kämpfenden deutschen Genossen in den Rücken zu fallen. Aber der moralische Schaden, der hier angeht, ist ungeheuer; denn es ist nur allzu begreiflich, daß sich ob solcher Treulosigkeit, die alle proletarischen Tugenden verleugnet, der deutschen Arbeiterklasse die stärkste Verbitterung bemächtigen muß, daß das Verhältnis zwischen der deutschen und der tschechischen Partei durch diesen zum Jubel aller Feinde des Proletariats übernommenen Heberfall unheilbar vergiftet wird, und daß sich dadurch die letzten Möglichkeiten, den brudermörderischen Konflikt zu schließen, immer mehr verflüchtigen. Die Separatisten werden dessen schon noch inne werden, was sie da verübt haben.

## Der Krieg.

### Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 10. April. Die „Agenzia Stefani“ meldet über die gestrigen Vorkommnisse in Tripolis: Ungefähr 50 Kraber mit zahlreichem Vieh und einigen Gewehren haben sich bei den Italienern eingefunden. — Bei Tobruk unternahm der Feind wieder einen Angriff gegen das neue Fort in einer Stärke von ungefähr 300 Mann, wurde aber von der italienischen Feldartillerie bald zurückgetrieben. — In Derna wurden wiederum von feindlichen Patrouillen wirkungslose Schiffe gegen italienische Wachposten abgegeben.

Dieselbe Quelle meldet: Nach einem vorbereiteten Plane haben gestern einige Kriegsschiffe, die einen Transport von Dampfern begleiteten, unter dem Kommando des Kapitäns Triangi in der Nähe von Luara einige Scheinmanöver ausgeführt, die eine Landung vortäuschen sollten. Als die Schiffe sich der Küste näherten, nahmen zahlreiche Abteilungen von bewaffneten Verteidigungsstellungen ein. Die Schiffe eröffneten gegen sie ein lebhaftes und wirksames Artilleriefeuer. Dieses Scheinmanöver ergab einen vollen Erfolg, weil es gestattete, daß beim Morgengrauen ein starker Truppentransport, der von Italien kam und von Schiffschiffen begleitet war, einen wichtigen, vorher bestimmten Punkt der libyschen Küste ohne irgend welche Verluste besetzen konnte. Die Landung von Truppen und Material wird gegenwärtig noch fortgesetzt.

## Die Revolution in China.

### Japan stellt Bedingungen.

Tokio, 10. April. (Weldung des Reuterschen Bureau.) Die Bedingungen der japanischen Regierung für die Teilnahme an der chinesischen Anleihe sind Anerkennung von Japans Sonderinteressen in der Mandchurei und Ausschluß der Mandchurei von den Operationen des Anleihe-Syndikats.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. April 1912.

### Eine Wehrsteuer

fordert wieder einmal die freikonservative „Post“. Sie glaubt, daß eine solche Steuer, die von den vom Militärdienst befreiten Militärschülern erhoben werden soll, die Kleinigkeit von 50 Millionen einbringen würde. Dann sei es auch nicht nötig, mit den Ausgaben bei den neuen Wehrvorlagen zu knausern, dann könne außer der Aufbesserung der Mannschafslöhne auch eine Verbesserung der Penagen vorgenommen werden, kurz dann könne man aus dem Vollen wirtschaften.

Eine Verbesserung der Mannschafslöhne und eine Erhöhung der Mannschafslöhne sind allerdings dringend notwendig. Sie wären ja auch leicht durchzuführen, da gegenwärtig das nötige Geld vorhanden ist. Hat doch die Regierung selbst zugegeben, daß die Einnahmen im Jahre 1911 218 Millionen mehr betragen haben, als im Etat angelegt waren. Dazu wäre also eine Wehrsteuer, eine Besteuerung der Personen mit schwächerer Körperkonstitution, nicht erforderlich. Zur Deckung der geplanten Wehrausgaben für die Vermehrung des Heeres und die neuen Schiffshäuten aber mögen genügend die bestehenden Massen endlich einmal das Ihrige beitragen, sei es nun in Gestalt einer Erbschaftsteuer, sei es in einer anderen Form. Steuern aber, die nicht nur die Besitzenden treffen würden, sondern auch den minderbegüterten Mittelstand und das Proletariat, die doch den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmachen und deshalb auch den Löwenanteil der Wehrsteuer aufbringen müßten, wären nichts anderes als ein neuer Beweis der infamen Steuerhau der Besitzenden und einer geradezu unglaublichen Provokation der ausgeplünderten Massen!

### Wieder einer verbraucht.

Wie die „Wiener Allgemeine Ztg.“ von „bestunterrichteter“ Seite zu melden weiß, tritt demnächst bestimmt Herr v. Ribbenbach von seinem Posten als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zurück. Als sein Nachfolger soll der gegenwärtige deutsche Votschafter in Washington, Graf Bernstorff, in Aussicht genommen sein.

### Immer tiefer hinab!

Die „Alln. Volksztg.“ veröffentlicht folgende der Korrespondenz des katholischen Volksvereins entnommene Notiz:

Der Zufall hat uns dieser Tage ein Schriftstück in die Hand gespielt, das als ein neuer Beitrag für die inkonsequente Handlungsweise vieler unserer Patriotenväter Erwähnung und Würdigung verdient. Es war am Tage nach der Reichstagswahl von der Geschäftsstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie an einen im Wahlkreis Homburg-Üllingen anhängigen höheren Beamten — offenbar ein Mitglied dieses Verbandes — gelangt worden und hat im wesentlichen folgenden Inhalt: In Ihrem Wahlkreis findet eine Stichwahl zwischen dem bürgerlichen Kandidaten und der Sozialdemokratie statt. Es wird der angestrengtesten Arbeit aller Nationalgesinnten des dortigen Kreises bedürfen, um den Wahlkreis vor einer sozialdemokratischen Vertretung zu bewahren. Der Reichsverband wird einige Tage vor den Stichwahlen Ihnen eine Anzahl Plakate zusenden, in denen die namentlich in bürgerlichen Kreisen überaus große Zahl der Nichtwähler aufgeföhrt werden sollen, von ihrem Wahlrecht auf alle Fälle Gebrauch zu machen und dem bürgerlichen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Wir möchten Sie schon heute auf diese Plakate aufmerksam machen und Sie bitten, sie in der üblichen Weise dort verteilen zu lassen oder sie den bürgerlichen Wahlkomitees zur Einbringung zur Verfügung zu stellen. Und was ist auf dieses Schreiben hin, das in ersten und eindringlichen Worten zu patriotischem Handeln auffordert, geschehen? Nichts, aber auch gar nichts! Die Plakate sind sicher von Berlin aus abgehandelt worden, aber in Homburg und Umgebung hat sie keines Menschen Auge entdecken können. Wenn man sich so auf von ihrer Wirkung keine allzu großen Hoffnungen zu

machen brauchte, vor allem wegen der Nähe Frankreichs und seiner Presse: so viel ist doch sicher, der Appell hätte doch manchen Mann zur Abgabe eines nationalen Stimmzettels aufgerüttelt, er hätte vor allem den Rat der Zentrumswähler gehoben und die bürgerlichen Parteien auch für künftig zu gemeinsamem Vorgehen zusammengefaßt und hätte vielleicht auch das eine oder andere der oben Spott- und Schimpfgedichte verhindert, die in Homburg in großer Zahl mit weichen Stimmzetteln in der Urne gemischt waren: als traurige Antwort der gebildeten und bescheidenen Wähler auf die Aufforderung der nationalliberalen Parteiführer, dem bürgerlichen (hier Zentrum-) Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie aber sei der Rat gegeben, sich nächsten etwas besser unter seinen Treuen im Lande umzusehen; wir zweifeln nicht, daß ihm wie hier so auch anderwärts noch manchmal der Bod zum Gärtner geworden ist.

Die Notiz zeigt deutlich, wie das Zentrum auf der abschüssigen Bahn immer tiefer hinuntergleitet. Vor zwei, drei Jahren wandte sich die liberale Presse noch mit Entschiedenheit gegen die fauleren Praktiken des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und lehnte dessen Hilfe ab; heute aber erlemmt sie die „patriotische“ Tätigkeit des Reichsverbandes dankend an und erhofft von dieser eine Stärkung des Rates der Zentrumswähler. Nur eines hat sie noch an dem Reichsverband auszufragen — daß seine Agitation gegen die Sozialdemokratie nicht intensiv genug ist.

### Die „Germania“ gegen das Marinewettrüsten.

In ihrer Nr. 81 behandelt die „Germania“ in einem Artikel, der ihr „von besonderer Seite zugeht, „Englands Schwäche“. Das Zentrumorgan gelangt zu dem Ergebnis, daß England in wirtschaftlicher Beziehung soviel schwächer und verarmtere Stellen aufzuweisen hat, daß es wirklich keine Ursache habe, Deutschland gegenüber allzu eifensüßlich aufzutreten. Schon Bismarck habe ganz richtig während des deutsch-dänischen Krieges von 1864 die feindseligen Rufen der Engländer, die nur auf eine Einschüchterung abgezielt hätten, unbeachtet gelassen. So sei auch das Verhalten des Londoner Kabinetts im Jahre 1911 nur ein „Bluff“ gewesen, dem von Rechts wegen keinerlei Bedeutung beizumessen sei.

England, so wird weiter ausgeführt, habe mit so großen inneren und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu rechnen, daß von ihm kein Angriff zu erwarten sei. Ja, es habe alle Ursache, um seine eigene Sicherheit besorgt zu sein. Denn wie wolle denn England seine 40 Millionen Einwohner bei einem Krieg mit Lebensmitteln versorgen, da doch die Statistik beweise, daß die in Großbritannien vorhandenen Getreide- und sonstigen Nahrungsmittelvorräte nur für drei Wochen ausreichen würden! Dann heißt es weiter:

„In Beachtung bleibt dabei, daß schon unter normalen Verhältnissen — gerogelte Zufuhr, Friedenspreise — 30 Prozent der städtischen Bevölkerung nur in dürftigster Weise den Lebensunterhalt beschaffen können, und ferner, daß ein Krieg sicher eine Verringerung der industriellen Tätigkeit, also eine Vermehrung der Brotlosen zur Folge haben würde. An den Staat träte dann die schwierige Aufgabe, nicht nur für eine gute Verpflegung der unter den Waffen stehenden Vaterlandsverteidiger zu sorgen, sondern auch das hungerleidende Proletariat zu ernähren. Keiner der britischen Zustände wollen letzteres auf etwa den vierten Teil der Gesamtbevölkerung, d. h. auf rund zehn Millionen Köpfe berechnen. Diese Erwägungen erklären es, daß England seine ganze Kraft für die Erhaltung seines Uebergewichts zur See einsetzt und das Wachstum einer nichtbritischen Flotte als einen feindseligen Akt ansieht. Gelingt es einem feindseligen Gegner Englands, für längere Zeit die Nahrungsmittelzufuhr nach dem Inselreich zu unterbrechen, dann hat er gesiegt, gleichviel, ob zum Schutz der Küsten eine gut ausgebildete, nach den Wünschen des Lords Roberts auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Armee bereit steht, oder ein freiwilligen Heer von militärisch unbrauchbaren Territorials nach Lord Galdanes Muster.“

Dieser Leitartikel der „Germania“ ist sehr interessant. Er beweist nichts Besseres als die Unsinngkeit unseres Flottenrüstens, das doch nach dem Eingeständnis aller maßgebenden Flotten- und Weltpolitiker gegen England gerichtet ist. Denn wenn England sich in einer so schwachen inneren und wirtschaftlichen Position befindet, wie könnte es dann jemals daran denken, frivoler Weise einen Krieg gegen Deutschland zu beginnen? Besitzt aber nicht die Gefahr eines englischen Angriffs, die ja auch ohnehin ganz absurd ist und nur in der Phantasie unserer Imperialisten und Flottenfanatiker existiert, so ist das marinistische Wettrüsten Deutschlands total unverständlich!

Aber mehr noch: wenn Englands ganze Sicherheit auf der gewaltigen Ueberlegenheit seiner Flotte beruht, wie das von der „Germania“ ausdrücklich hervorgehoben wird, so ist es in der Tat eine unerträgliche Provokation für England, sich von Deutschland mehr und mehr in seiner maritimen Vormachtstellung bedroht zu sehen! England wird dann ja gerade durch das deutsche Wettrüsten wider Willen dazu gezwungen, zur Behauptung seiner Existenz einen Waffengang mit Deutschland zu riskieren, sofern es nicht wehrlos vor dem Abwärtigen kapitulieren will.

Die „Germania“ beweist also nichts anderes, als daß die deutschen Seerüstungen nicht nur überflüssig sind, sondern daß sie obendrein die Gefahr einer sonst überaus unwahrscheinlichen Kriegseröffnung auslösen und eine unangenehme Unterbrechung der Handelsbeziehungen zwischen uns und England geradezu heraufbeschwören müssen!

### Delbrück über Steuerhinterziehung.

Professor Delbrück bringt in der „Täglichen Rundschau“ neue Beweise für den enormen Umfang der in Preußen verübten Steuerhinterziehungen bei. Zunächst für Steuerdefraudationen auf dem platten Lande. Er schreibt:

„Das gesamte Einkommen der mit mehr als 3000 R. veranlagten physischen Jensten auf dem Lande betrug 1910 aus Grundbesitz 591,83 Millionen. Die Zahl dieser Jensten betrug 178 864, das Durchschnittseinkommen aus Grundbesitz bei allen über 3000 R. Veranlagten also nur 3245 R. Man hat früher einmal ausgerechnet, daß an den Weizenböden eigentlich nur 25 000 größere Grundbesitzer ein Interesse hätten. Nehmen wir an, daß von diesen 25 000 etwa 10 000 das sind, was wir im gewöhnlichen Leben Großgrundbesitzer nennen, und nehmen wir weiter an, daß von den 178 864 Landflächen mit mehr als 3000 R. Einkommen nicht weniger als 168 304 gerade 3000 R. Einkommen haben, so sind das 490 Millionen, und es bleiben für die 10 000 Großgrundbesitzer 71 Millionen oder im Durchschnitt 7200 R. Das ist offenbar ganz außerordentlich wenig. Aber wir sind noch nicht zu Ende.“

Das Gesamteinkommen auf dem Lande (über 3000 R.) beträgt 1689,91 Millionen Mark, davon aus Kapitalvermögen 871,20, aus Handel, Gewerbe und Bergbau 855,30, aus gewinnbringender Beschäftigung 408,08. Von dem Gesamteinkommen gehen aber an Einkommensteuern und Lasten nach 291,06 Millionen, also hauptsächlich ländliche Hypothekenzinsen, ab. Jens 7200 R., die wir oben als das Durchschnittseinkommen der 10 000 größeren Grundbesitzer berechnet haben, sind also als das Nettoeinkommen

aufzusaffen. Sollen wir das wirklich glauben? Was bleibt da als versteuerter Reichtum übrig?" Prof. Delbrück verwahrt sich dann abermals energisch dagegen, daß seine wegen der Steuerbefreiungen erhobenen Anklagen sich einseitig gegen das Agrarierturn richteten. Seiner Meinung nach, und das habe er oft genug betont, bleibe natürlich auch das mobile Kapital hinter dem ländlichen Kapital an Steueremogeleiten keineswegs zurück. Für die vom mobilen Kapital verübten Steuerhinterziehungen verweist er diesmal u. a. auf einen Artikel des Oberregierungsrats Michaelis in Bromberg im Verwaltungsarchiv (November 1911), wonach namentlich das in Hypotheken angelegte Kapital deshalb dadurch der Besteuerung entzogen wird, daß häufig Hypothekenschuldner sich dem Gläubiger gegenüber verpflichten müssen, der Steuerbehörde keine Mitteilung zu machen. Delbrück führt darüber in der "Tägl. Rundschau" aus:

"Die im Besitz von physischen Personen befindlichen Hypotheken sind aber in Preußen auf etwa 27 1/2 Milliarden zu veranschlagen; das sonstige mobile Kapital an Papieren, Depots usw. auf 57 Milliarden. Es stellt sich heraus, daß von diesem mobilen Kapital nicht weniger als etwa drei Viertel der Steuerveranlagung entzogen werden. Da es nun auch ehrliche Leute gibt, die ihr Einkommen aus Kapital richtig angeben, so müssen die Unterhaltungen der Urheischen unendlich häufig den gesamten Besitz an Wertpapieren umfassen."

Was ist dagegen zu tun? Es gibt nur zwei durchgreifende Mittel: die Bankkontrolle und die Erbschaftsteuer. Beide haben den schweren Nachteil, daß sie nicht geringe Mengen des mobilen Kapitals ins Ausland treiben werden. Die Banker in Wien, Basel, Paris, Brüssel, Amsterdam, London würden den Vorteil davon haben. Aber das Uebel, nicht bloß das finanzielle, sondern auch das moralische, ist so groß, daß man diesen Nachteil nicht scheuen darf, und gerade wenn beides kommt, sowohl die Bankkontrolle wie die Erbschaftsteuer."

Wir sind mit den Sanierungsvorschlägen Delbrücks durchaus einverstanden. Das sollte ihm übrigens auch ohnehin schon bekannt gewesen sein und ihn verblühen haben, der Sozialdemokratie den leichtfertigen Vorwurf zu machen, sie sei zufrieden, wenn sie sich "gegen die Regierung auszuheulen" könne, während er, Herr Delbrück, bei seiner Kritik lediglich auf die Abstellung der kritisierten Uebel ausgehe. Mag Herr Delbrück nur getrost fortfahren, Kritik an der Steuerlichen der Reichenden zu üben, mag er, dem bei seinen Beziehungen ja reichliches Material zur Verfügung steht, nur die Hand haben liefern, um eine möglichst genaue Ermittlung des Einkommens und des Vermögens der besitzenden Klassen durchzuführen, und er wird finden, daß die Sozialdemokratie allen Eifer aufbietet, um seinen Bemühungen zum Erfolg zu verhelfen! Zu dem, was Herr Delbrück so kurzschichtig "Schimpfen auf die Regierung" nennt, nämlich zur rückfälligen Kritik herrschenden Unrechts, wird der Sozialdemokratie auch dann noch überreichlich Veranlassung bleiben!

**Liebesgabe.**

Die "Voss. Zig." berichtet, daß sich in dem Regierungsentwurf über die Aufhebung der Liebesgabe eine Bestimmung finden soll, die eine Mindestalkoholmenge für Trinkbranntwein festlegt. Die dauernden Erhöhungen der Trinkbranntweinspreise infolge der Steuererhöhung und der Preispolitik der Spirituszentrale haben Vorkonsumanten, Destillateure und Händler zu Verwässerungen und Fälschungen des Schnapses veranlaßt. Die gesetzliche Festlegung eines Mindestgehalts an Alkohol im Trinkbranntwein würde allerdings diesem Verfahren steuern, den Abgang des Gebrauches von Alkohol zu Trinkweiden etwas mäßigen und den Brennern Abzug und Profit überlassen. Bei der Aufhebung der Liebesgabe, unter Beibehaltung der sonstigen, den Bestand der Spirituszentrale garantierenden Bestimmungen würde damit den Schnapsbrennern ein Teil ihres "Verlustes" sofort ersetzt werden.

Es ist allerdings fraglich, ob die Regierung wirklich das Branntweinsteuergesetz mit neuen Paragrafen belasten will. Zwar hatte sich 1909 bei der zweiten Lesung des Gesetzes eine Mehrheit für die Mindestalkoholmenge gefunden. Aber die Kompromittierung des Gesetzes und die Bedenken, die gegen ein gesetzlich festgelegtes Quantum von Gift sprechen, sollen vielleicht nur dazu dienen, der Regierung den Weg zum Non plus ultra zu erleichtern, wie die "Voss. Zig." vermutet. Je größer der Widerspruch gegen neue Vergünstigungen, um so eher findet sich eine Mehrheit für das Spiritusmonopol, das natürlich in erster Linie auch wieder den Schnapsjunkern Vorteile bieten wird und dann erst dem geldbedürftigen Staat.

**Die Stärke der Parteien.**

In der "Hülfe" gibt R. E. Kay folgende Uebersicht der Verhältniszahlen der bei den Reichstagswahlen hervorgetretenen Parteien in den Jahren 1903, 1907 und 1912:

	1903	1907	1912
Sozialdemokraten . . . . .	31,7	29,0	34,8
Fortschrittliche Volkspartei . . . . .	9,2	10,7	12,8
Nationalsozial . . . . .	40,9	39,7	47,6
Nationalliberal . . . . .	41,2	39,7	47,6
Bauernbund . . . . .	13,9	14,5	13,7
Konservative . . . . .	55,1	54,2	61,8
Reichspartei . . . . .	1,2	0,7	0,6
Antiklerikale . . . . .	56,8	54,9	61,9
Nonkonformisten . . . . .	10,0	0,4	0,8
Reichspartei . . . . .	3,5	4,3	8,0
Antiklerikale . . . . .	2,6	3,1	2,4
Bund der Landwirte . . . . .	1,2	1,1	0,6
Zentrum . . . . .	17,8	17,8	15,3
Polen . . . . .	19,7	19,4	16,7
Schlag-Polbringer . . . . .	37,0	37,2	32,0
Weissen, Dänen, Litauer und Rechtsparteien . . . . .	8,7	4,9	8,6
	1,1	0,9	0,9
	1,3	0,9	0,9
	43,1	43,0	37,4

Die Zahlen beweisen das unauffällige Vordringen vor allem der Sozialdemokratie und deren Stärke gegenüber den reaktionären Parteien. Ist die Sozialdemokratie allein doch 1912 bereits ihrer Wählerzahl nach stärker, als Konservativen, Reichspartei, Landwirtschaftsbund, Antiklerikale und Zentrum zusammengenommen. Und Sozialdemokratie und Zentrum zusammen haben weit mehr Wähler (47,6 Prozent gegen 37,4 Prozent) als alle rechts von den Nationalliberalen stehenden Parteien insgesamt. Ja, ihre Wählerzahl wiegt annähernd sogar die aller übrigen Parteien zusammen auf, einschließlich der Nationalliberalen!

Wenn trotzdem die Linke so wenig respektiert wird und der Reichskanzler eine Steuerpolitik treibt, die im Grunde kaum dem dritten Teil der Wähler recht ist, so liegt das eben an der so jammervoll schwächlichen Haltung unseres "Libera-

lismus", der weder — wie die Nationalliberalen — den Willen noch — wie die Fortschrittler — den Mut hat, von seiner Macht Gebrauch zu machen.

Eine Wendung zum Besseren ist erst dann zu erwarten, wenn aus den annähernd 35 Proz. Sozialdemokraten deren mindestens 50 Proz. geworden sind. Aber auch dann müßten die sozialdemokratischen Wähler natürlich das zeigen, woran es dem Liberalismus so kläglich gebricht: Courage!

**Der neue Gouverneur von Togo.**

Der Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg ist, wie der "Köln. Zeitung" aus Berlin gemeldet wird, bestimmt als Gouverneur von Togo in Aussicht genommen. Eine schon früher in der Presse geäußerte Vermutung, daß seine etwaige Ernennung zum Gouverneur von Togo lediglich als eine kurze Vorbereitung für den Gouverneurposten von Ostafrika zu betrachten sein würde, tritt der Herzog in einem an den Staatssekretär des Reichskolonialamts gerichteten Briefe energisch entgegen.

**Ein behördlicher Eingriff in die Freizügigkeit und die Freiheit des Arbeitsvertrages.**

Vom preussischen Ministerium ist den Agrariern versprochen worden, daß beim Bau des masurenischen Schiffahrtskanals in der Hauptsache ausländische Arbeiter beschäftigt werden sollen, damit den Junkern die einheimischen Arbeitskräfte erhalten bleiben. Die Unternehmer scheinen sich nicht strikt daran gehalten zu haben, denn jetzt nimmt die Regierung in die Verträge mit den Unternehmern folgende Bestimmungen auf:

"Arbeiter (Arbeiter), die in den letzten zwölf Monaten in einem landwirtschaftlichen Betriebe der Provinz Ostpreußen, in einem stehenden Gewerbe beschäftigt waren, dürfen nur angenommen werden, wenn die Ortspolizeibehörde des Wohnortes oder in Ermangelung eines solchen des letzten Aufenthaltsortes des Bewerbers bescheinigt hat, daß dessen Beschäftigung beim Bau des masurenischen Kanals Bedenken nicht entgegensteht. Die Bescheinigung ist grundsätzlich zu erteilen allen Arbeitern, die aus Mangel an Arbeit in der Landwirtschaft oder Industrie beschäftigt worden sind, es sei denn, daß der Ortspolizeibehörde ohne weiteres bekannt ist, daß der Beteiligte aus persönlichen oder sonstigen Gründen zur Verwendung beim Kanalbau ungeeignet ist. Bei solchen Arbeitern, die aus eigener Veranlassung aus ihrer Beschäftigung ausgeschieden sind, um etwa eine besser gelohnte Arbeit beim Kanal zu übernehmen, hat die Ortspolizeibehörde jedenfalls auf das strengste zu prüfen, ob sie die Bescheinigung erteilen kann oder nicht."

Mit dieser Vertragsklausel, die der Staat den Bauunternehmern auferlegt, kommen natürlich die Junker auf ihre Rechnung, denn den Landflaven wird es dadurch ganz unmöglich gemacht, den Frondienst auf dem junkerlichen Gutshofe mit der besser bezahlten Kanalarbeit zu vertauschen. Deshalb brauchen sich die Agrarier auch nicht um die Lohndarstellungen zu sorgen, das wirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage ist ja durch jene Vertragsklausel ausgeschaltet. Die größere Arbeitsnachfrage kann ihre lohnsteigernde Wirkung natürlich nicht ausüben, wenn die Freizügigkeit und Arbeitsfreiheit der Arbeiter behördlich unterbunden wird.

Nach unserer Auffassung widerspricht zudem die Vertragsklausel den bestehenden Gesetzen, und der Vertrag müßte als den guten Sitten widersprechend von jedem Gericht als ungültig erachtet werden. Leider wird sich kein Unternehmer finden, der die Probe aufs Exempel macht.

**Der Jesuitenerlaß der bayerischen Regierung.**

Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, will die national-liberale Fraktion des Reichstages über den Jesuitenerlaß der bayerischen Regierung beim Wiederauftritt des Reichstages eine Interpellation einbringen, um der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, zu dem bayerischen Erlaß Stellung zu nehmen. Voraussichtlich wird sich auch der Bundesrat in seiner nächsten Sitzung schon mit dieser Materie befassen. Wie in Bundesratskreisen verlautet, soll der Reichskanzler auf dem Standpunkte stehen, daß der bayerische Erlaß das dem Kaiser allein zustehende Recht der Ausführung von Reichsgesetzen antastet. Man nimmt an, daß in Korfu der Kanzler vom Kaiser Anweisungen erhalten haben dürfte, um diese peinliche Angelegenheit möglichst schnell aus der Welt zu schaffen. Wie verlautet, werden zwischen der bayerischen und der Reichsregierung bereits Verhandlungen geführt, die die Meinungsverschiedenheiten bei der Handhabung des Jesuitengesetzes bald beheben werden. In irgend welchen inneren Krisen dürfte der Zwischenfall nicht führen.

**Die Lehrermahregelungen in Bremen.**

nehmen ihren Fortgang. Vor einigen Tagen ist der Lehrer Emil Sonnemann vom liberalen Senat der freien Hansestadt Bremen vom Amte suspendiert worden. Es soll ein förmliches Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsentziehung gegen ihn eingeleitet werden. Gegenstand der Anklage bilden zwei Reden, die Sonnemann im vorigen Jahre in Versammlungen der freien Jugendorganisation in Düsseldorf und Barmen gehalten hat. Die Polizei fand damals in diesen Versammlungen keinen Grund zum Einschreiten. Man darf deshalb darauf gespannt sein, wie der bremische Senat sein Vorgehen begründen wird.

**Frankreich.**

**Das Budget für 1913.**

Paris, 10. April. Der Ministerrat genehmigte den Budgetentwurf für 1913. Die Ausgaben betragen 4 664 665 385 Franc, das bedeutet eine Vermehrung um ungefähr 167 Millionen gegenüber 1912. Die Vermehrung umfaßt insbesondere 80 Millionen für die nationale Verteidigung, 46 Millionen für wirtschaftliche, 26 Millionen für soziale Zwecke. Die Einkünfte betragen 4 604 054 815 Franc. Es sind also noch ungefähr 161 Millionen zu decken, die ohne neue Steuern, u. a. durch den Ueberschuß des Budgets von 1911, gedeckt werden sollen.

**Gelbe Geldentaten und kein Ende.**

Aus Paris schreibt man uns: Wenn die Sensationspresse über Leben, Taten und Meinungen der "anarchistischen" Banditen nicht ausführlich genug zu erzählen weiß, so gleitet sie über die von den beliebtesten Regulatoren der bürgerlichen Ordnung, den Streikbrechern, verübten Gewalttätigkeiten möglichst hintweg. Und doch schwillt die Liste der von diesen vollbrachten Verbrechen unheimlich an. Es wird für verbrecherisch veranlagte Individuen das Streikbrechertum sich bald als die Gelegenheit empfehlen, blutige Instinkte mit der größten Sicherheit gegen gerichtliche Verantwortung zu befriedigen. Man braucht nur die Kette von Schreckenstaten zu betrachten, die die Streikbrecher des Konfortiums der Pariser Automobilfahrer angerichtet haben. Sie hat jetzt kaum das der unglückliche Bedhomme in die Grube versenkt war, ein neues Mitglied bekommen. In der Nacht von Freitag auf Sonnabend wurden aus zwei Automobilen in einer Straße von Levallois-Perret zahlreiche Revolverkugeln abgegeben. Die Passanten schickten in die noch geöffneten Gasthäuser. In einem dieser Lokale drangen plötzlich mehrere Leute ein, die den Automobilen entstiegen waren: es waren Gendarmen und Streikbrecher. Diese trugen Revolver in der Hand. Einer von ihnen deutete auf einen der Flüchtlinge,

einen streikenden Chauffeur namens Emil Louis, den zwei Gendarmen sofort in die Mitte nahmen. Aber aus der Streikbrechergruppe löste sich nun ein Individuum los, das auf Louis zu trat und aus nächster Nähe einen Revolver auf ihn gegen seinen Unterleib abgab. Infolge einer instinktiven Bewegung des Angegriffenen traf das Geschoss nur den Beckenknochen und den Oberschenkel. Die Wunde ist gleichwohl schwer. Die im Krankenhaus vorgenommene Radiographie hat noch kein bestimmtes Ergebnis geliefert.

Louis bezeichnet als den Täter mit aller Bestimmtheit einen Streikbrecher namens Cateau. Die Polizei dagegen nennt einen gewissen Derrigny als den Schuldigen. Derrigny ist mit der Waffe in der Hand festgenommen worden, leugnet aber, die Tat vorfänglich begangen zu haben. Ueberhaupt wird die Sache von der Polizei und ihrer Presse jetzt so dargestellt, daß die Streikbrecher die Angegriffenen getroffen seien. Aber selbst gesetzt den Fall, daß Streikende, wie es heißt, einen mit "Gelben" besetzten Wagen wirklich mit Steinwürfen attackiert hätten, rechtfertigen die Steinwürfe die Raubexpedition mit Revolvern und den Einbruch in das Gasthaus? Und wie ist die ungeheuerliche Kooperation der Gendarmen mit den betreffenden Gelben zu verteidigen? Zugleich mit Derrigny ist noch ein anderer Gelber namens Blancard verhaftet worden, der gleichfalls einen Revolver trug. Es ist notorisch, daß die Streikbrecher ihre Waffen vom Konfortium erhalten haben, das, ehe es die billigen Forderungen der Streikenden erfüllt, lieber einen permanenten Kriegszustand in Levallois-Perret und in den angrenzenden Stadtvierteln herbortreibt und in seinem provokatorischen Verhalten durch die Hilfe der Polizei bestärkt wird. Das ist eine weitere Ungeheuerlichkeit. Die Zentralregierung bemüht sich um einen Ausgleich. Aber die Unternehmer lehnen das von den Arbeitern angeregte Schiedsgericht ab und führen gegen allgemeine Interessen Krieg mit Hilfe der Levalloiser Nebenregierung.

Erreichterweise hat die Hofnung des Konfortiums, die Streikenden auszuhungern, ebensowenig Aussicht auf Erfüllung, wie die, den Betrieb mit den famosen Gelben in Gang zu bringen. Die Bilanz des organisierten Streikbruchs setzt sich aus zahlreichen Beschädigungen von Passanten, Fahrgästen und Wagen zusammen. Bis zur Ausschüderung der Chauffeure aber hat es noch gute Wege. Das Konfortium hatte auf das Hausbesitzerinteresse als Bundesgenossen spekuliert und vom Zinstermin im April eine entscheidende Wendung zu seinen Günstigen erwartet. Die Organisation der Chauffeure aber war nach drei Streikmonaten noch stark genug, einen Streich durch diese Rechnung zu machen, indem sie den Streikenden einen außerordentlichen Zuschuß zur Bezahlung des Zinses zur Verfügung stellte.

**Türkei.**

**Jungtürkischer Wahlerterrorismus.**

Konstantinopel, 10. April. Bei den Wahlen der zweiten Klasse in Konstantinopel haben bisher ausschließlich die Jungtürken Gewinne zu verzeichnen. Die liberale Union beschloß infolge von Wahlmährbräuchen, wobei Parteigänger der liberalen Union angeblich auch getötet wurden, sich in einigen Wahlbezirken Konstantinopels der Stimme zu enthalten.

**Persien.**

**Russische „Beruhigungs“-Arbeit und englische Verdienste.**

Dem Internationalen sozialistischen Bureau gingen folgende Nachrichten aus Täbris zu: Das Gefängnis in Täbris enthält Hunderte aneinander gefesselter Unschuldiger, und wenn einer von ihnen zum Tode verurteilt und zum Galgen gebracht wird, benachrichtigt man die anderen von seinem Schicksal und verhindert sie, ihre Gebete zu verrichten. Viele nach europäischem Muster eingerichtete Schulen hat man geschlossen. Im Gebäude der Schule Seadet, die die bestgeleitete und größte der Stadt war, wohnen augenblicklich die russischen Soldaten.

Man hat die Kanonen der Regierung nach Vagh Chemal, der Residenz der russischen Truppen transportiert und sie dort mit der Mündung nach unten auf der Erde aufgestellt. Die persischen Kosaken von Javriz, die dem unmittelbaren Befehl ihres Chefs, einem russischen Offizier in Teheran unterstehen, von dem sie almonatlich ihre Löhnung erhalten, werden von Samad Khan in die Dörfer geschickt, um zwangsweise, mit der Hilfe in der Hand, sogenannte Freiwillige zu rekrutieren, um dann mit Samad Khan in Teheran einzubringen.

Der englische Konsul Dr. Shipli war die Hauptursache an der Hinrichtung Selatol Jolams und anderer Personen. Vor dem Einzug der russischen Truppen hatten eine Gruppe angegebener Männer und Selatol Jolam in Gegenwart des englischen Konsuls eine Versammlung im englischen Konsulat abgehalten. Der englische Konsul hatte Selatol Jolam zugesagt, daß die russischen Truppen keinen Verkehr mit der Bevölkerung haben und sich einfach in Vagh Chemal niederlassen werden.

Auf die Versicherungen des englischen Konsuls hin hatte Selatol Jolam, ohne an Schut oder Flucht zu denken, an die Einwohner der Stadt geschrieben, um sie zur Ruhe zu ermahnen und sie dahin zu beruhigen, daß es zu keinem Blutvergießen kommen würde. Als jedoch am folgenden Tage die russischen Truppen einzogen, war die erste Person, die sie verhafteten und zur Richtstatt führten, Selatol Jolam. Hierauf töteten die Soldaten alles, was ihnen in den Weg kam. Die Bevölkerung leistete Widerstand und verteidigte sich mit aller Energie, aber die zahlreichen, gut bewaffneten russischen Truppen massakrierten viele Personen, bombardierten die Privathäuser, die Ortversammlung und das Polizeigebäude. Um sich zu schützen, traten die russischen Soldaten in das Haus eines Barbiers und benutzten dieses als Zufluchtsort, indes sich der Barbier weit davon fort in seinem Laden befand. Die Soldaten liehen einen Toten in dem Hause zurück und verließen. Am Abend findet der Barbier den Leichnam des Russen und aus Wietat macht er die Anzeige am russischen Konsulat. Am nächsten Tage wird er, sein Lehrling und ein Kunde, der gekommen war, sich rasieren zu lassen, verhaftet. Man beschuldigt die drei des Mordes an dem russischen Soldaten, obgleich ihre Unschuld von verschiedenen Leuten, denen sie bekannt sind, bezeugt wird.

Samad Khan selbst und die reaktionäre Geistlichkeit, Befreundete des Konsuls, bitten diesen, die Männer, insbesondere den armen, ganz unschuldigen Lehrling nicht hängen zu lassen. Aber der Konsul antwortet, die Zeugenschaft Hundert Ulema's wiegt nicht das Wort eines russischen Soldaten auf. Der Barbier und sein Lehrling wurden gehängt.

Rachedi Named Ufoul, einer der Fida's, die während dieser Rastaker russische Soldaten gefaßt und einem russischen Offizier und mehreren russischen Soldaten Inhaft geboten und den der Konsul begnadigt hatte, wurde von Samad Khan auf das Geheiß des russischen Konsuls gehängt. Dem englischen Konsul in Täbris sind alle diese Grausamkeiten wohl bekannt, aber er erstattet seiner Regierung keinen Bericht, denn er nicht dem russischen Konsul vorgelegt und nach dessen Wunsch redigiert hat.

# Gewerkchaftliches. Gelber Schwindel.

Die Leiter der gelben Werkvereine gebärden sich, als hätten sie die Welt erobert. Neben dem Ledibischen "Bund", dem Organ der Berliner Gelben, wurde vor Jahresfrist in Essen, "Der Werkverein", als "Organ der nationalen Arbeiterbewegung" für den ganzen Westen, namentlich für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, ins Leben gerufen. Die Gründung erfolgte in Essen, wo die Bewegung der Gelben schon seit längerem in den Kruppischen Werkvereinen einen Stützpunkt gefunden hatte.

"Der Werkverein" bringt aus Anlaß seines einjährigen Bestehens in seiner letzten Nummer einen Rückblick über "Das erste Jahr", der ein übertriebener Hoffungsstreblichkeit und unerreichter Schönfärberei nicht zu überdauern ist. Man könnte diese Jubelhymne getrost mit Stillschweigen übergehen, wenn nicht auch die arbeitserfreundliche Tagespresse die Darstellungen des Werkvereins als bare Münze verbreiten würde. An allen größeren Orten des Industriebezirks wollen die Gelben festen Fuß gefaßt haben. In den meisten Orten hat man jedoch auch nicht das mindeste hiervon gemerkt. Ueber die Entwicklung der Werkvereine im Westen wird in dem schon zitierten Jubelartikel gesagt:

"So trat 'Der Werkverein' ins Leben und begann seinen erfolgreichen Lauf mit 7500 Abonnenten. Schon in der nächsten Nummer konnten wir 7800 Abnehmer zählen, die sich in Nummer 3 auf 8000 erhöhten und nach dem ersten Monat auf 8150 anwachsen. . . . Dann trat eine Zeit der Sammlung ein; es wurde fleißig gearbeitet an dem inneren Ausbau des Blattes und mit Nr. 24 stiegen die Abonnenten auf 10 200. Die Nr. 30 wurde von 11 700 Abonnenten bezogen, Nr. 34 konnte in einer Auflage von 12 500 erscheinen und mit Nr. 37 konnten wir 15 000 Gesinnungsfreunde als Abonnenten zählen. Weitere Kreise des Industriebezirks wurden auf die Zeitung aufmerksam und gewonnen. Mit der nationalen Arbeiterbewegung wuchs auch die Zeitung; neue Vereine wurden gegründet und erhoben den 'Werkverein' zu ihrem Organ. Und heute können wir stolz die Zahl unserer Bezahler auf 40 000 angeben, können wir feststellen, daß unser 'Werkverein' das verbreitetste Blatt der wirtschaftsfriedlichen, nationalen Arbeiterbewegung ist."

Die von dem "Werkverein" angegebenen Zahlen sind natürlich nicht nachprüfbar; aber 40 000 "Abonnenten" auf den "Werkverein" bedeuten bei weitem nicht 40 000 Gesinnungsgenossen der Gelben. Man muß die Agitation kennen, die ein Teil des Unternehmertums für die gelben Werkvereine entfaltet, um den wirklichen Wert dieser Ziffer beurteilen zu können. Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man sagt, daß wohl etwa die Hälfte der "Abonnenten" völlig un- freiwillig in den Genuß der "Schönheitsreden" der "Werkvereine" gelangt. Eine Anzahl Werte abonnieren das Organ der Gelben einfach für die gesamten bei ihnen beschäftigten Arbeiter. Wer nicht sein Brot verlieren will, der nimmt den Tisch an, verbraucht ihn in angemessener Weise und wird dann ohne weiteres zu einem Gesinnungsgenossen der Gelben gestempelt.

So geht es namentlich dem großen Heer der Angestellten der Straßenbahngesellschaften, die fast in ganz Rheinland und Westfalen systematisch zur Mitgliedschaft in Betriebsvereinen gezwungen werden. Diese Betriebsvereine, die sich vor kurzem zusammengeschlossen haben, tragen einen ausgesprochen gelben Charakter; die Mitglieder erhalten durchweg den "Werkverein" als Vereinsorgan.

Am übrigen darf aber ein Moment nicht verkannt werden: Es hat sicherlich immer schon solche sonderbare Kränze gegeben, die an eine Harmonie der Interessen der Arbeiter und der Unternehmer glaubten. Schlicht man diese nun zusammen, was im vergangenen Jahre geschehen ist, so mögen immerhin etliche Tausende dabei zusammenkommen. Was will diese Zahl aber bei den vielen Millionen der Arbeiter überhaupt und gegenüber den 2 1/2 Millionen freiergewerkschaftlicher Arbeiter im besonderen bedeuten.

Ueber das "machtvolle" Anwachsen der "Gelben" dürfte die Scharfmacherpresse zu früh jubelt haben. Der gesunde Sinn der Arbeiter wird schon verhindern, daß die "gelben" Säume in den Himmel wachsen.

## Berlin und Umgegend.

Die Berliner händischen Gärtner nahmen in ihrer Monatsversammlung am 4. April den Bericht ihres Ausschusses entgegen. Der Ausschuss führte lebhaft Klage über das geringe Entgeltkommen des Herrn Gartendirektors Brodersen gegenüber den Wünschen und gar bescheidenen Lohnforderungen der Gärtner. In der dem Bericht folgenden Debatte stimmten sämtliche Mitglieder den Ausführungen der Ausschussmitglieder zu; sie beklagten besonders die überaus niedrigen Anfangslöhne, die in der Berliner Parkverwaltung gezahlt werden, mit dem Hinweis, daß keine Berliner Vorortgemeinden nicht nur höhere Löhne zahlen, sondern auch mehr soziale Entgeltkommen an den Tag legen. Allgemein wurde die Ansicht ausgesprochen, daß, nachdem die Direktion so wenig Entgegenkommen gezeigt, der Ausschuss die Wünsche und Forderungen der Gärtner bei der Pardeputation abermals, eventuell durch persönliches Vortrittwerden zu Gehör bringen solle. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Nach einem Hinweis auf die notwendige gewerkchaftliche Organisationsarbeit und Aufklärung über die sozialen Pflichten der Gemeinde als Arbeitgeber fand die zahlreich besuchte Versammlung ihr Ende.

Die Lohnbewegung für die auf Zelte, Pläne und wasserbichte Artikel in Berlin beschäftigten Personen, welche vom Verbande der Sattler geleitet wurde, konnte mit gutem Erfolge beendet werden. Für alle in Betracht kommenden Betriebe wurde ein einheitlicher, für drei Jahre geltender Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde von 53 auf 52 Stunden verkürzt. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 30 Proz. Zuschlag bezahlt. Der Mindestlohn für Sattler und Tapezierer wurde von 50 auf 60 Pf. für Schlosser, Schmiede und Dreher auf 65 Pf. festgesetzt. Helfer und Stodgesellen erhalten 56 Pf., Hilfsarbeiter 45 Pf., Maschinenwärterinnen 35 Pf. Alle zurzeit im Betriebe Beschäftigten bekommen 10 Proz. Lohnzulage.

Sum Fleischerstreik in Neufölln. Herr Fleischermeister Fischer in Neufölln sendet uns folgende Erklärung: Die im Absatz 2 des Artikels "Zum Fleischerstreik in Neufölln" in Nr. 78 vom 2. April aufgestellte Behauptung, ich hätte einem Verbandsvertreter gegenüber erklärt: "Die Beschlüsse der Innung seien mir nicht wert, als die Parteizugehörigkeit", entbehren jeder Grundlage und sind aus der Luft gegriffen. Ich selbst bin seit 8 Jahren Parteigenosse und habe mir sowohl in der Partei wie auch in der Jugendbewegung viele Freunde erworben. Meine Gesellen erhalten nachweislich mehr Lohn als der Tarif bedingt. Ich kann aber eine anderweitige Arbeitseinteilung meiner Gesellen wegen der von meiner Kammerhaft an mich gestellten Anforderungen nicht vornehmen, da ich sonst in kürzester Zeit ruiniert wäre.

Wilhelm Fischer, Fleischermeister, Neufölln, Bietenstr. 51.

Nachtung, Töpfer! Die Storkower Kollegen sind am Dienstag, den 4. April, in den Streik getreten. Storkow gehört zum Königs- müsterverwaltungsbereich und zum Arbeitgeber-Unter- verbandesgebiet Teltow-Beeskow-Storkow. Da es hauptsächlich die Königs-müsterverwaltungsbereichs-Unternehmer sind und an ihrer Spitze der Obermeister Gustav Brunner-Königs-müsterverwaltung, die die Einigung mit den Storkower Unternehmern hintertrieben, ersuchen wir hiermit, den Zugang für das gesamte Gebiet fernzuhalten. So- berantw. Redakteur: Albert Sachs, Berlin. Inseratenteil berantw.:

mit also auch für die Orte Königs-müsterverwaltung, Beeskow, Teupitz, Wendisch-Buchholz usw. Daß es in Storkow zum Streik kommen konnte, ist uns unverständlich, denn unsere Kollegen fordern weiter nichts als das Angebot der Innung, für Storkow Bezahlung nach Berliner Tarif mit 15 Proz. Abzug". Nachdem die Meister nun ihre Unterschrift dazu gaben resp. die angebotene Bezahlung in Kraft treten sollte, weigeren sie sich dem nachzukommen. Sie erklären, ihre jetzigen Verkaufspreise liegen dies nicht zu. Daß aber auch dies nur eine Ausrede ist, beweist der Umstand, daß sie doch ihr Angebot schon vor einem Vierteljahr gemacht haben; sie hätten also genügend Zeit, ihre Verkaufspreise danach einzurichten. Kein Kollege darf also von jetzt ab in diesem Innungs- gebiet in Arbeit treten, ohne sich erst im Berliner Filialbüroau erkundigt zu haben. Storkow ist aber unbedingt zu meiden. Auch ersuchen wir die Fliesenleger, feine Fliesenarbeiten bei den Storkower, Beeskower und Teupitzer Töpfermeistern anzunehmen, da sie sonst Streikarbeit ausführen. Die Fliesenarbeiten sind nämlich bisher bei diesen Töpfermeistern immer von den Töpfern ausgeführt worden. Inzeit handelt es sich um angefangene Fliesen- arbeit in Pechhütte. Die Verbandsleitung.

## Deutsches Reich.

### Der Textilarbeiterverband im Jahre 1911.

Der wirtschaftliche Druck, der in den Jahren 1908/09, zum größten Teil auch noch 1910 auf die Textilindustrie lastete, fängt an zu weichen. Die Arbeiter, die unter dem Kräftendruck sich den Nach- teilen der Textilbranche beugen mußten, gehen wieder mit frischem Mut daran, an einer Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeits- bedingungen zu arbeiten. Der Stand der Mitgliederziffern zeigt das Vertrauen auf eigene Kraft. Am Jahreschlusse 1900, also am Ende der vorigen Geschäftperiode, zählte der Textilarbeiterverband 104 301 Mitglieder, am Jahreschlusse 1910 schon 118 075 Mitglieder, Ende 1911 jedoch 131 525 und gegenwärtig 136 000 Mitglieder.

Lohnbewegungen und Streiks fanden im Jahre 1911 insgesamt 259 statt, die sich auf 128 Orte mit 1046 Betrieben und 100 747 Be- schäftigten verteilten. Von den Arbeitern wurden Forderungen an die Unternehmer in 209 Fällen in 106 Orten in 963 Betrieben mit 88 399 Beschäftigten gestellt. — Von den Unternehmern wurden in 50 Fällen in 39 Orten in 83 Betrieben mit 18 348 Beschäftigten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen versucht. Tarife wurden 16 für 3580 Personen abgeschlossen. Insgesamt wurden bei allen Be- wegungen erreicht für 18 980 Personen 40 521 Stunden Arbeitszeit- verkürzung pro Woche und für 31 017 Personen 30 082 M. Lohn- erhöhungen pro Woche. Für 19 550 Personen wurden sonstige Ver- besserungen erreicht oder Verschlechterungen abgewehrt. — Für die Bewegungen wurden 345 846 M. an Unterstützung gezahlt.

Bei allen Bewegungen, die in der Textilindustrie geführt werden, sind oft eine ganze Menge Verbesserungen zu konstatieren, die in ihrem finanziellen Effekt nicht ersagt werden können, da sie sich für den einzelnen nicht ziffernmäßig nachweisen lassen, aber trotzdem Erhöhungen der Wochenverdienste darstellen. So sind auch diesmal mehrere Tausend Personen bei der besseren Be- zahlung der Warte- und Putzzeit oder der Vorarbeiten be- teiligt. Für mehrere Tausend konnten bei schlechtem Material Zuschläge zu den bestehenden Löhnen herausgeholt werden, bei früherem Arbeitsfluß erfolgt Vollbezahlung. Bei der Kompliziertheit des Betriebes in der Textilindustrie darf gerade die bessere Bezahlung der Vorarbeiten, der Wartezeit, der Zuschläge bei geringwertigerem Material nicht unterschätzt werden. Für die Spinner war es notwendig, in mehreren Fällen die genaue Gewichtsbezeichnung der Garnlieferungsstücke zu ver- langen, um in diesen Fällen dem Spinner das tatsächlich gelieferte Gewicht zu garantieren. Eine Reihe anderer Verbesserungen wie Abschaffung der Strafen, von Ueberzeitarbeit, Anerkennung der Organisation, periodische, kollektive Lohnregelung, Lieferung von Arbeitskleidern, Freigabe des 1. Mai, Ferien usw. werden ohne weiteres dazu beitragen, das Vertrauen zur Organisation der Textilarbeiter zu erhöhen.

### Vom Streik in der Görlitzer Waggonfabrik.

Wie sehr die sogenannten Wohlfahrtsvereine der Unter- nehmer zum Schaden der Arbeiter werden können, wird wieder einmal bei diesem Streik bewiesen. Bekanntlich stehen bei der Görlitzer Waggonfabrik von 1900 Beschäftigten 1200 seit einer Woche im Streik. Bereits in voriger Woche hat die Verbandsleitung bekannt gegeben, daß alle Arbeiter, die nicht wieder zur Arbeit kommen, aller Wohlfahrtsvereine, die innerhalb des Betriebes für die Arbeiter geschaffen sind, verlustig gehen. Der erwartete Erfolg dieser Androhung blieb aus. Darauf hat die Verbands- leitung demjenigen ausländischen Arbeitern, die in der Gartenkolonie des Betriebes Laubengärten inne hatten, als Ostergeschenk ein Schriftstück zugehen lassen, in dem den Inhabern das weitere Recht der Benutzung dieser Parzellen abgesprochen wird; es wird ihnen bestimmt, bis zu welchem Tage und zu welcher Stunde die in den Lauben befindlichen Gegenstände und Geräte entfernt werden müssen, gleichzeitig wird verlangt, daß die bereits ge- machten Anpflanzungen entfernt werden sollen. Satomiß heißt es zum Schluß des Schriftstücks: "Som 18. d. M. ab wird über Ihre Gartenparzelle anderweit verfügt werden." — Das ist der "Segen" der Wohlfahrtsvereine des Unternehmertums. Dem Aufsichtsrate dieser Aktiengesellschaft, die 1910: 18 Proz. und 1911: 13 Proz. Dividende verteilte, steht ein freisinniger Partei- führer in Görlitz vor.

### Ein Erfolg der Lausitzer Granitarbeiter.

In dem großen Steinbruchgebiet Demitz, Thumitz, Rämenz, Bischoheim und Häselich (Lausitz) hat soeben der Steinarbeiterverband einen schönen Erfolg errungen. Für 2400 Arbeiter konnte erstmalig ein umfangreicher Tarifvertrag abgeschlossen werden. Die Verhandlungen gestalteten sich deshalb so schwierig, weil die bis- herige Entlohnung für die Steinmehnen, Dreher, Plastersteinmacher und Hilfsarbeiter eine recht unterschiedliche war. Uebrigens ver- handelten die im "Industrieclub" organisierten Steinbruchbesitzer nur ungern mit der Organisationsleitung der Arbeiter. Der Stein- arbeiterverband betreibt aber schon seit Monaten eine umfassende Propaganda bei den Vaußbehörden dafür, daß bei Uebertragung von Natursteinkliefungen nur solche Unter- nehmer berücksichtigt werden, die mit den Arbeitern Tarifverträge eingegangen sind. — Die Konkurrenz der Lausitzer Industriellen hat bisher sehr brüskend auf die Tarifentwicklung der ganzen deutschen Steinindustrie gewirkt. Bemerkenswert ist, daß während der Ver- handlungen der Steinarbeiterverband noch über 400 neue Mitglieder gewann. Die Firmen in der Lausitz sind alle gut fundiert, meist handelt es sich um Großbetriebe.

In dem Plastersteinbruchgebiet von Anneshain, Falkenhain, Grimma, Adány, Läpitz und Würzen stehen gegen tausend Stein- arbeiter in einer Tarifbewegung. Die Unternehmer haben früher den Fortrennungspunkt eingenommen und jede tarifliche Festsetzung der Lohnverhältnisse abgelehnt. Dieses Mal dürfte ihnen eine solche Taktik kaum gelingen.

Die Bezirkstatarifverhandlungen für die Steinarbeiter des bairischen Waldes, die in Deggendorf unter dem Vorsitz des Bezirksamtmanns v. Renk stattfanden, brachten eine Verständigung nicht. Die weiteren Beratungen finden Ende April statt.

### Die Tarifbewegung der Holzarbeiter im rheinisch- westfälischen Industriegebiet.

Nachdem es gelungen war, über das Vertragsmuster und die allgemeinen prinzipiellen Fragen des neuen Vertragsverhältnisses einschließlich der Frage der Vertragsdauer zu einer Verständigung zu gelangen, hätte man annehmen dürfen, daß auch in gleicher Weise über die materiellen Fragen wie Arbeitszeit und Lohn eine Einigung möglich sein würde. Leider ist diese Hoffnung durch die örtlichen Verhandlungen, die in der letzten Woche für Dort- mund, Hagen und Lüdenscheid stattfanden, gänzlich zer- stört. In diesen Verhandlungen forderten die Arbeiter für Hagen und Dortmund eine Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden und für Lüdenscheid eine solche von 59 auf 56 Stunden pro Woche nebst einer Lohnerhöhung von 6 bis 7 Pfennig, verteilt auf die ersten Jahre der vereinbarten vierjährigen Vertragsperiode. Von solchen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wollten die Unter- nehmer aber nichts wissen. Nach längeren Auseinandersetzungen erklärten sie sich bereit, in Lüdenscheid die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden auf 57 1/2 Stunden pro Woche zu verkürzen, während sie erklärten, für Dortmund und Hagen eine Arbeitszeit unter 54 Stunden pro Woche grundsätzlich ablehnen zu müssen. Die Arbeitervertreter lehnten ohne Arbeitszeitverkürzung den Abschluß neuer Verträge ab. Damit waren die Verhandlungen so ziemlich auf dem toten Punkt angelangt, selbst die anerkennenswerten Bemühungen des Ver- handlungsleiters, des Herrn Weigandten Rasch aus Essen, ver- mochten nicht mehr, die Parteien einander näher zu bringen.

In der Lohnfrage sind die Gegensätze gleichfalls recht groß. Die Unternehmer boten für Hagen an Lohnerhöhung: ab 1. August 1912 1 Pf., 1. August 1913 1 Pf. und 1. August 1915 1 Pf. In Dortmund erklärten sie, zu einer bescheidenen Lohnerhöhung bereit zu sein; ein bestimmtes Angebot wurde jedoch nicht gemacht in Rücksicht auf die gespannte Situation, die sich bei der Frage der Arbeitszeit er- geben hatte.

Ähnlich wie in Hagen und Dortmund liegen die Verhältnisse in Essen und Bochum, während im Gelsenkirchener und im Wanner Bezirk die Schwierigkeiten eher größer als kleiner sind. Es ist zwar vereinbart worden, die Verhandlungen am 10. April in Gelsenkirchen fortzusetzen und diese dann auch auf alle übrigen namhafteren Orte auszudehnen, aber viel Hoffnung auf ein friedliches Resultat besteht anscheinend auf keiner Seite mehr.

Um den Kampf zu vermeiden, so werden die Arbeiterorgani- sationen nichts unternehmen, um den Frieden zu stören, ist er dagegen unvermeidlich, dann sind sie auch in der Lage, bis zum hinreichenden Ende durchzuhalten. Es ist keine Frage, daß neue Verträge für das Industriegebiet nur möglich sind auf der Grund- lage, wie das Vertragswesen im übrigen Deutschland in den letzten Jahren aufgebaut ist. Wo sich die Unternehmer nicht in diesem Rahmen bewegen wollen, da gilt es den Kampf, ganz gleich, ob ihre Hintermänner bei den Scharfmachern des Baugewerbes oder bei der Eisen- und Metallindustrie zu suchen sind.

Im Ruhrgebiet müssen bis zum 15. April, dem Ablaufs- termin der alten Verträge, die Würfel gefallen sein.

## Letzte Nachrichten.

### Schwerer Unglücksfall.

In dem Hutgeschäft von Schmidt, Wielandstr. 25 in Schöne- berg, wurden gestern nachmittags mehrere Einrichtungsgegenstände ausgetauscht. Als man ein großes Regal auf den Bürgersteig ge- stellt hatte, wurde es durch einen Windstoß umgerissen. Es traf zwei Kinder, die dort spielten. Der vierjährige Sohn Oskar des Expedierenden Eisenbahnsekretärs Vogt, Ringstr. 29 in Friedenau wohnte, wurde auf der Stelle getötet. Seine sechsjährige Schwester Erna erlitt so schwere Verletzungen, daß sie nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht werden mußte.

### Erledigtes Landtagsmandat.

Landesberg a. Warthe, 10. April. In Kürtenwalde starb Ge- neralmajor z. D. v. Krosigk, der Landtagsabgeordnete für Frank- furt a. O. und Führer der konservativen Partei im Wahlkreis Frankfurt a. O.

### Nach berühmten Mustern.

London, 10. April. (B. T. Z.) Wegen der feindseligen Ge- lung, welche die noch freikindenden Bergarbeiter im Kohlenrevier von Wigan gegen diejenigen einnehmen, welche die Arbeit in den Schächten wieder aufgenommen haben, ist heute ein Kavallerieregiment nach Wigan abgedandt worden.

### Fünzig Bergarbeiter verunglückt.

London, 10. April. (P. C.) In dem Bergwerk zu Jellish stürzte heute morgen infolge Drahtseilbruchs der Förderkorb in den 300 Meter tiefen Schacht. Sämtliche Insassen, ungefähre 50 Arbeiter, erlitten schwere Verletzungen; 10 von ihnen haben lebensgefährliche Knochenbrüche und innere Kontusio- nen davongetragen.

### Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung.

Budapest, 10. April. (P. C.) Ein aufregender Vor- fall spielte sich heute nachmittag auf dem Donauufer ab. Dort erschien eine Arbeiterfrau mit ihren drei Kindern, die sie auf dem Kai niederlegte. Darauf zog die Mutter einen Revolver aus der Tasche und feuerte fünf Schüsse auf die Kleinen ab. Fast alle Augen verschlehten jedoch ihr Ziel. Nur ein dreijähriger Knabe wurde von dem einen Geschöß getroffen und lebensgefährlich ver- letzt. Nach dem fünften Schusse brach die Frau vor Auf- regung ohnmächtig zusammen. Wie es heißt, sollen Nahrungsmittel die Mutter zu der Tat getrieben haben.

### Selbstmord durch Absturz vom Pariser Triumphbogen.

Paris, 10. April. (P. C.) Ein aufregender Vorfall spielte sich heute nachmittag auf dem Place de l'Étoile ab. Ein gutgekleideter Mann mittleren Alters, dem Anschein nach ein Deutscher, stürzte sich von der Spitze des Triumphbogens vor einer zahlreichen Menge Passanten herunter. Der Selbstmörder blieb auf der zweiten Platt- form des 50 Meter hohen Bauwerks hängen. Nach einigen Augen- blicken stürzte der Körper des Unglücklichen zur Erde, mo er zer- schmettert liegen blieb. Der Unbekannte gab noch einige schwache Lebenszeichen und verstarb auf dem Wege zum Hospital.

### Große Unwetterkäden in Rußland.

Petersburg, 10. April. (P. C.) Ein furchtbares Unwetter, das seit mehreren Tagen besonders den Südwesten Rußlands heim- sucht, hat in allen Teilen des Landes großen Schaden an- gerichtet. Im Kaukasus sind infolge des furchtbaren Sturmes sämtliche Telegraphenlinien zerstört worden. Im Gouvernement Cherson und in Bessarabien sind sämtliche Eisenbahnen unterbrochen. In Nikolajew sind viele Gebäude zerstört. In Odessa stürzte ein in der Nähe des Hafens befindliches Haus ein und begrub drei Familien unter seinen Trümmern. Vier Personen wurden erschlagen. Bei Odibopel lichterle in einem Schneesturm eine mit zehn Mann besetzte Barke. Die ge- samte Mannschaft fand ihren Tod in den Wellen. Auch aus Schastopol werden Hochposten gemeldet. Das Un- wetter richtete hier großen Schaden in den Hafenanlagen an. Bis jetzt wird der Materialschaden, den das Sturmwetter verursachte, auf 15 Millionen Rubel geschätzt.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Ein weiblicher Jungdeutschlandbund.

Die Vorbeeren, die Herr Generalfeldmarschall Dr. Freiherr v. d. Goltz durch die Gründung des Jungdeutschlandbundes auf Vorschlag eingehend hat, haben die ehrgeizigen Vertreterinnen der weiblichen Bourgeoisie aus ihrem süßen Schlummer erweckt. Und nachdem Preußens Regierung, die im Orchester der deutschen Bundesstaaten bekanntlich kräftig den Taktstock schwingt, alle „nationalen“ Kreise in warmen, aber um so eindringlicheren Worten zur gemeinsamen staatlichen Jugendverbesserung aufgerufen hat, gehört die Mitarbeit an der heuchlerischen Jugendpflege sozusagen zum guten Ton der oberen Gesellschaftsklassen.

Haben da die Vertreterinnen des weiblichen Bürgertums so eine Art weiblichen Jungdeutschlandbund der Welt beschert. Wie er rauspirt und wie er spukt, das hat ihr ihm glücklich abgedaut. In einem Punkte haben sich die bürgerlichen Damen sogar klüger als ihre Meister gezeigt. Während Herr Generalfeldmarschall Dr. Freiherr v. d. Goltz seinen Bund mit einem lauten Geschrei in die Welt geschickt hat, haben es die Vertreterinnen der weiblichen Bourgeoisie vorgezogen, den Fang der weiblichen Arbeiterjugend ohne jede Erregung der Öffentlichkeit einzuleiten. In aller Stille haben sie eine Konferenz vorbereitet, die am 14. Januar d. J. im Vestalogen-Prädelhaus in Berlin getagt hat. Die Konferenz beschloß, einen Pfadfinderbund für junge Mädchen zu gründen. Den einleitenden Vortrag über den Zweck und das Ziel des Bundes hielt Frau von Hoffgarten, die zur Geschäftsführerin des Bundes gewählt wurde. Was die Deme über die Aufgaben und das Ziel der neuen Organisation erzählte, war recht dürftig. Der Bund wolle durch Wanderungen, Bewegungsspiele im Freien, Gartenbau, Tanzen im Walde die Liebe zur Natur wecken und gleichzeitig den durch Schule und Berufsleben der körperlichen Übungen entbehrenden jungen Mädchen Gelegenheit geben, ihre Gesundheit zu stärken. Es sollen aber auch ethische Ziele verfolgt werden. Weniger diese inhaltslos, von einer argen Selbstfremdheit der Rednerin zeugenden Ausführungen, als vielmehr das Gespenst der proletarischen Jugendbewegung dürfte die anwesenden bürgerlichen Damen von der Notwendigkeit der Gründung eines Bundes, der alle bürgerlichen Vereine für die weibliche Jugend vereinigt und sich über ganz Deutschland erstreckt, überzeugt haben.

In Hamburg besteht bereits seit zwei Jahren eine solche Pfadfinderbewegung, die ein Dr. phil. Foerster, der Oberlehrer an einer höheren Mädchenschule ist, deshalb geschaffen hat, da die Schule unmöglich allein eine Erziehung im weitesten Sinne des Wortes zu leisten vermag. Alle Veranstaltungen, insbesondere das Wandern, sind dem Herrn lieblich Mittel zum Zweck der Erziehung. Es werden „Kampfspiele“ veranstaltet, Beobachtungsspiele gepflegt, Flaggentelegraphie geübt, vor allem aber werden die jungen Mädchen in den Ambulanzdienst (Feldlazarettendienst) eingeführt, der besonders: Wunden verbinden, Transport der Kranken, Lebensrettung, Verhalten bei Unfällen und erste Hilfe vor dem Eintreffen des Arztes umfasst. Trotz größter Anstrengung in einer zweijährigen Tätigkeit ist es dem Herrn Foerster doch nur gelungen, 100 junge Mädchen für seine Pfadfindergesellschaft zu gewinnen. Sie stehen in einem Alter von 11 bis 18 Jahren und rekrutieren sich zum größten Teile aus Schülerinnen höherer Mädchenschulen. Jetzt will der Herr auch Volksschülerinnen für seine Sache zu gewinnen suchen, auf die er es besonders abgesehen hat.

In den Vorstand des Pfadfinderbundes für junge Mädchen wurden gewählt: Frau E. von Hoffgarten, Fel. Franziska Gaejar, Frau Oberbürgermeister Dominicus, Hauptmann Vayer (als Vertreter des deutschen Pfadfinderbundes für Knaben), Karls (Direktor der Bank für Handel und Industrie), Marks (Devisen-Depositenkassenverwalter). Als Beisitzer wurden die Vertreter größerer Vereine, die an den Bestrebungen des Pfadfinderbundes mitarbeiten wollen, gewählt. Unter ihnen befinden sich: Sozialprofessor H. Randt (Geschäftsleiter des Zentralschiffes zur Förderung von Volks- und Jugendspielen), Fel. Lilli Jannasch (Verein für Kinderausflüge, Charlottenburg), Prof. Kaup (Zentralstelle für Volkswohlfahrt), Frau Rudolf Woffe (Verein Mädchenhort) und Fel. Hann Osh (Verband zur Verbesserung der Frauenbildung).

Dem Bund haben sich bereits vier Ortsgruppen angemeldet: Reh. Gomburg, Wagdeburg, Frankfurt a. M. Eine fünfte Ortsgruppe will das Vestalogen-Prädelhaus gründen.

Der Vertreter der Gesundheitsabteilung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Professor Kaup, begrüßte die Bildung des Bundes darum, weil die zunehmende Berufslosigkeit der Mädchen schon jetzt den Gesundheitszustand der weiblichen Bevölkerung ungünstig beein-

flusse. Ob denn der Herr wirklich glaubt, daß der neugeborene Pfadfinderbund diese Glenderschneidung unserer kapitalistischen Zeitalters auch nur um einen Schimmer abzufschwächen imstande sein wird? Allein die Zusammensetzung des Vorstandes zeigt mit aller Wünschenswürdigkeit, daß die körperliche Kräftigung der weiblichen Arbeiterjugend in allererster Linie als Zweck des Bundes in Frage kommt. Neben einigen bürgerlichen Ideologen, die vielleicht den guten Willen, aber nicht die nötige Macht haben, um im Interesse der Allgemeinheit Nützliches leisten zu können, wird der Vorstand von ausgesprochenen Vertretern des Kapitalismus gebildet. Sie, die durch eine wahnsinnige Profigier die Gesundheit der weiblichen Arbeiterjugend untergraben haben, und die täglich die Jungen wie die Alten der Arbeiterschaft bis aufs Blut aussaugen, möchten jetzt in selbstgefälliger, pharisaischer Art als Wohltäter der Menschheit vor der Welt erscheinen.

Abgesehen von diesem mehr äußeren Charakteristikum des Bundes besagen die mageren Broden der Referentin deutlich genug, wohin die Reise gehen soll. Die immer wiederkehrenden Versicherungen der Redner und Rednerinnen, die militärischen Spiele und der militärischen Klimbin sollen nur als Mittel zum Zweck der körperlichen Ausbildung dienen, müssen geradezu verdächtig klingen. Es kennzeichnet die Herrschaften, daß ohne militärischen Tand und Drill eine körperliche Ausbildung der Jugend ihnen unmöglich erscheint.

Offenbar spekulieren die Herrschaften auf den romantischen Sinn der weiblichen Jugend. Sie hoffen, daß militärischer Tand und Klimbin sich als die besten Nodmittel gegenüber der weiblichen Jugend erweisen werden. Die weibliche Arbeiterjugend zu besitzen, damit sie nicht von der Jugendbewegung des organisierten Proletariats erfasst wird, das ist der eigentliche, wenn aus ungesprochenem Zweck des neuen Pfadfinderbundes für junge Mädchen. Sorgen wir dafür, daß dieser Zweck nicht in Erfüllung geht.

Kongress der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 8. April. (Fig. Ver.) Gestern begann die belgische Arbeiterpartei die Beratungen ihres Jahreskongresses. Am Abend aber gab es trotz Ostern und Frühlingsernter im Festsaal des „Maison du Peuple“ dichtgedrängte Arbeitermassen. Sie waren dem Ruf der Arbeiterpartei gefolgt, um einen Monstertag zu betreten, in dem Heerschauf über die gemeinsamen Streitkräfte gehalten werden sollte, die in der Juniwahlkampf die Befestigung des Merkantilismus vollbringen und den Weg für das gleiche Wahlrecht freimachen sollen. Aber nicht nur Peinigung und Ueberreue der Kampflage verhielt die Partei mit dieser Demonstration: der Alarm- und Kriegsruf sollte aus ihr an die arbeitende Bevölkerung ergehen, mit allen Kräften die Entscheidungsschlacht gegen die usurpierte Geschäftsstimmengleichheit zu einem Sieg zu gestalten. Und der Abend brachte beides: die sachliche, praktische Prüfung und eine jubelnd-begeisterte Kriegserklärung — eine Verschärfung der Erscheinungen, die im belgischen Volksharakter so prächtig vereinigt ist.

Und noch ein anderes erhebendes Moment zeichnete die von der grandiosen Schwungkraft des nationalen Temperaments getragene Kundgebung aus. Die sozialdemokratischen Arbeiterparteien Frankreichs und Deutschlands hatten für Kongress und Meeting Vertreter entsandt, deren Siegeswünsche mit ihrem Gedanken der geistigen Umwälzung aller kämpfenden dem Abend seine besondere Stimmung gaben.

Die Veranstaltung leitete ein vom Orchester und dem Gesangverein des „Maison du Peuple“ bestrittenes Konzert ein, dessen Abschluss die „Internationale“ bildete, die von der Menge jubelnd mitgesungen wurde. Der Parteisekretär Vandermissem erklärte in der Eröffnungsrede den Zweck der Versammlung und begrüßte den Delegierten der geeinigten französischen Partei Roland und Genossen Müller vom deutschen Parteivorstand. Nach den Begrüßungsworten des französischen Delegierten, der mit der Hoffnung auf die Niederwerfung der belgischen Merkantile schloß, nahm Müller, demonstrativ begrüßt, das Wort.

Es sei für ihn, sagt er, nach den Ereignissen in Deutschland eine besondere Genugtuung, an einem ausländischen Meeting teilzunehmen, das für den Wahlsieg begeistert ist. Die Kämpfe in Deutschland, die von Wilton an dem Wahlsiege der deutschen Sozialdemokratie vorangingen, müssen auch für Belgien die Zubericht beleben, daß der Kampf gegen die Reaktion siegreich sein muß. Der erst von Wilton rednerisch überwundene und von seinem Kaiser zerfämetter Sozialismus überlebet nun alle Dämme. — Die alldeutsche Kriegsbegeisterung und der schwarzblaue Vlodkurs haben statt zur erhöhten Kriegseiferung zur Ermüdung und zu vereinstümmelten Millionen sozialistischer Stimmen geführt. Belgien läßt mit Deutschland neben der Analogie mit dem Merkantilismus, der sich dort

in der Verbindung mit dem Junkertum präsentiert, auch einen Vergleich in bezug auf das Wahlrecht zu — denn das gleiche Wahlrecht Deutschlands läuft in der Praxis durch die Wahlgeometrie auf ein Stimmverhältnis hinaus. Die die alten Wählerliche Würzburg, Reg. und Mainz und schließlich das schwarze Köln in die Hände der Sozialisten gefallen sind, so hofft der Redner, wird auch von den wallonischen und flämischen Wählern die rote Fahne flattern.

Nach den ausländischen Vertretern kam der Aufmarsch der belgischen Redner für Brüssel und die Provinzen. Erst Vandermissem, der mit Genugtuung feststellte, daß Brüssel dem Beispiel der Provinzen in seinen Kampfvorbereitungen nicht nachsteht, um den Sieg für die größte Schlacht seit den unvergesslichen Tagen von 1894 vorzubereiten. Ihm folgten der Deputierte Pepin, der die besten Wahlschlachten für den Hennegau mitteilen kann. Deputierter Wauters für das „Lüttich des Eisens und der Kohle“, wie nicht minder für die vom Merkantilismus eingekerkelte, aber allmählich zum Bewußtsein kommende Landbevölkerung; Deputierter Furnemont für die Provinz Namur; und schließlich Anseele, der für die beiden Flandern, die in voller Tätigkeit für den 2. Juni rüsten, das Beste versprechen kann. Der Redner behandelt auch das Verhältnis der Partei zur künftigen Regierung der Linken und sagt: Wenn das liberale Regime gestürzt sein wird, wird nur eine Regierung möglich sein, die der Existenz des Proletariats Rechnung trägt. Wir werden mit jenen sein, die mit uns rechnen. Wir werden gegen jene sein, die ohne uns oder gegen uns regieren werden.

Vor Abstimmung über die Resolution, die die günstigen Situationsberichte zur Kenntnis nimmt und zum Kampf gegen die Regierung aufruft, macht der Vorsitzende die Mitteilung, daß die deutsche Partei für den Wahlfonds der belgischen Partei 20.000 Frank gestiftet hat. Die Nachricht wurde mit stürmischem Jubel quittiert und die Resolution begeistert affirmiert.

Die Mithylitvergiftungen vor Gericht.

Nach dreitägiger Pause wurde gestern die Verhandlung in dem Prozeß gegen den Drogisten Scharmach wieder aufgenommen. — Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Grieskorn werden die noch nicht vernommenen Zeugen aufgerufen, die immer noch eine recht große Zahl bilden. Von dem Vorsitzenden wird festgestellt, daß der von R. A. Dr. Werthauer gestellte Antrag, die familiären Reichen der feineren nicht gezeigten Verstorbenen zu erhumieren, verscherlichlich nicht in das Protokoll aufgenommen worden sei. R. A. Dr. Werthauer erklärt, daß er diesen Antrag von neuem stellen müsse, wenn der Staatsanwalt die Anklage nicht nur auf diejenigen Fälle beschränke, in denen die Sektion erfolgt sei. Staatsanwalt Dr. Gutzjahr erklärt, daß er die Anklage nur in denjenigen Fällen stellen könne, in denen die Personen nicht im Krankenhaus verstorben seien. R. A. Dr. Werthauer führt ferner noch aus, daß er auf eine größere Anzahl von Sachverständigen Bezug nehmen werde. Es sei das Urteil, ob der Mithylitalkohol im allgemeinen oder nur in dem hier vorliegenden Falle giftig gewirkt habe, von einem Interesse, das weit über den Rahmen der Verhandlung hinausgehe. Insbesondere erscheine für das Deutsche Reich als solches eine sichere Feststellung von besonderem Interesse, da sich die Denaturierung des gewöhnlichen Alkohols mit Mithylitalkohol seit Jahren bewährt habe und von allen Kulturstaaten nachgeahmt sei. Alles spreche dafür, daß es sich in dem vorliegenden Falle um einen ganz ungewöhnlichen Ausnahmefall handle. Die Verteidigung werde deshalb noch erste Autoritäten bitten, sich der Erforschung der Sache zu widmen und habe zunächst zu morgen den Geh. Oberreg.-Rat und vortragenden Rat im Reichsjustizamt, Universitätsprofessor Dr. v. Buchta, geladen. Er bitte ferner, einen Teil des beschlagnahmten Mithylitalkohols und der Erzeugnisse zu reservieren, damit Untersuchungsmaterial zur Verfügung stehe.

R. A. Brederod: Die Verhandlung hat bisher ergeben, daß die giftige Wirkung des Mithylitalkohols immer erst 4—5 Tage nach der Lieferung durch Scharmach eingetreten ist. Wir behaupten nunmehr, daß der Mithylitalkohol, wie er von Scharmach geliefert worden ist, nicht giftig war. Die Giftigkeit des Mithylitalkohols sei dann erst durch längeres Stehen an der Luft bezw. durch Vermischung mit anderen Stoffen entstanden. Hierdurch bilde sich an der Oberfläche Ameisensäure und Formaldehyd, die, in größeren Mengen genossen, als Gift anzusehen sind. Wir beantragen deshalb, den Ingenieur Albert Pöhl über diesen Punkt zu vernehmen. Dieser fabriziert seit mehreren Jahren die Mithylitalkoholfeuerzeuge und hat dabei über die Natur des Mithylitalkohols folgende Erfahrungen gemacht: Mithylitalkohol ist an sich, insbesondere in reinem und frischem Zustande, ohne jede Gefahr für die menschliche Gesundheit und kann als Genußmittel verwendet werden. Bei längerem Stehen bildet sich dann, ebenso wenn er mit anderen Säuren in

Kleines feuilleton.

Geh deine Bahn! Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Bücher Volksblatt“ in seiner Feuilletonnummer zu Hermann Greulich 70. Gedurteilt folgendes Gedicht des Jubilars:

Geh deine Bahn und laß die Leute schwächen, — die Bahn ist lang — die Leute schwächen viel! — Weg Unverstand von Ort zu Ort dich hegen — geh deine Bahn! Denk an dein hohes Ziel! Weg mancher Hieb dich hart und schwer verlegen, der schonungslos in deine Seele fiel, — wirf ab von dir, was deine Seel unweiltet! Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert.

Geh deine Bahn, ob sich mit tausend Krallen der blinde Haß an deine Ferte hängt, ob die Verleumdung dich, gelohnt von allen, bis an den Rand des tiefsten Abgrunds drängt. — Geh deine Bahn! Du kannst, du darfst nicht fallen, ob's deine Seele auch zusammenwängt. Kopf in die Höh! Mit keinem Glied gezittert! Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert!

Geh deine Bahn! Laß die Phylister schwächen, daß dies nicht möglich, das nicht tunlich sei, laß sie getrost sich hintern Osen legen mit ihrer blöden Kommegeheret. Geh deine Bahn und folge dem Befehlen, in deren Sieg die Welt wird schön und frei, vor deren Raub das Slavensjoch zerplittert — Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert.

Geh deine Bahn! Sie muß zum Siege führen, schon weicht die Nacht, der Himmel färbt sich rot, schon hört man morgenfrisch die Trommeln rühren, der unterdrückten Massen Aufgebot. Schon dröhnen Schläge an der Zukunft Türen, — das Sturmgeheul des Volkes um sein Brot. Das Schloß springt bald, ob's noch so stark vergittert! Geh deine Bahn! Aufrecht und unerschüttert!

Jesus im Theater. Aus Bremen wird uns geschrieben: Edmond Rostands „Samariterin“, mit der die in gewissem Sinne wusterliche Sarah Bernhardt gute Geschäfte machte, ist in Deutschland nicht aufführbar, weil Jesus mißfällt. Bremen macht eine Ausnahme, wie denn das liberale Christentum seine sattsam und lohnbringende Existenz überhaupt durch literarische Schminkeffekte aufzufrischen sucht. Also wurde dieses dorgebliche „Evangelium am Ostermontag im Bremer Stadttheater mit großem Aufwand

zum ersten Male dargestellt. Rostand bietet eine äbel assortierte Sammlung von Jesuworten, Gleichnissen und Wunderthaten, die auf drei Bilder verteilt sind und zum Rahmen die Verleugung der Stadt Sichern in Samaria haben. Die Beziehungen Jesu zur Samariterin sind, ganz im Stile der sexuellen Wipphopathie, wie sie zu Zeiten gesellschaftlichen Niederganges grassiert, aufs mystisch-erotische gezeichnet. Die belebte Kameliendame wird zur Propheetin. Das anspruchsvolle und gedankenlose Stück, das durch eine tribale Uebersetzung noch ungenießbarer wird, schließt mit spottbilligen Propheetenkünften künftigen Ruhmes der Beteiligten (wobei man merkwürdigerweise einen Hinweis auf das „Evangelium“ des Herrn Rostand vermißt) und mit dem Waterloo, geiprochen von Jesus mit dem Heiligenschein zum hinenden Volke von Sichern. Die ganze Profanierung der Evangelienbildung präsentiert sich als unsäbige und schwächliche Sensationsmache.

Die Taucher im Brae der Oceana. Tagelang haben die Taucher am Brae der gesunkenen Oceana gearbeitet, ohne daß es ihnen gelang, ihr Ziel zu erreichen: erst jetzt sind sie zu den Schatzkammern des Schiffes vorgebrungen und bis zum Sonntag konnten sie bereits nahezu vier Millionen von den fünfzehn bergen, die in Gold und Silber in der Tiefe des Kanals ruhen. Es ist eine schwere und gefährliche Arbeit. Die Männer mit dem Kupferhelm müssen unter Wasser über 60 Fuß tief mit den Händen an einem gespannten Seil schwebturnen, ehe sie hinter den Wänden des Braes notdürftigen Schutz gegen die Strömung finden. Selbst bei dem mildsten Wetter ist die Strömung dort stark genug, um die an dem Taue klammernden Taucher immer wieder zur Oberfläche emporzutreiben. Jeder dem Brae hat sich bereits ein wahrer Berg von Trümmern angehäuft, und hier kann ein Pfeilstich, ein einziger falscher Handgriff Verderben bringen. Haben die Taucher erst einmal unter dem ersten Deck Schutz gefunden, so können sie verhältnismäßig sicher arbeiten; aber der beständige Seegang und die Wogen der Brandung erschüttern das Brae so stark, daß es schwer ist, das Gleichgewicht zu behalten. Die eigentliche Schatzkammer der „Oceana“ liegt vier Deck tief im Rumpfe des Schiffes, und um sie zu erreichen, muß Treppe über Treppe in der Finsternis überwunden werden. In dem Bodraum selbst müssen die Taucher die schweren eisenbeschlagenen Krufen von der Wand loslösen und mühsam empor-schaffen, wo sie dann am oberen Deck an Ketten befestigt und durch einen Dampfkran zur Wasseroberfläche hinaufgezogen werden. Die ganze Arbeit trieb sich nach den Berichten englischer Blätter in vollkommener Finsternis ab; es ist so dunkel, daß die Taucher eine Handbreit vor ihrem Kupferhelme keinen Gegenstand mehr unterscheiden können. Sie sind vollkommen auf ihren Taktinn angewiesen. Vor Beginn der Arbeiten haben sie tagelang die Kompläne des untergegangenen Schiffes studieren müssen. Sobald die Gold- und Silberstücke geborgen sind, wird man das Brae der „Oceana“ mit Dynamit in die Luft sprengen.

Humor und Satire.

Die neugierigen Frager. (Erste Serie der „Kurzen Anfragen“ im Reichstag.)

Warum mußte Bernunft gehen?

Antwort des Reichstanzlers: Vor ihm waren schon neun andere Nichtnomogene gegangen worden, und das kann der Sechste nicht vertragen.

Warum ließ man beim Streik das Militär eingreifen?

Antwort: Weil wir mit den Sozialdemokraten ein Tänzchen wagen wollten und die Krefelder Tanzhüsern zur Stelle hatten.

Warum sind die neuen Hundertmarkstücke so unhandlich?

Antwort: Damit Sie ein Langes und ein Breites darüber zu reden haben.

Warum ärgern Sie die Schnapsbrenner durch Abschaffung der Liebesgabe?

Antwort: Wir wollten grad' wieder mal nach Canossa, und da geht's über den „Drenner“.

Warum werden auf dem Dache des Herrenhauses Karnikel und Hühner gezüchtet?

Antwort: Damit es sich endlich verlohnt, den Herrenhäudlern aufs Dach zu steigen.

Hat Churchill mit seiner Behauptung recht, daß Deutschland durch seine gewaltsamen Rüstungen dem Bankrott entgegengeht?

Antwort: Das ist keine Frage! („Lustige Blätter“.)

Notizen.

Eine Vegas-Auktion. Vegas' künstlerischer Nachlaß wird vom 16. bis 17. April in dem neu gegründeten Kunst-Auktionshaus der Ged. Heilbron in der Zimmerstraße versteigert.

Die „Verstatt der Verdenden“, eine neue Künstlergemeinschaft, veranstaltet am Sonnabend im Künstlerhaus, Bellevuestr. 3, eine Uraufführung von Theaterstücken, die von der Jury nicht zugelassen sind, vor geladenem Publikum. Il. a. kommt Bedekinds „Tod und Teufel“ zur Darstellung. — Die „heimliche Wähe“ beginnt also unter anderem Namen ihre Tätigkeit.

Kunstchronik. Die Futuristen bescheiden die zweite Ausstellung der Zeitschrift „Der Sturm“, Tiergartenstr. 44a, kollektiv. Sie wird am 12. April eröffnet.

Ein Jubiläum des Esperanto. In einigen Wochen werden 25 Jahre seit dem Tage verfloßen sein, an dem der russische Arzt Janowski die von ihm erfundene Weltsprache Esperanto öffentlich bekannt machte. Nachdem diese Weltsprache in den ersten Jahren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hatte, hat sie dann erstaunliche Fortschritte gemacht. Im Jahre 1907 bestanden bereits etwa 1000 Esperantistenvereine; heute ist die Zahl wenigstens auf das Doppelte gewachsen. In der ganzen Welt werden 125 Zeitschriften in Esperanto veröffentlicht und in einer Reihe von Ländern wird Esperanto auch in einer Anzahl Schulen gelehrt.

Verbindung gebracht wird, durch Oxidation Ameisensäure und Formaldehyd. Herr Wölck hat selbst aus Methylalkohol Schnaps hergestellt und auch selbst getrunken, ohne irgend welche schädliche Wirkungen zu verspüren. Es ist hier in der Verhandlung zur Sprache gekommen, daß mehrere der Betroffenen kurz vorher sauren Dering gegessen haben. Es liegt deshalb die Möglichkeit vor, daß durch die in diesem enthaltene Säure erst in dem Magen der Betroffenen die Oxidation stattgefunden hat. — H. A. Dr. Jaffe wendet sich diesem Antrage an und beantragt ferner, den Apotheker Hans Gohm von der Blumenhainischen Apotheke zu laden, der ebenfalls befragt werde, daß die giftige Eigenschaft des Methylalkohols erst später entstehen könne.

H. A. Brederer erklärt nochmals, daß sich der von ihm vorgeschlagene Sachverständige erboten habe, den Versuch im Gerichtssaale vorzunehmen.

Randrichter Kriener: Wir werden dieses Experiment und hier vorführen lassen.

Nachdem sich die Sachverständigen Prof. Judenau und Dr. Jeserich zu dieser Frage, ob der Methylalkohol durch Oxidation giftig wird, in einem der Behauptungen der Verteidigung entgegen gesetzten Sinne geäußert, wird die Beweisaufnahme über die einzelnen Fälle fortgesetzt.

Der Schuhmann Krammroth hat mehrere Erkankte im Krankenhaus darüber befragt, wo sie den Schnaps, den sie getrunken, gekauft hätten. Sie hätten ihn alle in derselben Schankwirtschaft in der Nähe des Asyls getrunken und waren kurz nach dem Genuß auf der Straße umgefallen.

Die Beweisaufnahme greift sodann kurz auf die Auszüge der Zeugin Widmann zurück, die seinerzeit eine vor dem Kriminalkommissar Toussaint gemachte Aussage etwas eingeschränkt hatte. Der Vater der Zeugin bezeugt: seine Tochter habe ihm erzählt, sie sei bei der Vernehmung sehr besangen gewesen und habe wohl nicht gesagt, als sie verantwortlich könne; sie habe bei dieser Vernehmung das Wort „Methylalkohol“ nicht gebraucht; sie wisse nur, daß irgend ein Fremdwort gefallen sei.

Im Stadtvogelgefängnis sind auch einige Fälle vorgekommen, die von der Anklage zu den sogenannten Alkoholvergiftungen gerechnet werden. Ueber diese Fälle wird der Direktor des Stadtvogelgefängnisses Taenzler vernommen. In der Nacht zum 30. Dezember verstarb dort der Untersuchungsgefängnis Jehnisch im Unfalltagareit an Erscheinungen akuter Magen- und Darmvergiftungen. Jehnisch war die Nacht vorher im städtischen Obdach gewesen. In der gleichen Nacht erkrankten noch zwei Untersuchungsgefängnisse, die die Nächte zuvor gleichfalls im Asyl gewesen waren. Nach ihrer Angabe hatten sie beim Schankwirt Jaak Schnaps unter der Marke „Halb und Halb“ getrunken. Am 31. Dezember erkrankten wiederum zwei, am 1. Januar drei neu Eingekerkerte an denselben Vergiftungserscheinungen und mußten in das Rudolf-Wirchow-Krankenhaus übergeführt werden. Vier sind gestorben und es ist Methylalkoholvergiftung festgestellt worden. — Die Erweiterung dieser und anderer Einzelsfälle, in denen Dr. Bürger, Medizinalrat Dr. Stürmer und Dr. Jeserich vernommen werden, nimmt viel Zeit in Anspruch. In einzelnen dieser Fälle können die wichtigsten Sachverständigen ihr Gutachten nur dahin abgeben, daß nicht bestimmt behauptet werden kann, daß der Tod durch Methylalkohol direkt verursacht worden ist.

Oberinspektor Jaedel vom städtischen Obdach gibt ausführlich Auskunft über die dort vorgekommenen Massenvergiftungen, über deren Ursachen zunächst völlige Unklarheit herrscht. Da zu befürchten war, daß vielleicht eine Epidemie über Berlin verbreitet werden könnte, hatte der Zeuge das Obdach gesperrt. Die Verwaltung, der aus den zahlreichen Erkrankungen eine so große Arbeitslast erwuchs, daß der Zeuge beispielsweise fast die ganze Nacht wach blieb, hatte natürlich ein großes Interesse daran, dem Herde der Erkrankungen nachzuspüren. Zuerst wurde Botulismus angenommen, ein Teil der Befragten gab allerdings an,

alle aber sagten, daß sie Schnaps getrunken hätten. Der Zeuge hat dann den zuständigen Polizeileutnant Blasius gebeten, in den dem Asyl benachbarten Aneipen Schnapsproben zu entnehmen. In Schnapsproben, die bei Jaak entnommen wurden, ist dann Methylalkohol gefunden worden. Die Asphalverwallung erhielt auch Ausdrucken, in denen gesagt wurde, daß die Vergiftungen vielleicht auf den Anstrich der Wände im Asyl, auf Matten, auf die verarbeitete Suppe, auf die kupfernen Kessel, in denen gekocht wurde, usw. zurückzuführen seien, vereinzelt wurde aber auch auf Schnaps hinwiesen. Da erschien dann ein Droßist aus Charlottenburg und machte darauf aufmerksam, daß wahrscheinlich Methylalkohol in den von den Äpfeln gewonnenen Schnaps gewesen sei.

Das hat sich alsdann bestätigt. Der Zeuge hatte ein Interesse daran, die Aneipe von Jaak sperren zu lassen und, nachdem diese Sperrung durchgeführt war, hörten die Erkrankungen auf.

In der Nachmittags Sitzung wurde die Vernehmung des Oberinspektors Jaedel vom städtischen Asyl für Obdachlose fortgesetzt. Justizrat Dr. Franz Jverd: In der Presse fand damals, nachdem die Geschichte mit den Fischen nichts war, daß in dem Asyl Unreinlichkeiten vorgekommen wären, die möglicherweise mit den Vergiftungen in Verbindung zu bringen wären. Es sollen u. a. kupferne Kessel verwendet worden sein, in denen sich Grünspan befand? Zeuge Jaedel: Wie sind schon daran gewöhnt, bei jeder Gelegenheit angegriffen zu werden. Wir geben uns die größte Mühe, überall Sauberkeit zu schaffen. Es ist doch aber zu bedenken, daß wir täglich 4000 bis 5000 Menschen aufnehmen müssen, die große Unsauberkeit verbreiten. Die Söle werden jedoch jeden Tag gereinigt und in sauberem Zustande geöffnet. Kupferne Kessel haben wir im Asyl überhaupt nicht, sondern nur Nidelfessel. Bei dieser Gelegenheit will ich noch mitteilen, daß es mir seinerzeit aufgefallen war, daß unter den Insassen des Hospitals im Obdach nicht eine einzige Erkrankung vorgekommen ist. Ich habe mir die Mühe gemacht, und der Ursache nachgeforscht. Ich habe sämtliche Leute gefragt, ob sie auch bei Jaak verkehren und dort Schnaps getrunken haben. Sie verneinten dies sämtlich und erklärten mir, zu Jaak gingen sie nicht hin, weil dieses Lokal eine „Pennerkneipe“ sei. Auch unter den Frauen, die zumeist zum Abschau des weiblichen Geschlechts gehören, sind Erkrankungen im Asyl nicht vorgekommen. Wie mir der Arzt im Obdach, Dr. Rosen, mitteilte, haben sich alle Erkrankungen der Äpfeln in der gleichen Weise bemerkbar gemacht, und zwar indem die Betroffenen schon durch eine auffällige Erweiterung der Pupille kenntlich wurden. Von 10 Leuten, bei denen ich diese Pupillenerweiterung bemerkt habe, sind 10 verstorben. — Justizrat Dr. Franz Jverd: Schildern Sie uns doch einmal den Verlauf der Erkrankungen. Zeuge: Es war ein furchtbares Krankheitsbild. Die Leute kamen noch in ganz gutem Zustande in das Asyl. Schon nach kurzer Zeit wurden sie von Hebelkeit befallen, erbrochen sich und lagten über furchtbare Schmerzen im Leibe. Ich fragte einen der Erkrankten, wieviel Schnaps er getrunken habe, worauf er mir erwiderte, daß er im Laufe des Tages für 2,75 M. Schnaps bei Jaak getrunken habe. Der Betroffene ist dann bald darauf verstorben. Fast sämtliche Leute erzählten mir, daß sie nichts gegessen, aber dafür sehr viel Schnaps getrunken hätten. Mir ist häufig von Äpfeln erzählt worden, often brauchen sie nichts, wenn sie nur Schnaps hätten. Staatsanwalt Dr. Gause teilt mit, daß er mehrere Äpfeln, die am Leben geblieben sind, geladen habe, ferner habe er eine Anzahl Schmelzen und Frankenspiegeln zum Freitag geladen, die über die Angaben, welche ihnen die Betroffenen kurz vor ihrem Tode gemacht hatten, vernommen werden sollen. Oberinspektor Jaedel bezeugt in seiner weiteren Vernehmung noch, daß ihm mitgeteilt worden sei, daß die Äpfeln ihre Weib, täglich etwa 6 bis 800 M., in der Kneipe von Jaak deponieren, damit es im Asyl nicht bei ihnen gefunden wird. Dieses deponierte Geld sehen sie dann in Schnaps um. Wie weiter festgestellt sei, verkehrten bei Jaak täglich etwa 800 Äpfeln. — Auf mehrere Fragen der Rechtsanwältin Dr. Fuppe und Dr. Jaffe erklärt der Zeuge, daß von den 110 im Asyl erkrankten Personen 58 verstorben seien. Wenn man annimmt, daß zu jener Zeit sich 4000 Personen in dem Asyl befanden, so lämen 3860 als gesund geblieben in Frage. Ob diese auch bei Jaak oder an anderen Stellen Schnaps gekauft hatten, habe ich

jedoch nicht mehr feststellen lassen. Es habe sich aber feststellen lassen, daß insgesamt 10 Prozent aller derjenigen Äpfeln erkrankt waren, die an jenem Tage Schnaps getrunken hätten. — Der nochmals aufgenommene Schankwirt Jaak erklärt, daß er den von Schramm gelieferten Methylalkohol sofort nach Erhalt zu Schnaps verarbeitet habe. Insgesamt habe er 300 Liter Methylalkohol verwendet, so daß von ihm über 1200 Liter Schnaps hergestellt und verkauft worden seien.

Nach einer kurzen Pause wird in der Verhandlung der einzelnen Fälle fortgefahren, in denen immer die Schenkleute, welche die Erkrankten aufgefunten hatten, und ferner die Sachverständigen, welche die Obduktion vorgenommen hatten, vernommen werden.

Zur Erörterung gelangen hierauf mehrere kleinere Vertragsfälle, in denen Schankwirte durch Vermittlung des Angeklagten Jostrow von Schramm „Sprit“ gekauft hatten, der, wie die spätere Untersuchung ergab, über 80 Proz. Methylalkohol enthielt. Die hierzu vernommenen Schankwirte bezeugten, daß Jostrow immer nur von reinem hochprozentigen Sprit gesprochen habe, den er deshalb so billig verkaufen könne, weil er über 2000 Liter in Kommission erhalten habe, die bis zum 1. Januar verkauft sein müssen. Die Wehrzahl der in dieser Weise hineingelegten Schankwirte hatte zum Glück den fertiggestellten Methylalkohol noch nicht verkauft.

Vom Rechtsanwalt Brederer wurde ein Hinterlegungsschein über 6000 M. im Auftrage des Angeklagten Dähle überreicht, der nimmere, dem bereits ergangenen Gerichtsbeschlusse gemäß, aus der Haft entlassen werden wird.

Die Verhandlung wurde hierauf abgebrochen und auf Freitag, 9 Uhr, vertagt. Heute (Donnerstag) findet keine Verhandlung statt.

### Verbandstag der Kunstgewerbezeichner.

Am Ostersonntag, Ostermontag und Montag hielt der Verband deutscher Kunstgewerbezeichner zu Plauen i. V. seinen zweiten Verbandstag ab. Anwesend waren 20 Delegierte, dazu die Vertreter des Verbandsvorstandes, sowie eine Anzahl Vertreter verschiedener Organisationen. Vom Ostschweizer Kunstgewerbezeichnerverband war Keel, St. Gallen erschienen, vom Verband der Lithographen und Steinbruder Deutschlands Lange, die Generalkommission der Gewerkschaften war durch Robert Schmidt vertreten. Der Verband hat in den seit dem vorigen Verbandstag verstrichenen Jahren recht erfreuliche Fortschritte gemacht; die Mitgliederzahl ist von 1607 auf 2231 gestiegen. Der Verband hat an verschiedenen Orten für eine mehr oder minder große Zahl von Berufsangehörigen Verkürzung der Arbeitszeit, Gehalts-erhöhung, Ferien und andere Verbesserungen erzielt und zwar auf friedlichem Wege. In Unterzürichen bezahlte der Verband in den beiden Jahren 11780,73 M. aus. Es ist in der Hauptsache Stellenlosenunterstützung usw., jedoch sind auch 304 M. für Bemitteltenunterstützung und 1680 M. für Streikunterstützung darunter. Es war das erstmalig seit Bestehen der Zentralorganisation, daß der Verband Streikunterstützung zahlte. Diese Art Unterstützung ist auch im Verbandsstatut nicht vorgesehen und der Verbandsvorstand stütze sich bei der Bewilligung darauf, daß das Statut zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder verpflichtete. Es handelte sich hier um 10 Mitglieder in Leipzig, die durch den Lohnkampf der Lithographen und Steinbruder in Mitleidenschaft gezogen waren. — Der Verbandstag billigte übrigens auch diese Ausgabe einstimmig, wie denn auch der ganze Verlauf der Beratungen zeigte, daß man sich nach besten Kräften bemüht, im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein. Der Verbandsvorstand hatte u. a. ein Reglement für Arbeitseinstellungen und Sperrungen ausgearbeitet, entsprechend den in den freien Gewerkschaften geltenden Bestimmungen mit festen Sägen für die Streikunterstützung. Man kam jedoch nach gründlicher Beratung zu der Ueberzeugung, daß es verfehlt sei, dergleichen zu beschließen, namentlich weil die Mitglieder nicht für eine dadurch notwendig werdende Beitragsverhöhung zu haben wären. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, bei eventuellen Lohnkämpfen Streikunterstützung auszugeben, soll aber im übrigen auf Grund der dann gemachten Erfahrungen dem nächsten Verbandstag neue Vorschläge zur Regelung dieser Unterstützungszweige wie auch zur Deckung der Ausgaben machen. — Daß der Verband, wenn es sein muß, das Mittel des Streiks nicht scheut, trat namentlich auch bei der Debatte über: „Die gewerkschaftlichen Kampfmittel der Angestellten und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung“ hervor. Dabei wurde auch über den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften gesprochen, und es zeigte sich, daß man wohl allgemein prinzipiell dafür war, aber mit Rücksicht auf die Abneigung eines großen Teils der Mitglieder eine feste Verbindung mit den organisierten Arbeitern einzugehen, vorläufig davon Abstand nehmen will. Uebrigens erklärte auch Robert Schmidt, daß die Generalkommission gar keinen Wert darauf lege, Gewerkschaften zum Anschluß zu bewegen, wenn die Befähigung vorliege, daß diese dadurch in ihrer Entwicklung beeinträchtigt würden.

Zwei sehr wichtige Punkte der Tagesordnung: Die Zeichner und die Pensionversicherung, sowie die Frage: Sind im Zeichnerberuf Tarifverträge möglich?, konnten aus Mangel an Zeit nur sehr kurz behandelt werden. Bei der Pensionversicherung ist es noch zweifelhaft, wie weit die Zeichner als unter das Gesetz fallend, betrachtet werden. Die ganze Aufmerksamkeit soll darauf gerichtet werden, die winzigen Rechte, die das Gesetz den Versicherungspflichtigen bietet, nach Kräften auszunutzen und der Referent Steinert-Berlin wies auch darauf hin, daß man zu diesem Zweck vielleicht eine Arbeitsgemeinschaft bilden könne, die die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände und auch die Arbeitergewerkschaften unter Hinzuziehung der Arbeitsekretariate umfassen sollte.

Als 1. Vorsitzender wurde S. Weise, als zweiter Vorsitzender R. Steiner, als Gauleiter für Sachsen und Thüringen H. eine einstimmig wiedergewählt.

## Aus der Partei.

Ein Ausschluß aus der Partei.

Ein Parteischiedsgericht tagte am Karfreitagnachmittag im Solinger Gewerkschaftshaus. Es verhandelte über die von dem bisherigen Parteimitglied Gerhard Hildebrand-Solingen eingelegte Verurteilung gegen seinen vom Agitationskomitee in Ebersfeld am 6. September 1911 ausgesprochenen Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei. Als Vorsitzender des Schiedsgerichts war vom Parteivorstand in Berlin der Genosse Reichstagsabgeordneter Hofrieter-Röhl bestimmt worden, als Beisitzer fungierten für die Solinger Parteiorganisation die Genossen Westkamp, Düsseldorf, Drescher, Oberfeld und Ludwig-Hagen, für Hildebrand die Genossen Löwenthal und Werner-Solingen und Häbenau-Bald. Küfer dem Genossen Hildebrand waren ferner — als Vertreter der Solinger Parteiorganisation — die Genossen Belleit und Dittmann anwesend. Vor Eintritt in die Verhandlung wurde festgelegt und zu Protokoll genommen, daß der Beisitzer Löwenthal seit Monaten der Redaktion des „Solinger Generalanzeigers“ angehört, woraus die Organisation ihre Konsequenzen gemäß dem Parteitagbeschlusse noch zu ziehen haben wird. Um die Schiedsgerichtssetzung nicht in Frage zu stellen, haben die beiden Organisationsvertreter Belleit und Dittmann von einem formellen Protest gegen den Beisitzer Löwenthal, demselben wurde jedoch vom Vorsitzenden ein besonderes Schweigegelübde aufgesetzt. In der tatsächlichen Verhandlung drehte es sich im wesentlichen wieder um den Inhalt des Hildebrandischen Buches: Die Erschütterung der Industriebücherei und des Industrie sozialismus. Das Schiedsgericht kam nach mehrstündiger Beratung mit 4 gegen 3 Stimmen zu dem Schluß, daß Hildebrand nicht mehr auf dem Boden des sozialdemokratischen Parteiprogramms stehe und daher aus der Parteiorganisation auszuschließen sei. Wegen dies Urteil steht dem Betroffenen noch eine zweite Berufung zu, über die vom Parteitag entschieden wird.

Die Ausschließungsgründe besagen folgendes:

„Die Verhandlungen, ganz besonders die Darlegungen des Genossen Hildebrand, vor dem Schiedsgericht selbst haben ergeben, daß Hildebrand die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Fragen betrachtet wissen will und lebhaft für sich anerkennt. Das tritt auch an verschiedenen Stellen seines Buches „Die Erschütterung der Industriebücherei und des Industrie sozialismus“ klar zutage. Da zur Partei nur gehören kann, wer die Grundsätze des Parteiprogramms voll anerkennt, mußte auf den Ausschluß Hildebrands erkannt werden.“

### Eine unrichtige Meldung.

Bürgerliche Depeschentabureaus verbreiten in sensationeller Form die Meldung, daß die Tochter des Genossen Sebel geisteskrank geworden sei und in eine Anstalt habe verbracht werden müssen. Die Nachricht ist unrichtig. Die Tochter Sebels, die durch die Pflege ihrer Mutter wie durch verschiedene Krankheiten in der Familie schon hart mitgenommen war, ist allerdings von einer schweren Gemütsdepression befallen worden, als ihr Mann, Dr. Simon, so plötzlich durch eine Tuberkulose hingerafft wurde. Diesen schweren Schlag vermochte die schon erschütterte Gemütskraft nicht standzuhalten und sie suchte deshalb zu ihrer Erholung vor einigen Wochen ein Sanatorium auf, in dem sie sich noch befindet. Ihr jetziger Gesundheitszustand läßt die baldige Wiederherstellung erhoffen.

Genosse Sebel, der die letzten Wochen in Zürich weilte, trifft übrigens schon in den nächsten Tagen wieder in Berlin ein, um an den Verhandlungen des Reichstages teilzunehmen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Eine mißglückte Staatsaktion.

Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung stand die Genossin Raschewski aus Berlin vor dem Landgericht in M einingen. Sie hatte am 6. Oktober 1911 in einer Versammlung in Steindach-Hallenberg über: „Die Frau und die bevorstehende Reichstagswahl“ referiert und im Verlaufe des Referats die Königsberger Kaiserrede besprochen und dabei die Behauptung aufgestellt, auf den Ältern des Kaisers würden die weiblichen Arbeiter außergewöhnlich lange beschäftigt und schlecht bezahlt. Den Deputatenfrauen, also verheirateten Frauen, die nach der Kaiserrede ins Haus gehörten, würden außer dem Deputat nur 40 Pf. Tagelohn gezahlt. Diese Behauptungen soll die Genossin Raschewski in einer Form geäußert haben, daß die Staatsanwaltschaft annahm, sie habe böswillig, mit Ueberlegung und in der Absicht der Ehrverletzung den Kaiser beleidigt. Die Vernehmung vor Gericht ergab, daß die Genossin Raschewski in der Hauptsache nur die Königsberger Kaiserrede und die schlechte Bezahlung der Frauenarbeit auf dem kaiserlichen Rittergut Gramenz kritisiert hatte. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt nicht weniger wie drei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Dr. Rosenfeld-Berlin, wies nach, daß die gesetzgebenden Körperschaften bei der Abänderung des Majestätsbeleidigungsparagraphen gerade solche Anlagen unmöglich machen wollten, und forderte die Freisprechung, weil weder der Wortlaut der Ausfertigung der Angeklagten festliche, noch erwiefen sei, daß die Angeklagte böswillig und in der Absicht der Ehrverletzung den Kaiser beleidigt habe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

#### Vom Polizeikampf gegen die politische Organisation in Breslau.

Nicht weniger als 340 M. Geldstrafe soll der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau zahlen, weil er im Februar dieses Jahres einen nach Ansicht der Polizei öffentlichen Frauenabend nicht als öffentliche politische Versammlung angemeldet hatte. Außerdem wurden noch einige Genossinnen mit Strafmandaten bestraft, die den fraglichen Frauenabend leiteten. Die Strafmandate bewegen sich in der Höhe zwischen 20 und 60 M. Der Rat wurde, daß alle Vorstandsmitglieder den Frauenabend veranstaltet haben, wird der Breslauer Polizei vor Gericht schwer gelingen. Aber trotzdem regnet es Strafmandate.

## Soziales.

#### Den Besuch der Fortbildungsschule.

betraf eine interessante Rechtsfrage, die das Kammergericht beschäftigte. Im Orte Carlshafen (Hessen-Raffau) war der jugendliche Arbeiter Rahmann, welcher in Wramde wohnt, wohin er abends immer zurückkehrt, als Holzarbeiter tätig. Er besuchte die landwirtschaftliche Fortbildungsschule in Wramde. Nun besteht aber in Carlshafen eine auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung errichtete Fortbildungsschule. Das Ortsstatut bestimmt, daß alle in Carlshafen beschäftigte jugendliche gewerbliche Arbeiter und Lehrlinge die dortige gewerbliche Fortbildungsschule zu besuchen verpflichtet seien. Weil er sie nicht besucht habe, wurde er wegen Uebertretung der Gewerbeordnung in Verbindung mit dem Ortsstatut angeklagt. Er berief sich demgegenüber darauf, daß er ja die in seinem Wohnorte bestehende landwirtschaftliche Fortbildungsschule besuche.

Die Strafkammer in Kassel beurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe, weil er die gewerbliche Fortbildungsschule in Carlshafen nicht besucht habe.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision, indem es von folgenden Erwägungen ausging:

Von einer Verpflichtung zum Besuch beider Fortbildungsschulen, der gewerblichen in Carlshafen und der landwirtschaftlichen in Wramde, könne keine Rede sein. Wenn zwei Fortbildungsschulen gleicher Art, die auf Grund des § 120 errichtet seien, in Frage kämen, eine im Beschäftigungsort und eine im Wohnort des Pflüchtigen, dann habe der Lehrling oder jugendliche Arbeiter nach der Jurisdiktion des Kammergerichts nicht die im Wohnort, sondern die im Beschäftigungsort zu besuchen. Nun handele es sich aber hier um eine gewerbliche Fortbildungsschule im Beschäftigungsort und um eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule im Wohnort. Wenn Angeklagter letztere besuchte, so könne er sich nicht auf den Schluß des § 120 der Gewerbeordnung berufen. Danach seien von der durch statutarische Bestimmung begründeten Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule diejenigen befreit, welche eine Anwarts- oder andere Fortbildungsschule oder Fachschule besuchen, sofern der Unterricht als ausreichender Ersatz anerkannt sei. Wenn hier von anderen Fortbildungsschulen oder Fachschulen die Rede sei, dann wären damit gewerbliche Schulen gemeint, so daß die Bestimmung hier, wo die besuchte andere Fortbildungsschule eine landwirtschaftliche sei, keine Anwendung finden könne. Er sei eben zum Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule seines Arbeitsortes verpflichtet gewesen. Die Bestrafung sei deshalb aufrecht zu erhalten.

## Aus Industrie und Handel.

#### Gewinne der Terrain Spekulation.

Die Berlinische Boden-Gesellschaft ft erzielte im vergangenen Geschäftsjahre einen Bruttoertrag von 1,485 Millionen Mark. Aus Terrainverkäufen entfielen davon allein 1,208 Millionen Mark. Dieser Gewinn ermächtigt die Zahlung einer Dividende von 100 Prozent. Die Gesellschaft zahlte in den beiden ersten Jahren seit ihrer Gründung (s. J. 1900) 6 Proz. Dividende, darauf 50 und 12 Proz. In den folgenden elf Jahren wurden jedesmal 30 Proz. verteilt. Seit 1905 wurden Jahre für Jahre 100 Proz. Dividende ausgeschüttet (mit Ausnahme d. J. 1907, das nur 35 Proz. brachte). Die Gesellschaft arbeitet mit einem Kapital von einer Million Mark. Die Mehrheit der Aktien befindet sich im Besitz der Dresdner Bank. Direktor ist der bekannte Kommerzienrat Daberlan d. Jellner hat die Gesellschaft für die Stadt Schönberg-Dorculus „wertet“; seit 1903 hat sie das mit Grundstücken der Stadt Charlottenburg in der Wismarstraße. Neben Käufen und Verkäufen auf eigene Rechnung ist die Gesellschaft an verschiedenen Terrain-

gesellschaften Berlins beteiligt. 1906 schuf sie sich eine eigene Bau-Gesellschaft m. b. H. zur Bewahrung ihrer Terrains. Bei der Reife auf dem Berliner Terrain- und Baumarkt verdienen die Gewinne der Berlinerischen Gesellschaft besondere Beachtung.

### Das Kapital lernt fliegen.

Ausstellung. Schlechtes Aeroplangeschäft. Militärische Erfindungsgelüste und Rationalisierungspläne. Das Kapital hat fliegen gelernt und muß leider bemerken, daß das dabei erhoffte Geschäft nicht recht gehen will. Deswegen kam erstens die Fla, zweitens ein halbes Duzend Propagandataste und drittens die Forderung einer Rationalisierungspläne.

Warum will nun eigentlich das Aeroplangeschäft nicht gehen? Westwegen findet das Flugzeug, auf das die Menschen seit Jahrtausenden gehofft haben, keinen Absatz? Am kapitalistischen Produktionssektor fehlt es doch wahrlich nicht. Da ist die Zeppelin-Baugesellschaft mit 4,5 Millionen Mark Kapital und vier räumlichen Zeppelinen; die Vorbeisgesellschaft baut immer neue Luftschiffe in starkem System. Siemens-Schudert, Schütte-Lanz, A. G. — alle bauen sie Luftschiffe.

Die eigentlichen Flugzeugfabriken zählen schon nach Dutzenden. Da ist die Albatros G. m. b. H., die trotz ihres geringen Grundkapitals von 50 000 M. heute zu den erfolgreichsten Geschäften gehört, dem ihre Hauptabnehmerin ist die Armeeverwaltung. Die Automobil- und Albatros G. m. b. H., die Deutschen Flugzeugwerke Leipzig-Johannisthal wurden mit je 100 000 M. Kapital gegründet. Donner baut mit einem Geschäftskapital von ebenfalls 100 000 M. seine Aeroplane. Auch Grabe. Eines der größten Flugzeugwerke ist Euler-Frankfurt a. M. Die Flugzeugmaschinen-Gesellschaft Wright G. m. b. H., eine Gründung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, arbeitet zurzeit mit 600 000 M. ihre Gründung ist der kapitalistische Beweis der Eroberung der Luft. Die Brüder Wright erhielten für das Einbringen ihrer Erfindungen 200 000 M. in bar und 200 000 M. in Geschäftsanteilen. Das Geld muß sich verzinsen und die A. G. will auch verdienen.

Die Flugzeugwerke Hoeslin arbeiten mit 100 000 M., die Parlanwerke, die Werke Gustav Schulze, Burg, die Kumpfer-G. m. b. H. — sie arbeiten mit 200 000 M. — alle warten sie auf Bestellungen. Die Luftverkehrs-Gesellschaft Parfival, die auch die bekannte Luftschiffesellschaft betreibt, und 1,5 Millionen Mark Aktienkapital besitzt, ebenfalls.

Die Aeroplanmotorenindustrie wird zurzeit durch die Argusmotor-G. m. b. H., die Daimlermotorenwerke und die Neue Automobil-Gesellschaft, eine Tochtergründung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, dargestellt. Das Ausland liefert vorzüglich Gnomomotoren.

Der Großkapitalismus wittert Riesendisidenden, zugeflogene Goldhaufen, deswegen war er so eifrig am Werke. Warum ist die deutsche Aeroplanindustrie jetzt durchweg auf einem toten Punkt angelangt, was ist für die Geldgeber in Dividendenlosigkeit bitter genug auszureden?

Ärztliche Techniker sagen uns, der Aeroplan von heute, mit seinen steifen Flügeln, ist konträrktiv auf einem toten Punkte angelangt. Hier müssen auch die geübtesten Flieger das Genick brechen. Für uns kommt noch ein ganz anderes, viel wichtigeres Moment hinzu. Der Hauptabnehmer der internationalen Flugzeugindustrie ist der Militarismus, er hat Geld und hat auch Genick genug dazu. Dadurch muß aber die Flugzeugindustrie notwendig in ein kapitalistisches Fahrwasser geraten. Dem Hauptabnehmer muß in allen Wünschen, nicht zuletzt in den Konstruktionsbedürfnissen, entgegenkommen werden. Der Autonomie der fünf Waffe — der fünf Sinne! — ist drauf und dran auf dem Aeroplan, dem Flugzeug, diesem gewaltigsten aller Mittel zur Heberwindung des Raumes, dem geborenen Verringerer aller Verkehrsweiten, einen Kurdenbenutzer, einen kapitalistischen Anarchisten zu machen. Einer so beeinflußten Flugzeugindustrie werden die fürchterlichen Reichen gestützter und gewaltiger Flieger zu — Geschäftskunden.

### Südwestafrikanische Bodenkreditgesellschaft.

Die Kolonisierung Südwestafrikas zieht ihre kapitalistischen Konsequenzen. Nachdem ungeheure, durch Steuern des arbeitenden Volkes aufgebrachtene Summen auf afrikanischem Boden vergeudet worden sind, ist dieser Boden für weitere kapitalistische Arbeit präpariert. Ein Hypothekensystem wird in Südwestafrika in Tätigkeit treten. 600 000 Mark sind von dem 1. Million Mark tragenden Aktienkapital bereits gezeichnet worden, für den Rest sucht die Kolonialbank A. G. Abnehmer. Die Anteile lauten auf je 100 Mark. Die Gesellschaft darf Hypothekensandbriefe und Kommunalobligationen bis zum siebenzehnhalbigen Betrage des eingezahlten Grundkapitals und des Reservefonds ausgeben. Gewährt wird Boden- und Kommunal-kredit in den Gemeinden Deutsch-Südwestafrikas. Beliehen werden solche im Grundbuch eingetragene Grundstücke, die bereits bebaut sind oder deren Bebauung in Angriff genommen ist. Die Beleihung darf 50 Prozent des Wertes nicht überschreiten. Ein „bringen des Bekantnis“ nach Gewährung von Bodenkredit soll sich bereits herausgestellt haben. Nach Ermittlungen des Gouverneurs von Südwestafrika waren am 1. Januar 1911 innerhalb der Ortsgemeinden in den Gerichtsbezirken Windhuk, Swakopmund, Luderichsdorf und Keetmanshoop insgesamt 1896 Grundstücke im Grundbuch eingetragen und mit insgesamt 9 800 654,67 M. Hypotheken belastet.

Nach einer Zusammenstellung der Bürgermeisterien der Städte Windhuk, Swakopmund und Luderichsdorf vom April und Mai 1911 betrug der Zinsfuß für Darlehenshypotheken in Windhuk 8-9 Proz., in Swakopmund durchschnittlich 8 Proz., und in Luderichsdorf 7 bis 10 Proz. Da die Südwestafrikanische Bodenkreditgesellschaft für ihre Darlehen nur 6 1/2 Proz. Zinsen nehmen will, hofft sie, daß nicht nur neue Beleihungsanträge an sie herantreten werden, sondern daß auch der größte Teil der bereits eingetragenen Hypotheken, soweit diese innerhalb der vorgeschriebenen Beleihungsgrenze liegen, in kurzer Zeit auf sie übergehen wird. Aus Grund ihrer Berechnungen glaubt sie schon jetzt die regelmäßige Verteilung einer Dividende von 8 Proz. in Aussicht stellen zu können. Ja sie verkündet sogar, ehe überhaupt ein Vermögen eingenommen worden ist, daß sie die Ausschüttung einer höheren Dividende nicht beabsichtigt, um das Unternehmen tatkraft innerlich stärken zu lassen. An Versprechungen fehlt es also wie bei jeder Gründung nicht. Dazu soll die relativ geringe Höhe der Anteile möglichst viele kleine Leute anlocken, um ihre Ersparnisse der schlimmsten aller Kapitalanlagen, die imperialistischen Machtgelenken dient, zu opfern.

## Aus der Frauenbewegung.

### Internationaler Frauentag.

Die deutschen Genossinnen begeben ihren Frauentag bekanntlich am 12. Mai. In Oesterreich hat man denselben Tag gewählt, um für das volle Bürgerrecht der Frau zu demonstrieren. Die sozialdemokratischen Frauen in den Niederlanden halten die erste Demonstration dieser Art in diesem Jahre ab. Der Tag ist noch nicht bestimmt, es wird aber wahrscheinlich ebenfalls der 12. Mai sein. In Schweden sind die Frauen so gut wie entschlossen, an der internationalen Wahlrechtsdemonstration teilzunehmen. Die dänischen Sozialdemokratischen haben es für unmöglich erklärt, in diesem Frühjahr einen Frauentag zu organisieren, da die Kommunalwahlen alle ihre Kräfte beanspruchen; doch wollen sie später eine große Agitation für das Frauenstimmrecht einleiten. Die Schweizer Genossinnen hatten ihren Frauentag am 17. März. Durch verschiedene Umstände waren sie verhindert, mit den Frauen Deutschlands und Oesterreichs zugleich zu demonstrieren.

### Verband sozialdemokratischer Frauenklubs in Holland.

Auch dieses Jahr wurde wieder am Vorabend des Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Jahresversammlung sozialdemokratischer Frauenklubs abgehalten und zwar im Parteitag-orde Leiden im „Ritsaale“.

In ihrer Eröffnungssprache erinnerte die Vorsitzende Frau Wabant-Amsterdam an die Petition für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen und daran, daß diese Petition nicht weniger als 114 000 Unterschriften allein von Frauen enthält, sowie an den Roten Wahlrechtstrieding im Haag, woran sich die Frauen in zahlreichem Maße beteiligt hatten. Alle Wünsche der Frauen fließen zusammen im allgemeinen Wahlrecht. Die Erörterungen auf den Bericht der Staatskommission für die Verfassungsänderung sind allerdings sehr gering. Die proletarischen Frauen stehen nicht auf dem Standpunkt der englischen Suffragetten. Der auch in Holland am 12. Mai stattfindende Frauentag werde zeigen, daß völlige Einheit herrsche zwischen den proletarischen Frauen und der Arbeiterbewegung. Vom Frauentag erwartet man große Propaganda für das allgemeine, insbesondere für das Frauenwahlrecht. Bei dieser Gelegenheit werden in 19 Orten Versammlungen veranstaltet werden.

Genossin Helene Antersmit hielt ein Referat über die Bedeutung der Frauenklubs. Sie betonte, daß diese Sonderorganisationen nötig seien, um die Arbeiterfrauen mehr der Partei zuzuführen und weil sonst die Interessen der Frauen von der Sozialdemokratie vernachlässigt würden.

Ein Verbandsreglement wurde angenommen, in dem u. a. bestimmt wird, daß die Frauenklubs in Uebereinstimmung mit den Abteilungen der S. D. A. P. errichtet werden müssen; daß der Verbandsvorstand aus sieben, der Ausschuss aus drei Mitgliedern bestehen und seinen Sitz zu Amsterdam haben soll; der Verbandsbeitrag beträgt 1 Cent monatlich für jedes Mitglied.

Redaktion und Administration des Verbandsorgans „Die proletarische Frau“ sowie der Vorstand wurden wiedergewählt.

Nach einem ermutigenden Worte der Vorsitzenden geht die Versammlung unter dem Singen der „Internationale“ auseinander.

### Ein wohlverdienter Erfolg.

Die vortreffliche kleine Schrift „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“, in der unsere österreichische Genossin Adelheid Popp ihren Werdegang aus tiefstem Elend, härtester Arbeit und intellektueller Bemühen zur Kampferin und führenden Sozialdemokratin schildert, ist kürzlich von F. C. Harven ins Englische überetzt worden und mit Vorreden von B. E. L. und dem englischen Arbeiterführer J. Ramsay MacDonald versehen, in einem großen englischen Verlage erschienen. Das Wilschein, daß wir an dieser Stelle denen, die es noch nicht kennen, von neuem zum Lesen empfehlen, ist nach dem Willen der Verfasserin allen gewidmet, die „mit einem Herzen voll Sehnsucht nach Befreiung stehen, aber immer wieder zurückschrecken, weil sie sich nicht die Fähigkeit zutrauen, etwas leisten zu können“. Nun wird Adelheid Popp durch ihre Schrift auch in England aufrechtstehend und ansehend wirken, wo ungezählte Arbeiterinnen in ihrem geringeren Elend leben, als es die Verfasserin in ihrer Jugendgeschichte so ergreifend geschildert.

### Allen Frauen das Stimmrecht.

Der unglaublich törichte Fensterfeldung, den die Anhängerinnen der Women's Social and Political Union — die sogenannten Suffragettes — in den Radenvierteln des Londoner Westens unternahmen, hat bekanntlich dazu beigetragen, die Frauenstimmrechtsvorlage im Parlament zu Fall zu bringen. Unser englisches Arbeiterorgan „Justice“ widmet ihr in seiner letzten Nummer einen längeren Nachruf, dem wir einige besonders markante Ausführungen entnehmen. „Justice“ schreibt:

„Nun ist der Weg frei für eine großzügige, gerechte, vernünftige und damit auch demokratische Vorlage. Wir sind mit dem Nationalverband der Frauenstimmrechtsvereine (National Union of Women Suffrage Societies) ganz einverstanden, wenn er erklärt, daß die Niederlage der „Verlöhnungsbill“ die Forderung des Stimmrechts für alle Großjährigen neu beleben und die Kräfte aller dazumäßig anfeuernden werde, die für dieses Ziel kämpfen.“

Die Verhältnisse, in denen sich die Frauenstimmrechts-Agitation nun befindet, ebenso die etwas ärgerliche Kritik einiger unserer Freunde, die in einer sonderbaren Verwechselung der Begriffe die „Kämpfenden“ Stimmrechtskämpferinnen und ihre besondere Kampfmethodik für ultrarevolutionär halten, veranlassen uns, unsere Stellung zu dieser Frage nochmals klarzulegen. Als Sozialdemokraten — als Demokraten sowohl wie als Sozialisten — treten wir ein und sind wir immer eingetreten für ein allgemeines Wahlrecht aller Großjährigen: jedem Manne und jeder Frau eine Stimme, ohne auf den Besitz gegründete Qualifikation oder irgendeine wie immer geartete Einschränkung. Aber wenn wir für dieses Wahlrecht eintreten, für das volle Bürgerrecht jedes Mannes und jeder Frau, die dem Gesetz unterworfen sind, durch ihre Stimmabgabe auf die Gestaltung dieses Gesetzes einzuwirken, so sind wir auch mit Notwendigkeit Gegner jeder Ausdehnung der bestehenden Privilegien des beschränkten Wahlrechts. Deshalb müssen wir der „Verlöhnungsbill“ oder einer ähnlichen Maßregel entgegenzutreten, die einer kleinen Schicht von Frauen — und noch dazu denen, die seiner am wenigsten benötigen — ein politisches Stimmrecht überträgt, das der großen Mehrzahl ihres Geschlechts vorenthalten wird.

Betrachtet man die Stimmrechtsfrage von dem Gesichtspunkt aus, daß alle Mitglieder der Gemeinschaft politisch gleich sein sollen, so würde die Zulassung einiger Frauen zum Wahlrecht die bestehende Ungerechtigkeit nur vergrößern und noch schreier gestalten. Wenn man das Stimmrecht aber nicht als Endzweck betrachtet, sondern als ein Mittel zu seiner Erreichung, nicht als Gegenstand einer abstrakten Gerechtigkeit in einer sorgfältig aufgebauten Gesellschaftsordnung, sondern als ein Werkzeug zur Begründung der Gerechtigkeit, zur Umwandlung der bestehenden Ordnung, kurz, wenn man das Stimmrecht vom revolutionären Standpunkt aus wertet, so war und ist genügend Grund vorhanden, sich jeder weiteren Ausdehnung des Vorrechts zu widersetzen, die den Effekt haben würde, die politische Macht der konservativen Elemente zu stärken und in demselben Maße die revolutionären zu vermindern.

Von jedem Standpunkt aus war es also unsere Pflicht und Schuldigkeit, jedem beschränkten Frauenstimmrechtentwurf entgegenzutreten, und hierin befinden wir uns in Uebereinstimmung mit der gesamten internationalen Sozialdemokratie.

„Justice“ polemisiert dann noch in längeren Ausführungen gegen die letzten Gewalttakte der Suffragettes und verwahrt sich gegen die Zumutung, ihnen Loblieder zu singen und die Märtyrerkrone zu verleihen. Diese Frauen könnten entschuldigt, aber nicht verteidigt werden.

### Leicabende.

Mariendorf. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Restaurateur Paul, Königsstr. 14.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Schiffmannen Deutschlands, Bezirk Rixdorf. Freitag, den 12. April, abends 9 Uhr, in den Bürgerkäfen, Rixdorf, Vergr. 147. Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Wolf über: „Kulturbilder aus Preußen-Deutschland.“ Gäste willkommen.

## Aus aller Welt.

### Die moderne Folter.

Eine dramatische und überzeugende Illustration für die Behauptung derer, die in dem berühmten „dritten Grad“, wie er von der amerikanischen Polizei zur Erpressung eines Geständnisses bei An-

geklagten angewandt wird, eine moderne Folter schlimmster Art erfinden, liefert ein Fall, der eben in New York bekannt wird. Ein junger Mann namens Theodore Furman lebte am vorigen Donnerstag nach einer Abwesenheit von fünf Monaten in sein Haus zurück und fand zu seinem Schrecken seine beiden Brüder in Haft unter der furchtbaren Anklage, daß sie ihn ermordet hätten, ja mehr als das, sie hätten die gar nicht verübte Tat sogar eingestanden. Furman war im letzten November plötzlich geheimnisvoll verschwunden, und einige Tage später hatte man umweit dem Bahnhof der Stadt die verbrannten Gebeine eines menschlichen Körpers in einem Kistenkasten aufgefunden. Man glaubte aus verschiedenen Zeichen annehmen zu können, daß es Gebeine des verschwundenen Furman wären, und sofort erhob sich gegen seine beiden Brüder der Verdacht, daß sie die Urheber des scheußlichen Verbrechens wären. Man verhaftete die Verdächtigen, und nachdem man sie in dem „dritten Grad“ verhört hatte, der darin besteht, daß man die Gefangenen durch unaufhörliche Tag und Nacht fortgesetzte Verhöre quält, hatten sie sich nach einiger Zeit dazu bequemt, ein detailliertes Geständnis des Mordes abzugeben. Nun erschien plötzlich das vermeintliche Opfer lebend und gesund wieder in der Stadt; er hatte den ganzen Winter über auf einer Farm gearbeitet, ohne das geringste davon zu erfahren, in welche Not sein unerklärliches Verschwinden seine Brüder gestürzt hatte. Die Brüder wiederum erklärten, daß die Polizei sie mit ihrer Art zu verhören einer so unerträglichen Marter unterworfen hätte, daß sie schließlich bereit gewesen wären, auch ein Duzend Morde einzugestehen, nur um einen Moment der Ruhe zu erlangen und sich von dem ewigen Kreuzverhör zu erholen. „Wir waren bereit“, so sagten sie, „so viel Verbrechen zuzugestehen, als die Polizei von uns verlangte.“

### Familiendrama in Fürstenwalde.

Auf eine furchtbare Art hat am Dienstag in dem märkischen Städtchen Fürstenwalde die Frau des dort wohnhaften Zimmermanns Mann nach einem geringfügigen Wortwechsel mit ihrem Manne ihrem Leben eine Ende gemacht. Das sonst in voller Harmonie lebende junge Ehepaar geriet nach der Rückkehr von einem Besuch aus ganz geringfügiger Ursache in Streit. Die Frau, die durch Schwermutigkeit hochgradig nervös war, wurde durch den Zwist so erregt, daß sie nach der Küche lief, ihre Kleidung mit Petroleum trankte und ansteckte. Die gelenden Gittertüre der einer Feuerküche Gleichen den Mann herbei, der in Gemeinschaft mit Hausbewohnern die Flammen löschte. Die Unglückliche hatte jedoch so schwere Brandwunden erlitten, daß sie gestern morgen im Krankenhaus starb, nachdem sie von einem toten Knaben entbunden worden war. Der Schmerz des Mannes über die furchtbare Tat seiner Frau war so groß, daß er nur mit Mühe davon abgehalten werden konnte, ebenfalls Selbstmord zu begehen.

### Folgen päpstlicher Verkündung.

Welche Stimmung gegen die Protestanten in der Graffenberger Gegend in Schleien herrscht, zeigt ein anonymes Brief, den die Douerngutsbesitzerin Lorenz in Krummholz, Kreis Löwenberg, erhielt und dessen Wortlaut folgender ist:

„Du evangelischer Hund! Rade Dich raus aus unsemern Dorfe, unsere Sache sollst Du fühlen. Das Regnerst wollen wir schon rächen. Die Mutter Gottes muß weinen; sogar auf unsemern Gottesacker dringt Ihr, nichts ist Euch heilig. Doch wir wollen Euch blauen schon heimleuchten, auf einem grünen Zweig sollst Du nicht kommen. Also besinne Dich; mach Dich fort oder — Du sollst noch etwas erleben, doch dann zu spät. Neben der Kirche dulden wir Euch Keher nicht. Ein eifriger Anhänger der Mutter Gottes.“

Kurze Zeit nach dem Empfang dieses Briefes brannten in einer Nacht das Wohnhaus, die Stallungen und die Scheunen der Frau Lorenz mit sämtlichem Inventar total nieder.

### Immer Fachmann.

Ein Fahrradreisender muß auf die „Tour“, als gerade daheim ein freudiges Ereignis zu erwarten ist. Er verständigt das Dienstmädchen, daß ihm sofort dringend telegraphiert werden müsse, und als eiliger Fachmann der Fahrradbranche macht er dem Mädchen klar, wenn ein Junge: „Herrenrad eingetroffen“, wenn ein Mädchen: „Damenrad angekommen“. Und schweren Herzens reißt er ab. Fünf Tage später erhält er von zu Hause folgendes lakonische Telegramm: Tandem!

### Kleine Notizen.

Anfall oder Verbrechen? Unter dem Verdacht des Gattenmordes ist in Stettin der 28-jährige Weinhändler Kurt Werner verhaftet worden, der im Flaschenlager seines Geschäftes in der Kronenstraße seine 28-jährige Frau durch einen Schuß in die Herzgegend tödlich verletzte. Bei der amtlichen Vernehmung bestritt Werner die Absicht des Mordes. Er will seine Frau nur versehentlich beim Scheibenschießen getötet haben. Diese Darstellung scheint sich zu bestätigen, denn nach einer späteren Meldung ist Werner wieder aus der Haft entlassen worden.

Reiterei und Tanzvergnügen. In der rheinischen Ortschaft Burgwaldniel entstand vor einem Tanzlokal eine wilde Schlägerei, wobei ein junger Mann durch Messerstiche in die Brust getötet und fünf Personen, darunter der zur Hilfe herbeigeeilte Nachwächter, schwer verletzt wurden. Die Ueberschwemmung in Nordamerika. Infolge des Dammbrochs bei Goldenale sind gegen zweitausend Quadratmeilen Land überflutet, darunter 500 000 Acres reiches Agrarland in Nordwesten von Arkansas. Mehrere Städte stehen unter Wasser. Die Verbindungen sind unterbrochen. Der angerichtete Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt.

Verband der Feuertöchter Deutschlands. Heute, Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, Rosenfelder Str. 11/12. Versammlung.

### Briefkasten der Redaktion.

Die herrliche Sprechsaal findet am Freitag, den 29. April, im Saal der Zeyher-Verlagshandlung in Berlin, abends 9 Uhr, statt. Der Vortrag wird von Herrn Dr. Wolf gehalten. Eintritt frei. Der Vortrag wird von Herrn Dr. Wolf gehalten. Eintritt frei. Der Vortrag wird von Herrn Dr. Wolf gehalten. Eintritt frei.

Mitteilungen. Der Vorstand der Arbeitervereine in Berlin, am Freitag, den 29. April, abends 9 Uhr, im Saal der Zeyher-Verlagshandlung in Berlin, abends 9 Uhr, statt. Der Vortrag wird von Herrn Dr. Wolf gehalten. Eintritt frei. Der Vortrag wird von Herrn Dr. Wolf gehalten. Eintritt frei.

# 5 MAGGI<sup>S</sup> Bouillon-Würfel 20 Pfg.

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI<sup>S</sup>** Bouillon-Würfel und weise andere Marken zurück!

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie augenblicklich delikate Fleischbrühe zu Suppen, Gemüse, Saucen und Trinkbouillon.

„MAGGI's gute, sparsame Küche“

## Theater und Vergnügungen

**Donnerstag, 11. April 1912.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Regl. Opernhaus.** Der Rosenkavalier.  
**Regl. Schauspielhaus.** Wilhelm Tell.  
**Deutsches. Gemischtes.**  
**Zirkus Busch.** Gala-Vorstellung.  
**Zirkus Sarrasani.** Gala-Vorstellung.  
**Zirkus Schumann.** Gala-Vorstellung.  
**Sabertanz.** Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Taudenstraße 48/49.  
Weltbäder an europäischen Küsten.  
**Nammerspiele.** Eine glückliche Ehe.  
Lefling. John Gabriel Borkman.  
Königliche Oper. Aufgelegtes Geschicht.  
**Wetten.** Die schöne Helena.  
Kleines. Tanzspiele.  
**Königsgräber Straße.** Die fünf Bräutigame.  
**Neues Schauspielhaus.** Unter dem Schwert.  
**Kurfürstentempel.** Der Schind der Rabanna.

**Neues.** Der liebe Augustin.  
Reizung. Alles für die Firma.  
**Zirkus Schumann.** Das lausliche Nest.  
Vertiner. Große Rollen.  
**Neues Operetten.** Wäghenmarkt.  
Schiller O. April-Parade.  
Schiller. Charlottenburg. Die Jüdin von Toledo.  
**Freder. Wilh. Schauspielhaus.** Infantenlieber.  
**Luft.** Ich lasse dich nicht.  
**Wette.** Der Geliebte von Zenda.  
**Wetrowski.** Die Nacht von Berlin.  
**Trianon.** Der Ehemann am Fenster.  
Ein angebrochener Abend.  
**Thalia.** Autoliedchen.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Cassio.** Die lustige Strohwitwe.  
**Wolke.** Spezialitäten.  
**Vollage.** Spezialitäten.  
**Herrnfeld.** Der Hausbesitzer. Wie man Männer besetzt.  
**Reichshallen.** Eine Hochzeit in der Müllerstraße.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Folies Caprice.** Der Polizeihund.  
**Boigt.** Geschlossen.  
**Walhalla.** Menschenrechte.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Der Kellner.  
**Königsgräber-Kasino.** Spezialitäten.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Schiller-Theater O.** Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Kyritz-Pyritz.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Lady Windermere's Fächer.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Kyritz-Pyritz.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Probekandidat.**

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der scharfe Junker.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Don Carlos.**

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Vogelkändler.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Rollen.**

**Theater in der Königsgräber Straße.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die schöne Helena.**  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.

**Apollo Theater.**  
9 1/2 8 Uhr  
Ein sensationeller Erfolg der gr. komischen Programme.

**Ganz Berlin spricht von Bellini.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
4 Uhr:  
**Von Meran zum Ortler.**  
8 Uhr:  
**Weltbäder an europäischen Küsten.**  
(Von Hamburg bis Lissabon.)

**Passage-Panoptikum.**  
Bis 14. April inkl. Volkstage!  
Jedem 1 Kind frei. Jedes Kind erhält ein Geschenk.  
**Das vereinte Riesenpaar.**  
Brühild und Ossoro  
Deutschland u. Frankreich  
**Hede, das Löwenmädchen.**  
halb Mensch — halb Animal  
Ibend zu sehen  
Ohne Extra-Entree.

**Passage-Theater.**  
Gastspiel  
**Gertrude Barrison**  
**Karl Hollitzer**  
**Das Geisterfenster**  
und das große April-Programm mit 10 neuen Attraktionen!

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
8 Uhr:  
**Alles für die Firma.**  
Schwank in 3 Akten von R. Demmequin und G. Mühsel.  
Norgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.  
Sonntag, 14. April, nachm. 3 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.

**Luisen-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Ich lasse dich nicht.**

**Kroll'sches Theater.**  
Vorführung der neuen  
**Lichtspiele**  
in wirklichen Naturfarben (Kinemakolor).  
Täglich von 4-11 Uhr.  
Preis d. Plätze: 50 Pf. bis 3 M.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Ehemann am Fenster.**  
Hierauf: Ein angebrochener Abend.

**Admiralspalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße.  
**Eis-Arena.**  
Allabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne“. Die kl. Walk-Königin Charlotte. Weltmstr. Bror Moyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.  
**Restaurant I. Ranges.**  
Wein- und Bier-Abteilung.

**Freie Volksbühne**  
Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:  
**Ordner-Sitzung.**  
**Thalia-Theater**  
Schönthan:  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
**Neues Schauspielhaus**  
Calderon:  
**Das Leben ein Traum.**  
**Lessing-Theater**  
14. 21. April:  
**Wenn der junge Wein blüht.**  
**Residenz-Theater**  
5. 12. Mai: Emil Augier:  
**Die arme Löwin.**  
**Abendabteilungen**  
Frederich:  
**Das Familienkind.**  
**Herrnfeld-Theater**  
Sven Lange  
**Simson und Delila.**  
Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den Montagabendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus Gastkarten à 1.50 M. beim Obmann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 242/14

**Freie Volksbühne**  
Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:  
**Ordner-Sitzung.**  
**Thalia-Theater**  
Schönthan:  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
**Neues Schauspielhaus**  
Calderon:  
**Das Leben ein Traum.**  
**Lessing-Theater**  
14. 21. April:  
**Wenn der junge Wein blüht.**  
**Residenz-Theater**  
5. 12. Mai: Emil Augier:  
**Die arme Löwin.**  
**Abendabteilungen**  
Frederich:  
**Das Familienkind.**  
**Herrnfeld-Theater**  
Sven Lange  
**Simson und Delila.**  
Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den Montagabendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus Gastkarten à 1.50 M. beim Obmann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 242/14

**Branche der Elektromonteur.**  
Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.  
Sonnabend, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, in Hapoldts Konzertsaal, Hasenheide 32 (Eingang von der Gräberstraße):  
**Erster Kunst-Abend**  
Mitwirkende: **Berliner Kammermusik-Vereinigung**, Frau **Paula Weinbaum**, Konzertsängerin, Herr **Danegger**, Mitglied des Deutschen Theaters.  
Nach dem Konzert: **BALL.**  
Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Kindern unter 10 Jahren ist Zutritt nicht gestattet. Eintritt 50 Pf. Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen.  
Billetts sind bei den Vertriebsstellen und in folgenden Geschäften zu haben:  
Zentrum: Ph. Hummel, Sophienstr. 5. Westen: A. Wisniewski, Bülowstr. 58; G. Sengelbusch, Halensee, Karlshorst Str. 16; Bethge, Lützowstr. 7. Nordwesten: Ed. Seitelmann, Charitéstr. 5; A. Kürbis, Luisenstr. 26. Nachf. F. Freitag; K. Kasper, Schiffbauerdamm 12; Hufenbach, Perleberger Str. 58. Osten: F. Bähr, Stralauer Allee 47. Südosten: O. Kimmel Nachf., Sebastianstr. 13; Tolke, Adalbertstr. 15; F. Fröhlich, Muskauer Str. 1. Süden: A. Quandt, Gitschiner Str. 70; O. Reim, Urbanstr. 29; E. Wiersdorf, Urbanstr. 6; H. Fischer, Tempelherrenstr. 20; P. Reiß, Blücherstr. 60; Wilhelm Lichtspiele, Blücherstr. 61; O. Eicke, Schönleinstr. 6. Südwesten: Caspari, Wilhelmstraße 141. Norden: Paul Wilhelm, Voltastr. 41. Neukölln: Ideal-Kasino, Weichselstraße 8. Steglitz: G. Fischer, Schloßstr. 102; Clement, Düppelstr. 7. 118/4\*

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Gefangene von Zenda.**  
Romantisches Lustspiel in 4 Akten von Reiz und Luz.  
Freitag: Es gibt nur ein Berlin.

**Voigt-Theater.**  
Geismbrunnen Sadstraße 58.  
Donnerstag, den 11. April 1912:  
**Das Schloß am Meer.**  
Schauspiel in 4 Akten v. D. Balthar.  
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

**„CLOU“**  
**Berliner Konzert-Haus.**  
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.  
**Heute: Gr. Doppel-Konzert!!!**  
Musik d. 5. Grde-Regts. z. F. Dirig. Oberm. Tschätsch.  
Musik d. 1. Grde-Regt. Dirig. Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachm.:  
**Gr. Promenaden-Konzert** bei freiem Eintritt.  
Heute: Musik d. 2. Grde-Regts. z. F. Dirig. Oberm. Graf.

**Großes Eisbeineffen**  
Eisbein, Zauerkohl und Erdäpfelpurée à Portion 50 Pf.  
Freitag, 12. April **Hackepeter**, Gr. Frankfurter Straße 106.  
Verstärktes Orchester!

**Zirkus Busch**  
Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:  
**Großer Gala-Abend.**  
**Iwanoff** (Looping the Loop am schwing Trapez).  
Jack Joyce, d. berühmte amerik. Cowboy u. Pferdehändler.  
Vorführung und Meisterung der wildesten Pferde, Schläger, Steiger und Beisser. (Bucking Horses).  
Amateur-Konkurrenz-Reisen! 50 M. Belohnung, wer stehend auf dem Pferde dreimal um die Manege reitet. Anmeldung im Bureau.)  
9 1/2 Uhr: **„Die Hexe“.**

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.  
**Die Nacht von Berlin!**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von S. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

**Reichshallen-Theater.**  
Zum Schluß:  
**Eine Hochzeit in der Müllerstraße.**  
Kurleste von Reizel.  
Anfang: 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

**Casino-Theater**  
Rathfänger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Das glänzende Aprilprogramm mit Grete Gallus.**  
Allabendlich Lustspiele!  
Der Hosenhändler  
**Die lustige Strohwitwe.**  
Nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Unsere lieben Frauen.**

**Königsstadt-Kasino.**  
Ede Holzmarsk- u. Alexanderstraße vom 1. bis 16. April:  
Dauerwähltes Riesensprogramm Unter anderem:  
**Die heiratslustige Witwe.**  
Große Rolle mit Gesang in 1 Akt.

**Mentes Volksgarten**  
Zuh. Walter Schröter  
Telephon: Am Lichtenberg Str. 16; Lichtenberg, Kocherstr. 28/29  
Berlängerte Landdörger Allee.  
Vom Alexanderplatz 15 Minuten.  
Linie 64, 67, 71.  
Linie Kurzeiche-Hohenschönhausen.  
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag  
**Frei-Tanz.**  
Sonntags: **Großer Ball**

**Zirkus Schumann**  
Heute Donnerstag, den 11. April, abends 7 1/2 Uhr:  
mit ausgewähltem Progr. U. a.:  
**5 Auroras 5**  
Frl. Dora Schumann, Sportspiele, geritten von 8 Herren.  
Dir. **Albert Schumann** m. seinen neuesten Schul- und Freiheitsdresuren. Um 9 Uhr: Das neueste und größte Ausstattungstück der Gegenwart  
**Das Motorpferd**  
in 5 Akten  
Große Schlußapothekose mit noch nie dagewesenen Effekten.  
Die 100 Fuß hohe Fontaine lumineuse.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Saison-Schläger**  
**Der Polizeihund.**  
**Das Broadway-Girl.**

**Sarrasani**  
Schönhauser Allee.  
Telephon: Nord 4100.  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Das große  
**humoristische Gala-Prgr.**  
Sonnabend und Sonntag je  
**2 Vorstellungen 2**  
Galerie 40 Pf., III. Platz 70 Pf., II. Platz 1.20 M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M., Logenplätze 4 M.  
Schluß der Saison  
Sonntag, 14. April.

**Herrnfeld Theater**  
Ein neuer Sensationserfolg  
Wie man Männer bessert  
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den besten Akteuren in den Hauptrollen.  
Hierzu die Novität:  
**Der Hausteufel.**  
Anfang 8 Uhr.  
Billettkauf 11-2 (Theaterkasse)

**Concordia - Festsäle.**  
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.  
64 Andreasstraße 64.  
Jeden Donnerstag:  
**Große Soiree**  
d. allgemein beliebten und bekannten  
**Hoffmanns Sänger.**  
Direktion Fr. Fanther  
Heute:  
**Grafologie.**  
Lustspiel in 1 Akt.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**  
Vorzugskarten haben Gütigkeit.  
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Kongreß der belgischen Arbeiterpartei.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Brüssel, 8. April. (Eig. Ber.) Der 27. Jahreskongreß der belgischen Arbeiterpartei, der an den beiden Osterfeiertagen im „Maison du Peuple“ tagte, beschäftigte sich ausschließlich mit der Diskussion der Parteiberichte und Fragen der inneren Parteiorganisation. Fehlte den Beratungen so auch die Spannung des Meinungskampfes, wie sie sonst etwa die taktischen Auseinandersetzungen bringen, so war gerade dieser „trodene“, vorzugsweise der nächsten Prüfung organisatorischer Dinge gewidmete Parteitag eine tüchtige und fruchtbar verheißende Arbeitsleistung, die allen, die sie verfolgten, das Bewußtsein gab, daß die belgische Partei nicht nur schlichthin anwächst und an Terrain gewinnt, sondern daß ihre Pioniere mit immer größerem Ernst und Bewußtsein die organisatorischen Grundfragen wie die sozialistische Disziplin zu befestigen suchen. Die ganze Diskussion in diesen zwei Tagen zeugte von diesem Geist, und man kann nur mit dem Präsidenten des Parteitages beklagen, daß den belgischen Kongressen nur eine so kurze Tagungsdauer zugemessen ist, so daß immer wieder Fragen vertagt werden müssen oder nicht genügend erschöpft werden können. — Zwei Dinge müssen, wenn man die günstigeren Gestaltung der belgischen Parteiverhältnisse bemerkt, als für die letzte Entwicklungsperiode besonders charakteristisch erwähnt werden: Einmal die Konsolidierung des Gewerkschaftswesens, das die durch die deutsche Methode inspirierten belgischen Gewerkschaftsführer im Sinne einer zentralistisch-einheitlichen Organisationsform zu entwickeln streben. Ferner die vor einem Jahre erfolgte Gründung der Bildungszentrale („Centrale d'Education Ouvrière“), die mit größtem Erfolg nunmehr ein Feld bearbeitet, dem hier bisher nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt werden konnte. Vanderbelde in seiner Kritik über den Bericht der Bildungszentrale im „Peuple“, wie die Redner auf dem Kongreß selbst haben denn auch ihre freudige Genugtuung über den so kräftig-sichtbaren Erfolg dieser Institutionen in dem einen Jahr ihres Wirkens ausgedrückt.

Als Vorsitzender des Parteitages fungiert wieder De Bruckere, der in seiner Eröffnungsrede unter stürmischem Beifall des Wahlerfolges der deutschen Bruderpartei gedenkt — ihm werde der Sieg der belgischen Partei folgen.

Der Kongreß ist äußerst zahlreich besucht. Es sind 575 Delegierte anwesend, die 415 Gruppen vertreten. — Die französische geeinigte Partei hat Genossen Roland delegiert, der deutsche Parteivorstand Genossen Müller, der in seiner Begrüßungsansprache der internationalen Beziehungen gedenkt, die seit der Schaffung des Internationalen Bureaus in Brüssel zur vollsten Innigkeit zwischen den Gliedern der roten Internationale geblieben sind. Müller erinnert an die zwei Reisen der belgischen Gewerkschaftsführer nach Berlin, die das Band der beiden Proletariate nach befestigten, die in mehr als einer Hinsicht verwandte Verhältnisse zeigen. Dem westfälischen Industrialismus kann man den belgischen zur Seite stellen. Dieser industriellen Analogie schließt sich die Verwandtschaft der Programme an. Und wenn De Bruckere den Sieg der deutschen Sozialdemokratie gefeiert habe, so habe er von der Vertretung des deutschen Proletariats den Auftrag, dem belgischen Proletariat für die Juniwahlen, für den Kampf gegen den Merkantilismus und für ein demokratisches Wahlrecht Erfolg zu wünschen.

Diesem Wunsche schließt sich der französische Delegierte in herzlichen Worten an.

Bericht des Generalrates

zur Diskussion. Als erster Redner zu ihm spricht Vanderbelde für die Schaffung einer Instanz für die Frauenorganisation. Es sei höchste Zeit, daß sich die Partei für die Agitation und Propaganda unter dem weiblichen Proletariat ernstlich einsetze. Die Gewerkschaftswahlen, die demnächst stattfinden, und an denen sich Frauen zum ersten Male beteiligen, müßten in diesem Betracht ein Fingerzeig sein. Auch die in Europa immer mehr hervortretende Tendenz, den Frauen politische Rechte zuzugestehen. Soll der Sozialismus nicht zu schlimmen Enttäuschungen kommen, wenn die Reform, die früher oder später kommen muß, verwirklicht sein wird, so muß er in dieser Richtung vorjagen.

Im selben Sinne spricht die langjährige Kampferin für die proletarische Frauensache, Genossin Lillmans. Sie empfiehlt die Wahl einer Kommission, die die Frage des Frauensekretariats besetzen und über ihre Resultate dem nächsten Kongreß berichten soll. Parteisekretär Vandermissen unterstützt den Vorschlag, indem er die Notwendigkeit, eine Zentralfstelle für die Frauen zu schaffen, als unabweislich hinstellt, wenn die Frauenorganisation sich entwickeln soll. In diesem Sinne legt Vandermissen eine Tagesordnung vor.

Der Parteitag geht zur Diskussion über den parlamentarischen Bericht über. Entscheidende Richtung für die Debatte geben hauptsächlich die kritischen Ausführungen des Genossen Hins über die Haltung und Taktik der parlamentarischen Fraktion nach dem Sturz des Ministeriums Schollaert, mit dem bekanntlich das Merkantil-reaktionäre Schulgesetz mit verurteilt worden ist. Hins ist der Meinung, daß die Fraktion die Gelegenheit zu entscheidenden Maßnahmen, vor allem durch obstruktivistische Taktik zur Kammerauflösung zu treiben, verpaßt habe. Die politische Konjunktur für diesen Schritt wäre durch die Zurückziehung des Schulgesetzes äußerst günstig gewesen. Die grobhartige August-Schulgesetzung, der günstige Ausfall der Gemeindevahlen hätten eine wesentlich andere Entwicklung der Dinge erwarten lassen. Die Fraktion, bezw. die parlamentarische Opposition habe es auch in der Hand, durch die ihr günstige Abstimmung in den Sektionen die Vertagung des Eisenbahndesetzes zu verhindern. — Wenn man einmündet, daß es mit der sofortigen Auflösung nicht gehen gewesen wäre, weil das Gesetz über die Vermehrung der Abgeordneten nicht votiert war, so wäre gerade damit die Agitation nur befruchtet und einem Sieg vorgearbeitet worden. Statt alles dessen habe man der Regierung Zeit gelassen, sich wieder zu „verschauen“ und ihre Korruptionswelt nach allen Richtungen weiter zu füttern. — Der Redner schließt auch die parlamentarische Situation nach dem eventuellen Sturz der Merkantilen im Juni ins Auge. Nach diesem Sturz könne es nur eine Lösung geben: Heraus das allgemeine Wahlrecht! — An den Sturz der Merkantilen Majorität knüpfte sich auch die wichtige Parteifrage der ministeriellen Beteiligung. Als Gegner der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung wünschte er die Entscheidung über diese Angelegenheit noch vor den Wahlen. — Die Resolution des Redners enthält einerseits die Aufforderung an die Partei, am Tage nach den Wahlen innerlich und äußerlich der Kammer die Frage der Verfassungsrevision aufzutollen und andererseits das Verbot der Beteiligung von Parteimitgliedern an der Regierung.

Der Verfasser des parlamentarischen Berichtes, Deputierter Wauters, erklärt die Haltung der Fraktion folgendermaßen. Die Kammeropposition habe Genugtuung in allen Punkten erhalten: Das Schulgesetz ist zurückgezogen worden; die Vermehrung der Abgeordneten ist von der Regierung zugesprochen worden; die Forderung der Auflösung und allgemeinen Wahlen durchgesetzt. Man halte unter den gegebenen Verhältnissen sonach keine Veranlassung, den parlamentarischen Fortgang zu hindern. Es wäre nur gewagt gewesen, seinerzeit eine Auflösung herbeizuführen, ohne vorher das Gesetz über die Vermehrung der Deputierten gesichert zu haben. Wauters bezweifelt, daß die von Hins gepredigte Taktik der Obstruktion zur Revision der Verfassung geführt hätte.

Die Merkantile Partei, die in der Schulfrage zurückgewichen ist, hätte nicht weiter nachgegeben. Dagegen hat die Fraktion durch ihren Kampf gegen die Keurung das Land bis in seine Tiefen aufgewühlt und für die Wahlen eine nicht nur antiklerikale, sondern sozialistische Plattform geschaffen.

Vanderbelde bemerkt gegen Hins, Obstruktion ist leichter als eine gewissenhafte parlamentarische Arbeit. Die Geschichte der Fraktion zeigt übrigens, daß wir, wenn es not tut, auch energisch sein können. Vandenpeereboom und Schollaert wissen davon ein Lied zu singen. Die Fraktion hat ihre Pflicht getan; möge die Partei die ihre tun, um das Land vom Merkantilen Regime zu befreien.

Hins beantragt, der Kongreß möge entscheiden, ob die Frage der Teilnahme an der Regierung schon diesmal oder auf einem außerordentlichen Kongreß nach dem Wahlen behandelt werden solle. Nach einer kurzen Debatte, in der Vanderbelde festgesetzt hat, daß niemand der Diskussion ausweichen wolle und die Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung die vorherige Zustimmung der Partei voraussetze, zieht Hins seinen Antrag zurück.

Nachmittags-Sitzung.

Die Presse.

Das französische Zentralorgan der Partei, „Der Peuple“, hat das Defizit überwunden. 1910 wie 1911 brachte er 4500 Fr. Ueberschuß. In den letzten drei Jahren hatte er 33 000 Leser gewonnen. Allerdings hat seine kleine Ausgabe „L'Echo du Peuple“ 20 000 Leser verloren. Bemerkenswert ist der Fortschritt in den von den Parteiorganisationen aufgenommenen Kollektivabonnements. Derzeit haben 73 Parteigruppen 12 700 Exemplare abonniert.

In der Diskussion meint Vanderbelde, der „Peuple“ sei vom antiklerikalen und demokratischen Gesichtspunkt ein ausgezeichnetes Blatt, dagegen komme sein Sozialismus mehr in sentimentaler und humanitärer als in wissenschaftlicher Gestalt zum Ausdruck. Das Blatt müsse in Zukunft die Erziehung zum Sozialismus mehr als bisher pflegen.

Wauters, der Chefredakteur des „Peuple“, hebt die Ueberlastung der Redakteure hervor und betont die Notwendigkeit, im Informationsdienst auf die Konkurrenzblätter und auf die Wünsche des großen Publikums Rücksicht zu nehmen: sicher werden wir uns bemühen, Vanderbelde's Wünsche Rechnung zu tragen. Aber muß nicht die augenblickliche Wahlpolitik auf den Ton des „Peuple“ abfärben. (Zwischentöne: „Aha!“) Wenn Sie wesentliche Verbesserungen durchsetzen wollen, müssen Sie uns die Mittel dazu schaffen.

Bei der Besprechung des in Gent erscheinenden „Booruit“ wird die Gründung eines flämischen Blattes für Brüssel angeregt. Wie Anjele hervorhebt, würde ein solches Blatt dem „Booruit“ eine Erleichterung bringen, der bei der Provinzaufgabe zusetzt.

Die Frage der Errichtung neuer Blätter wird dem Generalrat zum Studium überwiesen.

Der Intendantenprozeß in Warichau.

Man schreibt uns aus Krakau: Das Warschauer Publikum lächelt in diesen Tagen eigenlich ironisch... Die stadtbekanntesten Herren aus der kaiserlichen Intendantur des Warschauer militärischen Bezirkes stehen vor Gericht als Diebe und Schwindler.

Eine Menge von Obersten, Oberstleutnants bis zu den Magazinauffsehern herab müssen sich jetzt vor dem Gericht verantworten. Dieser Prozeß ist die nächste Folge der „Senatorenrevision“, die im Jahre 1910 in Rußisch-Polen stattfand.

Die „Senatorenrevisionen“ sind eine außerordentliche Verwaltungsmassnahme im russischen Leben, aus der allgemeinen Beamtenkorruption entstanden. Der russische Zar wird in der Regel so „falsch informiert“, daß er von Zeit zu Zeit zu dem energischen Mittel greift, um wenigstens einen Bruchteil der Wahrheit zu ermitteln. Er schickt also seinen bevollmächtigten Senatoren aus, der mit allen möglichen Vollmachten ausgestattet, alles mögliche „revidiert“ und dann dem Zaren einen passenden Bericht erstattet. Daraufhin werden eine Anzahl von Strafprozessen geführt, wobei das Sprichwort zu Ehren kommt: „Eine Krähle haßt die andr.“

Nach dem russisch-japanischen Kriege kamen so fürchterliche Diebstähle und Unterschleife zur öffentlichen Kenntnis, daß die Tradition der „Senatorenrevisionen“ wieder zu einer sehr notwendigen Institution wurden, um die empörte öffentliche Meinung ein wenig zu beruhigen.

So wurden also der Senator Garin nach Posen und nachher Reudhardt nach Warschau hinausgeschickt, um „Ordnung zu schaffen“.

Herr Reudhardt hatte zuerst die Erfahrungen seines Kollegen Garin sich zu eigen gemacht, um in Warschau um so leichter den Diebstählen beizukommen.

Ehe er selbst Petersburg verließ, schickte er zuerst einen von seinen Vertrauten, um das Treiben der Warschauer Intendanten zu indigalisieren. Aber man wußte dort bereits von der nahenden Gefahr und eine eigenartige „Abwehr“aktion wurde rasch organisiert.

Zuerst verbrannte man überall die kompromittierenden Papiere und Dokumente. Ueber Warschau standen in diesen Tagen — sagen die nachher vernommenen Zeugen aus — dicke Rauchwolken, so viele Papiere wurden auf einmal dem Feuer übergeben...

Zwei Hauptpersonen der Intendantur, der Hofrat Vonsch-Bogdanovskij und Oberst Schlandt, haben bereits seit Jahren die Majorität der Intendanturbeamten „organisiert“ und zusammengebracht, mit den großen Lieferanten, die „zumeist Juden sind“, wie der Senator in dem geheimen Berichte an den Zaren schreibt. Dieser geheime Bericht (der zufällig vor mir liegt!) bildet ein grandios erbautes Denkmal des innerlichen Zerfalles des russischen Reiches! Er wimmelt von Diebstählen und Schwindereien, die alle an dem militärischen Fiskus — eigentlich an der Hunderttausenden armer russischer Soldaten — begangen werden. Er deckt die Schleichwege auf, worauf die Beamten und ihre Komplizen wandeln, und stellt überall fest, daß die russische Verwaltung von der Bestechung nicht zu trennen ist...

Auf die erste Alarmnachricht, daß der Senator kommt, wurde in der Intendantur alles gemacht, damit er die Wahrheit nicht erfahre. Den Lieferanten wurde eingeschärft, keine Aussagen vor den Revisionskommissionen abzulegen, die irgend wen belasten könnten; dann sollen die Lieferanten noch mehr verdienen...

Unter den Beamten wurden die wahrheitsgetreuen Aussagen in den Angelegenheiten der Intendantur als etwas „Unmoralisches“ ausgeföhrt!

Die Schränke mit den Dokumenten, die schon nicht „schönzusprechen“ waren, sollten „zufälligerweise“ abbrennen...

Der Zufall hat sie aber davor bewahrt! So mußte sich Herr Reudhardt den Weg zur Wahrheit mühsam bahnen, ohne aber jemals die ganze Wahrheit erfahren zu können.

Was er aber dem Zaren berichtet, ist so ergreifend, daß es auch das westeuropäische Publikum sicher interessieren wird. Rumal die Heeresverwaltung in Westeuropa.

Herr Reudhardt wollte eine gründliche Arbeit machen und bildete nicht weniger als 19 Untersuchungskommissionen in der Provinz, die am 7. April 1911 gleichzeitig ihre Tätigkeit aufhoben; in Warschau fungierten 8 Kommissionen. Außer seinen Beamten wurden 120 Offiziere diesen Kommissionen beigezogen.

175 Heeresabteilungen gaben ihre Meinungen betreffend die Tätigkeit der Intendantur ab; 155 davon hatten viel Wichtiges zu sagen.

Ganze Berge von Papieren wurden in den unzähligen Hausdurchsuchungen beschlagnahmt; man nahm alles, was auf die letzten 5 Jahre Bezug haben konnte.

Die gelieferten Stoffe waren von der schlechtesten Qualität; die Uniformen, die Mäntel, die Hemden waren noch dazu fast durchgehends zu kurz; die Lieferungen kamen niemals zeitig an. Nicht ein Gegenstand des täglichen Gebrauchs war einwandfrei — berichtet der Senator.

„Die Tragik“ aber steckte in den Schuhen! Die Stimmen der Abteilungscommandanten über die gelieferten Schuhe sind wahrhaft tragisch; man könnte sagen, daß die Armeeschuhe eher ohne Schuhe, als in den Schuhen geht...

Die durch die Lieferungskommissionen als gut befundenen Schuhe konnten höchstens einen Monat aushalten. 60 Proz. der Schuhe waren schon „nach dem ersten Regen“ untauglich, 80 Proz. gingen in den ersten Tagen zugrunde!

Der Wert des Schuhpaares wurde in der Intendantur auf 7 Rubel festgesetzt; aber kein Soldat trägt die „Kommiss“-Schuhe, da er doch barfuß gehen müßte! Die Schuhe werden also unmittelbar nach der Ausföhung von den Soldaten verkauft. Der feste Preis dieser Schuhe ist aber 1½ Rubel! Für seine paar Rubel muß der Soldat sich eigene Schuhe anschaffen.

Einzelne Kommandanten berichten haarsträubende Dinge darüber. „Nach einem Tage kaputt“ oder „nach dem dreimaligen Anziehen außer Gebrauch“ oder „zur Annahme ungeeignet, da die Vorderseite der Schuhe während des Transportes abgefallen“ und dergleichen.

Die Mäntel zu kurz und schlecht geschnitten, die Hosen schühen nach zwei Monaten den Soldaten nicht vor der Kälte, die Hemden zu kurz und aus den schlechtesten Stoffen verfertigt; sogar die Schnupftücher — gegen die Vorschritt — zu klein!

Unter 1000 Stüd „Papachas“ (große Pelzmützen), die im Jahre 1905 (also im Jahre des Krieges!) in die 5. Jägerbrigade geliefert wurden, fanden sich über 1000 Stüd, die so klein waren, daß sie nicht einmal ein kleines Kind tragen könnten!...

Jahrelang wurden die notwendigsten Dinge einfach nicht geliefert. Nicht besser verhält es sich mit den Nahrungsmitteln, die geliefert werden.

Nur der Hafer war gut, fehlte aber in den „Kriegsvorräten“ in ziemlich großem Ausmaße. Das Wehl war zum großen Teile schlecht, das Getreide nicht besser.

Der „Frontbastion“ gegen Westen, die größte russische Armee von über 200 000 Mann, die in dem Warschauer militärischen Bezirke liegt, wurde unversichert bestohlen.

Unwillkürlich heiter wird man gestimmt, wenn man den Reudhardt'schen „geheimen“ Bericht über den Diebsjargon liest, der über die Warschauer Intendantur im Schwange war.

Die Warschauer Abnahmekommissionen wurden „leicht“ genannt, da dort alles akzeptiert wurde, wenn nur die Lieferung von der passenden Bestechung begleitet wurde. Bestochen mußte werden; bei guter Ware war natürlich die Bestechungssumme kleiner.

Gleichig aber waren diese Kommissionen „unsympathisch“, weil es „in Warschau keine festen Traditionen gab, wie in anderen militärischen Bezirken“ (wörtlich) und die Höhe der Bestechung „von dem Temperamente oder den Kapricen“ der Beamten abhängig war. Die prozentuale Höhe der Bestechungsgelder betrug 3 bis 7 Prozent des nominellen Lieferungspreises.

Jeder Beamte der Intendantur mußte bestochen werden, darüber wachten sehr eifersüchtig die „leitenden Stellen“.

Die Beamten — bis zum letzten Magazinaufseher — lebten auch in Genuß und Luxus und legten noch Millionenvermögen auf die Seite ab. Die Lieferanten machten ja gleichfalls glänzende Geschäfte und der russische Soldat ging barfuß oder mußte den letzten Rubel hergeben, um sich eigene Schuhe zu kaufen. Er wurde oft zu einem Bettlerhause, immer hungernd und frierend...

Wurden die mächtigen Diebe nach Petersburg angezogen, und kam aus Petersburg die Kontrolle, so wurde auch diese einfach bestochen und „die Enden ins Wasser“, das heißt die Sache vertuscht.

Schzig Offiziere und Beamte wurden durch den Senator dem Strafgerichte übergeben, aber er selbst wußte ganz genau, daß das Strafgericht gar nichts an der Sache ändern kann!

Herr Reudhardt schlägt dem Zaren einen noch größeren und komplizierteren Kontrollapparat vor, er beschuldigt die höchsten Spitzen des militärischen Bezirkes, er weist hin auf die drohende Gefahr, daß die bestohlenen Soldaten zur Beute der geheimen, revolutionären Umsturzparteien werden können, er hebt hervor, daß die Intendanturbeamten schlecht besoldet und keine Fachleute sind, aber alle diese Vorschläge können in dem vernünftigen Leser seines Berichtes keinen Glauben erwecken, daß sie zu helfen imstande sind.

Im Gegenteil: man weiß in Rußland ganz genau, daß eine jede „Senatorenrevision“ die Höhe der Bestechung steigert; die Bestechung muß sein, und wenn das Risiko größer wird, muß die Bestechung höher sein!

Bei jedem größeren militärischen Kredite lachen den Lieferanten und den Intendanturbeamten die Herzen im Leibe. Sie wissen schon warum...

Partei-Angelegenheiten.

Wannsee. Am Sonnabend, den 13. d. Mis., abends 8 Uhr, im „Rüchthof“ (D. Adernann): Versammlung des Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung.

Lichterode. Am Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Wirtshaus Lichterode“, Zub. Wuymann: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: U. a. Berichte von den Generalversammlungen.

Bernau. Heute Donnerstag: Zahlabend in den bekanneten Lokalen. Es werden die Vorklären: „Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetzgebung“ an die Anwesenden gratis verteilt. Die Bezirksleitung.

Rüschental. Heute Donnerstag, den 11. April, abends 8 Uhr: Zahlabend bei Marg. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Berliner Nachrichten.

Ein Stück praktischer Wohnungsreform.

Als die Baugenossenschaft „Ideal“ vor fast einem Jahre Modelle und Zeichnungen ihres Projekts von Kleinhausbauten mit Gärten öffentlich ausstellte, da gab es unter den nach

Tausenden zählenden Besuchern der Ausstellung keinen, der nicht dem Plane der Baugenossenschaft „Ideal“ die schnellste Verwirklichung und sich selbst eine der freundlichen Wohnungen in den schmuden, von Gärten eingefassten Häusern gewünscht hätte. Allgemein war die Anerkennung, die man dem Projekt der Kleinhausbauten zollte. Doch viele mögen damals noch gezweifelt haben, ob wohl der schöne Plan Wirklichkeit werden könne, denn die Fachleute bertraten und vertreten größtentheils heute noch den Standpunkt, daß das Wohnungsbedürfnis der minderbemittelten großstädtischen Bevölkerung nicht anders als durch Errichtung vierstöckiger Mietskasernen befriedigt werden könne, weil sich der Kleinhausbau zu teuer stelle. Doch die Baugenossenschaft „Ideal“ ließ sich durch derartige Bedenken nicht abschrecken. Hatte sie doch durch eingehende sachmännliche Studien und Berechnungen feststellen lassen, daß der Kleinhausbau, wenn er rationell und von großen Gesichtspunkten aus betrieben wird, ebenso rentabel ist wie die Mietskasernen. Die Leitung der Baugenossenschaft „Ideal“ ging also ans Werk. Sie erwarb in Brüg ein Grundstück, groß genug, um eine umfangreiche Siedelung nach ihrem Plane darauf anzulegen. Rauscherlei Schwierigkeiten mußten überwunden werden, ehe man mit dem Bauen beginnen konnte. Unser ganzes Baugeschehen, auch die polizeilichen Bauordnungen, sind ja auf die Mietskasernen zugeschnitten. Dem neuen Bauesystem aber mußten neue Bedingungen gestellt, neue Wege gebahnt werden. Der umsichtigen Leitung der Baugenossenschaft gelang es, alle Hindernisse, welche der Verwirklichung ihrer Pläne entgegenstanden, zu überwinden. Das vor bald einem Jahre als ein für Berlin völlig neues Projekt von den Wohnungskonsumenten freudig begrüßt, von den Bauinteressenten aber zweifelnd betrachtet wurde, wird jetzt zur greifbaren Wirklichkeit. Schon stehen einige Häuser, im Hochbau vollendet, da, andere wachsen aus dem Sandboden empor.

Am dritten Oftertage konnte bereits für einen Teil der jetzt im Entstehen begriffenen Bauten das Nichtfest gefeiert werden. Vorstand, Aufsichtsrat und eine Anzahl von Genossenschaftsmitgliedern nahmen an der einfachen Feier teil. Am nächsten Sonnabend wird das Nichtfest für einen zweiten Komplex des großen Bauwerks gefeiert werden. Die jetzt in Arbeit befindlichen Bauten werden im Laufe des Sommers fertig und können zum 1. Oktober bezogen werden. Gegen hundert Wohnungen von je einem, zwei, auch drei Zimmern sind es, die außer Küche, Keller, Boden, eigenes Klosett und eigene Badeeinrichtung haben, und jeder Mieter verfügt über ein unmittelbar an seine Wohnung stoßendes, etwa sechzig Quadratmeter großes Gärtchen, das er nach eigenem Gefallen bepflanzen kann.

Der jetzt bebauten Komplex ist ungefähr der sechste Teil der ganzen Siedelung. Wenn er fertig ist, wird ein neuer Teil in Angriff genommen, so daß in einigen Jahren das ganze Grundstück bebaut sein wird. Mit lebhaftem Interesse verfolgen Fachleute und Wohnungsreformer die Entwicklung des Projekts, welches beitragen will zur Lösung des Problems: Durch genossenschaftliche Selbsthilfe und rationelle Ausnutzung der gegebenen Mittel freundliche, gesunde und preiswerte Arbeiterwohnungen zu schaffen.

Mit der Leitung des Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, das am 1. April in Kraft getreten ist, ist der Magistratsassessor Dr. Schönberger betraut worden, zu Berufsvormündern sind die Magistratssekretäre Jagemann und Kretschmer vom Magistrat gewählt worden. Das Amt hat seinen Sitz im Waisenhaus, Alte Jakobstraße 33/35 im Zimmer 213. Aufgabe des Amtes ist die Übernahme und Leitung der Vormundschaft für alle nach dem 1. April 1912 in Berlin geborenen unehelichen Kinder.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Grenadierstr. 37) beginnt am Freitag mit neuen Kursen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, sich recht zahlreich an dem Besuch zu beteiligen. Zur Wahl eines oder mehrerer Unterrichtsfächer ist der Eintritt am ersten Abend frei. Parteigenossen und Genossinnen, erweitert Euer Wissen, auf zur Arbeiter-Bildungsschule! — Näheres ist aus dem Lehrplan im Inseratenteil ersichtlich.

#### Wie die Lebensmittelsteuerung wirkt,

das weiß in der minderbemittelten Bevölkerung jede Hausfrau. Sie merkt es Tag für Tag, immer wieder, wenn sie hin und her rechnen muß, um in ihrem kleinen Haushalt die nötigsten Ausgaben ins Gleichgewicht mit den Einnahmen zu bringen. Hausfrauen, die jahraus jahrein alle Ausgaben notieren und dann mal die für die einzelnen Verbrauchsartikel gemachten Aufwendungen zusammenzählen und zur Vergleichung die Ergebnisse der vorhergehenden Jahre heranziehen, können durch solche zwar nicht erfreulichen, aber sehr lehrreichen Rechenexempel sich ganz genau über den Umfang der Lebensmittelsteuerung unterrichten. Die Zahlen, die sich da dem betagten Auge präsentieren, dürften in ihrem eindrucksvollen Gegeneinander so aufsteigend wirken, daß auch die gleichgültigste Hausfrau stuhlig wird und über die Ursachen dieser Ausparierung des Volkes nachzudenken beginnt.

Ebenso wissen die Inhaber kleiner oder großer Speisewirtschaften ein trübendes Lied davon zu singen, wie in den letzten Jahren die Lebensmittelsteuerung sich ihnen immer mehr fühlbar gemacht und ihren Geldbeutel angegriffen hat. Es hilft ihnen nichts, daß sie bei ihrem Massenverbrauch sich alle Vorteile eines Großverkaufs verschaffen können. Auch sie müssen ihren Tribut entrichten, ohne daß sie immer die Möglichkeit haben, ihn zum größeren Teil auf ihre Gäste abzumäßen. Dasselbe gilt von den Speiseanstalten der gemeinnützigen Vereine, die von vornherein mit einer möglichen Verzinsung des hineingesteckten Kapitals sich begnügen und dabei den Preis der dargebotenen Speisen auch in teureren Zeiten auf möglicher Höhe zu halten bemüht sind. Hier wird die Steigerung aller Lebensmittelpreise sogar als ein besonders schwerer Kostpunkt empfunden, der geradezu die Existenz solcher Unternehmungen gefährdet, wenn sie nicht auf starke Reserven sich stützen können.

Wie im vorigen Jahre zum Beispiel die Steigerung der Preise von Gemüse, Hülsenfrüchten und Kartoffeln gewirkt hat, will die Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft in ihrem das Betriebsjahr 1911 behandelnden, jetzt vorliegenden Geschäftsbericht zeigen, indem sie für eine Reihe von Verbrauchsartikeln neben die von ihr gezahlten Preise aus 1910 die aus 1911 stellt. Der Preis pro Zentner war im Herbst 1911 (in Klammern der Preis vom Herbst 1910) für Kartoffeln 8 M. (3,50 M.), Weißkohl 7 M. (2,75 M.), Wirsingkohl 6,50 M. (3,15 M.), Kohlräben 3 M. (2,50 M.), Möhrchen 4,50 M. (3,50 M.), Sauerkohl 16 M. (8 M.), Erbsen 20 M. (14 M.), Bohnen 19,50 M. (14,50 M.), Linfen 19 M. (13 M.), Reis 19 M. (14,50 M.), Bohnenmehl 28 M. (22 M.), Zwiebeln 8,50 M. (5,50 M.), und die Mehrausgabe pro Zentner betrug im Herbst 1911 für Kartoffeln 4,50 M., Weißkohl 4,25 M., Wirsingkohl 3,25 M., Kohlräben 0,50 M., Möhrchen 2 M., Sauerkohl 11 M., Erbsen 6 M., Bohnen 5 M., Linfen 6 M., Reis 4,50 M., Bohnenmehl 6 M., Zwiebeln 3 M. Was diese Preissteigerungen für den Betrieb des Unternehmens bedeuten, das kann man sich ungefähr ausrechnen, wenn man weiß, welche Mengen von den einzelnen Verbrauchsartikeln zur Zubereitung der Speisen verwendet wurden. Dem Bericht entnehmen wir, daß im Jahre 1911 verbraucht wurden von Kartoffeln 68½ Zentner, Weißkohl 78 Zentner,

Wirsingkohl 72½ Zentner, Kohlräben 44 Zentner, Möhrchen 57½ Zentner, Sauerkohl 53 Zentner, Erbsen 147½ Zentner, Bohnen 78½ Zentner, Linfen 34½ Zentner, Reis 60½ Zentner, Bohnenmehl 17½ Zentner, Zwiebeln 132 Zentner. (Den Verbrauch von gedörrtem Kartoffeln, Weißkohl usw. lassen wir außer Betracht.) Will man den Herbstpreis als den Durchschnittspreis des Jahres ansehen, so ergeben sich bei den in 1911 verbrauchten Mengen etwa die folgenden Preisänderungen: für Kartoffeln 309 M., Weißkohl 331 M., Wirsingkohl 244 M., Kohlräben 22 M., Möhrchen 115 M., Sauerkohl 583 M., Erbsen 885 M., Bohnen 393 M., Linfen 207 M., Reis 278 M., Bohnenmehl 105 M., Zwiebeln 396 M. Für die hier aufgeführten Gemüse und Hülsenfrüchte mußten zusammen 8862 M. mehr ausgegeben werden. Bei den Kartoffeln nennt der Bericht den Durchschnittspreis des ganzen Jahres: pro Zentner wurden bezahlt durchschnittlich 2,91 M. in 1911, gegenüber 1,83 M. in 1910, so daß sich für 1911 ein Mehr von 1,08 M. pro Zentner ergibt. In 1911 wurden 11820 Zentner Kartoffeln verbraucht, das macht allein für Kartoffeln eine Mehrausgabe von 12765 M.

Wir haben uns diese Mehrausgaben für Gemüse, Hülsenfrüchte und Kartoffeln selber berechnen müssen, weil der Geschäftsbericht keine Zahlen herüber enthält. Das Ergebnis der Berechnung wird, da die Herbst- bzw. Durchschnittspreise dazu benutzt worden sind, nur annähernd richtig sein können. Das genügt aber, um eine Vorstellung davon zu geben, wie sehr für die Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft die Reaktionen dieser Verbrauchsartikeln ins Gewicht fallen. Da die Gesellschaft daran festgehalten hat, weder die Portionen der Speisen zu verkleinern, noch die Qualität herabzubringen, und da sie auch die Preise nicht erhöhen will, so muß sie selber den Schaden tragen. Sie hat im Jahre 1911 aus dem Betrieb ihrer Speiseanstalten keinen Uberschuß erzielt. Brächten ihr nicht ihre Grundstücke noch Erträge aus der Vermietung der außer den Speiseanstalten darin noch befindlichen Wohnungen, so hätte sie durch diese Teuerung in die schlimmste Verdrängnis geraten müssen.

An dem Haushalt einer Familie aus der minderbemittelten Bevölkerung, schließt es oft an allen Ecken, die über schlechte Zeiten hinweghelfen könnten. Da muß eine Lebensmittelsteuerung sich mit voller Wucht fühlbar machen, indem sie die Familie zwingt, ihre Ernährung zunächst in der Qualität und schließlich vielleicht auch in der Quantität herabzudrücken. Sich nach der Deese strecken“ nennt man dieses Verfahren, das die bestehende Klasse den minderbemittelten anlegen müßte, während sie selber es nicht nötig hat. Wie dann so eine Teuerung der Lebensmittel samt der daraus sich ergebenden Verschlechterung der Lebensweise auf die Volksgesundheit wirkt, davon wissen nachher die Ärzte zu erzählen.

Kassen im Straßenbahnenwesen. Die erst seit einigen Jahren datierende Erlaubnis, auf der Straßenbahn gegen Zahlung eines Hörscheines kleinere Hunde mitzuführen, hat vielfach die Meinung verbreitet, daß auch andere Kleintiere die Fahrt mitmachen dürfen. Diese Ansicht ist jedoch irrig. Die Schaffner haben Anweisung, andere Tiere als kleine Hunde von der Fahrt auszuschließen. Das wird natürlich in der Praxis nicht immer so streng genommen. Einen Vogel im Käfig oder ein Huhn im Deckelkorbe lassen die meisten Schaffner ohne Extrafahrkarte ruhig mitfahren, solange nicht andere Fahrgäste sich beschwert fühlen. Dagegen wurde dieser Tage auf der Linie 64 ein Indier, der eine Kasse auf dem Arme trug, trotz seines Protestes von der Fahrt ausgeschlossen. Sicher hätte die Kasse weniger beschwert, als es die vielen haushohen Affen tun, die besonders in den späten Abendstunden auf der Straßenbahn nach Hause gefahren werden.

Vom sonntäglichen Verhängen der Schaufenster. Herr Farnowich sollte die Berliner Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage dadurch übertreten haben, daß er Sonntags während der Zeit des Hauptgottesdienstes das Schaufenster seines Zigarrenladens nicht verhängt hatte. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe, obwohl feststand, daß er die Warenanslage seines Schaufensters mit Pappbogen verdeckt hatte. Das genüge nicht.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen gerichtete Revision des Angeklagten mit der Begründung, daß die Vorschrift der Verordnung, monach das Schaufenster zur fraglichen Zeit zu verhängen sei, genau befolgt werden müsse. Das Verdecken der Waren im Schaufenster reiche nicht aus.

Große Rührung widmen die Blätter dem gestern verstorbenen Schminkefabrikanten Lechner. Lechner ist durch die Popularität von Schminke und Waber ein steinreicher Mann geworden und wurde als solcher auch zum Kommerzienrat ernannt. Seine Inserate in allen möglichen Zeitungen und Zeitschriften machten den Namen Lechner zu einem weit bekannten und sichern dem Verstorbenen bei vielen Zeitungen ein gutes Andenken. Das viele Geld veranlaßte Lechner dazu, auch in Kunst zu machen und uns mit dem schneidigen Richard-Wagner-Denkmal im Tiergarten zu beglücken.

Agrarische Ausbeutung der Arbeitskraft von Idioten. Wie berichtet kürzlich von derweiliger Ausbeutung der Arbeitskraft eines Dalldorfer Anstaltsplagiats durch einen Berliner Fuhrherrn. Der Fall ist jetzt beim Gewerbegericht anhängig gemacht, um den Fuhrherrn, der ein ganzes Jahr hindurch für eine volle Tagesleistung pro Woche eine einzige Mark zahlte, zur nachträglichen Zahlung angemessenen Lohnes zu zwingen. Als nachträgliches Gegenstück dazu wird und mitgeteilt, daß die mit der Dalldorfer Anstalt verbundene Idiotenanstalt seit Jahren systematisch die Arbeitskräfte ihrer jugendlichen Insassen an Agrarier entweder ganz ohne Bezahlung oder für Barbeträge, die lediglich als Trinkgelder anzuspreden sind, verleiht. Es handelt sich um eine beträchtliche Anzahl von Anstaltsplagiats, deren körperlicher und geistiger Zustand derart ist, daß sie die Anstaltspflege nicht nötig haben. Auf manchen Gütern sind zu gleicher Zeit ein halbes Dutzend und mehr solcher „Idioten“ untergebracht. Sie schlafen hier meist gemeinsam in Leutenwohnungen von oft keineswegs einwandfreier Beschaffenheit und werden zu allen möglichen landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen, sogar zu gefährlichen Arbeiten mit maschinellen Betrieben. Früher waren gleichzeitig auf denselben Gütern auch weibliche Anstaltsplagiats untergebracht, die aber zurückgezogen wurden, als sich der Klapperschreck meldete.

Man kann nun gewiß der Ansicht zustimmen, daß der Aufenthalt auf dem Lande den Patienten der Idiotenanstalt zuträglich ist als der Aufenthalt in Dalldorf. Von diesem Standpunkte würde gegen die Landpflege und auch gegen die Beschäftigung mit leichten Landarbeiten nichts einzuwenden sein. Es findet aber eine regelrechte Ausbeutung der Arbeitskraft statt. In den ersten Jahren wird überhaupt kein Lohn gezahlt, so daß der Agrarier billiger Arbeitskräfte gar nicht haben kann. Manche Anstaltsplagiats sind hier schon Jahre und erhalten trotzdem selbst wenn sie dem Gutbesitzer einen Anrecht ersehen, nicht mehr als höchstens zehn Mark pro Monat. Der Agrarier will selbstverständlich ein Geschäft machen. Aus bloßer Humanität übernimmt er sicher nicht sechs und mehr Idioten. Darunter befinden sich auch Patienten, die sich geistig sehr vorteilhaft entwickelt haben, schon großjährig sind und längst hätten aus dem Anstaltszwang entlassen werden müssen, um sich ihr eigenes Brot zu verdienen und den Verdienst in die eigene Tasche zu stecken. Man läßt aber die Sache ruhig so weiter gehen und hat in einem besonderen Falle in Dalldorf erklärt, daß man die Gutsherrenschaft nicht vor den Kopf stoßen wolle. Eine gründliche Revision dieser fonderbaren Sklavereverhältnisse scheint dringender nötig zu sein.

53000 M. für die künstlerische Ausmalung der Aula des Königlichstädtischen Gymnasiums in der Ullrichstraße 57/58 will der Magistrat spendieren. Die städtische Kunstdenkmälerkommission hatte schon vor längerer Zeit 7500 Mark für einen Wettbewerb für die Ausmalung der Aula des genannten Gymnasiums zur Verfügung gestellt. Bei dem Wettbewerb wurden fünf Arbeiten mit Preisen bedacht. Den ersten erhielt der bekannte Maler Prof. Carl Köpping

für seinen Entwurf: „Der Garten der Jugend“. Professor Köpping verlangt für die Ausführung 45 000 Mark. Dazu kommen noch 8000 M. für die Vorbereitungen, Gerüste usw., Schiebegerüste usw., so daß insgesamt über 60 000 M. Kosten entstehen würden.

Es erhebt sich sehr zweifelhaft, ob das Werk des Professors Köpping ausgerechnet an den Wänden einer Aula in Erscheinung treten soll, die doch nur einem recht begrenzten Kreis von Personen geöffnet ist. Soll ein Kunstwerk und das hierfür aufgewendete Geld seinen Zweck erfüllen, so muß es einem möglichst großen Personenkreis zugänglich sein.

Ein Opfer des Wettenfeld ist am Dienstag nachmittags ein bisher noch nicht ermittelter junger Mann geworden. Gegen 1/7 Uhr bestieg an der Kenubahn Grunewald ein elegant gekleideter Mann und eine junge Dame ein Dreifachgaul, um sich nach einem bekannten Restaurant in der Friedrichstraße fahren zu lassen. Als das Kraftfahrzeug sich in der Bismarckstraße, kurz vor der Bismarckdorfer Straße befand, erlitt plötzlich ein Schuß im Wagen und alsbald wurde das Halbesignal gegeben. Als der Chauffeur die Tür öffnete, fand er seinen Fahrgast aus einer Schußwunde im Kopfe blutend, leblos auf dem Polster liegen, während das junge Mädchen in Schreikämpfe verfallen war. Auf dem zuständigen Polizeirevier konnte die Dame nur angeben, daß sie ihren Begleiter auf der Kenubahn kennen gelernt und seiner Aufforderung, mit ihm in einem bekannten Berliner Restaurant zu soupieren, Folge geleistet habe. Während der Fahrt habe der Fremde allerhand wirre Reden geführt, so daß sie schon mehrmals habe halten lassen wollen, um aussteigen zu können. Plötzlich hätte der junge Mann einen Revolver gezogen und sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Da absolut aus dem Mädchen nicht mehr herauszubekommen war, wurde sie vom Polizeirevier entlassen. Die Leiche des Selbstmörders, der sein Geld bei sich hatte, wurde nach dem Berliner Leichenschauhause geschafft. Bis jetzt ist der Name des Selbstmörders noch nicht ermittelt.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden des 46 Jahre alten Fischers Ernst Zimmow aus der Fischerstr. 32 gefunden, der seit Karfreitag vermißt wurde. Fischer fuhr an jenem Tage mit seinem Kahn am Mühlengraben umher, um Kalme zu legen. Später fand man den Kahn herrenlos auf dem Wasser fahren. Die Nachforschungen nach Fischer blieben erfolglos, bis man ihn gestern vor der Mühlendammswehre als Leiche wieder fand und landete. Wieleicht ist er verunglückt, möglich ist aber auch, daß er selbst den Tod gesucht hat. Er hatte wiederholt geäußert, daß er die Trennung von seiner Frau, die ihn vor einem Jahre verließ, weil er krank, nicht verhindern könne.

Auf der Brauherde des Auswandererbahnhofes in Ruhleben war die Spandauer Feuerwehre noch bis in die Morgenstunden des gestrigen Tages mit den Nachlösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Neben der Hauptbarade, die, wie berichtet, vollständig ein Raub der Flammen geworden ist, hat auch die Zylinderbarade durch das Feuer starke Beschädigungen erlitten. Die Dampfabwicklung war anfangs so groß, daß die Feuerwehrente zum Schutze Abwehrschirme in Verwendung nehmen mußten. Viele Schwierigkeiten bereitete die Wasserversorgung. Es mußten Schlauchleitungen von nahezu zweihundert Metern Länge gelegt werden, um aus den Hydranten der Trabrennbahn in Ruhleben das nötige Wasser zum Löschen des Brandes herbeizuschaffen. Auch der herrschende Sturm, der die Flammen weit weg wehtete, erschwerte die Tätigkeit der Feuerwehmannschaften. Unfälle sind aber glücklicherweise nicht vorgekommen. Die geretteten Auswanderer — es waren 43 Frauen, Männer und Kinder — wurden gegen Mitternacht nach Bremen transportiert. Die Leute waren abends 1/8 Uhr erst aus Spidytischen in Ruhleben eingetroffen. Da mit der Hauptbarade auch die Stationsbüreaus der Eisenbahn vernichtet wurden, so mußte gestern eine besondere Holzbarade für den Stationsvorstand errichtet werden. Die gestern früh neu eingetroffenen Auswanderer wurden in der vom Feuer verschont gebliebenen kleinen Barade untergebracht. Der Gesamtschaden, den das Feuer angerichtet hat, dürfte 25 000 bis 30 000 Mark betragen. Ob der Auswandererbahnhof auf dem alten Platz wieder errichtet werden wird, steht noch nicht fest.

Enttäuschung und Nahrungsjorgen haben den 31 Jahre alten Arbeiter Bruno Stephan, der sich wohnungslos in Berlin aufhielt, zu einem Selbstmordversuch veranlaßt. Der Mann kam aus der Provinz hierher, weil er glaubte, in Berlin jeden Augenblick Arbeit bekommen zu können. Darin sah er sich aber sehr getäuscht. Alle seine Versuche blieben erfolglos. Als seine geringe Barschaft erschöpft war, beschloß er in der Verzweiflung, seinem Leben ein Ende zu machen, irrt gestern Abend eine Zeitlang im Tiergarten umher und brachte sich endlich in der Nähe des Wagner-Denkmal mit seinem Taschenmesser einen Schnitt in den Hals bei. Ein Schuttmann fand den Unglücklichen schwer verletzt daliegen und brachte ihn nach der Charité.

Opfer der Straße. Ein schauerlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag nachmittags vor dem Hause Ebertstr. 48. Die dort wohnhafte Frau Perske hatte sich mit ihrer 4jährigen Tochter Dora auf die Straße begeben, um Einkäufe zu machen. Beim Ueberqueren des Bahndammes rief sich die Kleine plötzlich von der Hand der Mutter los, wurde von einem Mäulwagen umgerissen und gerieth unter das schwere Gefährt, dessen Räder über das Kind hinweggingen. Der Kleinen wurden die Beine des linken Fußes abgequetscht, außerdem trug sie schwere innere Verletzungen davon. Das verunglückte Mädchen wurde in bedenklichem Zustande in das Kinderkrankenhaus in der Reinholdsdorfer Straße eingeliefert.

Vor dem elterlichen Wohnhause, Straußener Straße 18, wurde gestern nachmittags der fünfjährige Sohn Hermann des Schneiders Brügge von einem Bierwagen der Schlossbrauerei Schöneberg überfahren und am Kopf sowie an der rechten Hand verletzt. Der Knabe fand im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme.

Aus verhäßlicher Liebe in den Tod. Ein schauriges Drama hat sich gestern nachmittags im Hause Bismarckdorfer Straße 68 abgespielt. Dort wohnt seit längerer Zeit im vierten Stock des Vorderhauses die Renteneinnehmerin Theresie Meißold, die Witwe eines kleinen Beamten, eine alte Kranke, fast ganz erblindete Frau mit ihrer 21 Jahre alten Pflegeochter, der Arbeiterin Erna Weßels. Das Mädchen unterhielt seit zwei Jahren ein Liebesverhältnis mit einem jungen Fischer. Dessen Eltern aber wollten von einer ehelichen Verbindung nichts wissen und beeinflussten ihren Sohn dahin, die Beziehungen zu lösen, weil ihnen seine Geliebte wegen ihrer Armut nicht genehm war. Das Mädchen wußte das aus und fürchtete immer mehr, daß der Geliebte es über kurz oder lang verlassen werde. Schon öfter ankerte es deshalb Selbstmordgedanken. Eltern hat sich das Paar verabredet, daß es um 5 Uhr von der Wohnung des Mädchens aus gemeinsam ein Theater besuchen wolle. Erna Weßels hatte schon jetzt ihren Sonntagsgesicht angelegt, wartete aber vergeblich auf den Geliebten, der versprochen hatte, sie pünktlich abzuholen. Um 6 Uhr fragte sie einen kleinen Jungen auf der Straße, ob er ihren Verdächtigten nicht gesehen habe. Als er verneinte, sagte sie ihm, sie werde hinaufgehen und sich erhängen. Das erklärte sie dann auch ihrer Pflegeochter, die in ihrer Stubenode zusammengesunken auf ihrem Stuhle saß. Die alte Frau nahm aber die Ankündigung nicht ernst, weil es auch bisher immer bei den Selbstmordgedanken geblieben war. Als sie nichts mehr hörte, glaubte sie, daß ihre Pflegeochter hinausgegangen wäre. Diese aber hatte sich, ohne daß die Augenkranke es sehen konnte, in derselben Stube mit der Gardinenkordur am Fenster erhängt. Eine halbe Stunde später hat die Pflegeochter am Tropfen zur Vinderung ihrer Brustschmerzen. Als sie keine Antwort erhielt, ging sie tastend durch das Zimmer, kam dabei auch an das Fenster und bemerkte jetzt zu ihrem Schrecken die Leiche am Riegel hängen. Nachbarn, die die alte Frau herbeirief, schafften die Lebensmüde ab und holten einen Arzt. Dieser konnte aber nur noch feststellen, daß sie schon tot war.

Der **Kirkus Sarrafani** wird am nächsten Sonntag die letzten beiden Vorstellungen seiner dritten Berliner Saison geben. Sarrafani gedenkt im nächsten Jahre nicht nach Berlin zurückzukehren, da er zunächst seinen Dresdener Monumental-Kirkus, ein nach völlig neuen Ideen errichtetes Kirkus-Theater, einzuweihen gedenkt, um dann einer Verpflichtung ins Ausland für längere Zeit zu folgen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 28. v. Mts., gegen 10<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags ist die spätere verstorbene Ehefrau Elisabeth Hillmann, angeblich von der Kamischen Oper, Friedrichstr. 104, besinnungslos aufgefunden und von einem unbekannt gebliebenen Herrn, der sich als Arzt ausgegeben hat, mittels Kraftdrohne nach der königlichen Almitz, Ziegelstr. 5-9, geschafft worden. Bisher ist weder die Adresse des betreffenden Herrn noch die des Kraftwagenführers bekannt geworden. Mitteilungen nimmt jedes Polizeirevier sowie auch die Kriminalpolizei, Zimmer 340, zu 1335, IV. 20. 12. entgegen.

Vermißt wird eine 22 Jahre alte Blätterin Martha Hinge, die mit ihrer um ein Jahr jüngeren Schwester bei ihrer Mutter in der Schillingstr. 18 wohnte und in deren Blättererei beschäftigt war. Martha Hinge ging mit ihrer Schwester und drei jungen Herren aus dem Bekanntenkreise der Familie am 22. März abends aus und besuchte mit ihnen mehrere Cafés. In vorgerückter Stunde äußerte sie im Café Metropol (an der Ecke der Köpenicker- und Brückenstraße) den Wunsch, nach Hause zu gehen. Ihre Schwester aber wollte noch bleiben. Hierüber kam es zu einem unbedeutenden Streit, der damit endete, daß Martha allein aufbrach. Seit dieser Zeit ist sie verschwunden. Man hat nur noch gesehen, daß sie in der Richtung nach der Jannowitzbrücke zu weging. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Mädchen, das ein leicht erregbares Wesen hatte, sich ein Leid angetan hat. Die Vermißte ist 1,58 Meter groß und unterseht, hat dunkles Haar, ein volles, gesundes Gesicht und etwas dicke Hände und trug einen blauen Tuchrock, eine weiße Bluse, einen Samtmantel, einen Sammtut mit einer großen Blureuse, Lackschuhe, dünne Strümpfe, einen Schirm mit blankem Knopf und eine schwarze, moderne Handtasche.

## Vorort-Nachrichten.

Neukölln. (Nirsdorf).

Für die in den nächsten Jahren zu errichtenden Gemeindeschulen ist von der Schuldeputation folgendes Bauprogramm vorgeschlagen worden: Zum 1. April 1913 soll das 60klassige Schulgebäude am Richardplatz und eine Turnhalle auf dem Schulgrundstück Knefedeckstraße fertiggestellt werden. Zum 1. April 1914 sollen zwei Schulhausweiterungen, und zwar auf dem neu erworbenen Terrain an der Kopfstraße mit 18 Klassen und für das Schulhaus an der Donaustraße (vollständiger Ausbau) mit 20 Klassen fertiggestellt werden. Am 1. Oktober 1914 soll demnächst ein weiterer Schulhausanbau am Mariendorfer Weg mit 18 Klassen eröffnet werden. Die Knabenmittelschule soll zum 1. April 1914 mit den dann vorhandenen 10 bis 12 Klassen in das Schulhaus an der Donaustraße verlegt werden.

Von der Anstellung von besonderen Zeichen- und Turnlehrern, sowie Zeichen- und technischen Lehrerinnen an den Volksschulen soll nach Erörterungen der Schuldeputation vorläufig abgesehen werden. Dem vorgelegten vorläufigen Projekt zum Bau einer Turnhalle auf dem Schulhote des Schulhauses Knefedeckstraße unter Verlegung der Kiofettanlage nach den bisherigen Räumlichkeiten des Schulmuseums wird zugestimmt. Es wird in Aussicht genommen, zum 1. April 1913 zwei bis drei Hilfsschulklassen neu zu errichten und diese Klassen vorläufig in dem Schulhaus Thomasstraße unterzubringen.

Wilmersdorf.

Von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittags die 20 Jahre alte Kunstschülerin Eugenie Seibold

aus der Pariser Str. 55 von Her. Als sie am Brandenburger Tor den Fahrdamm überschreiten wollte, geriet sie unter den Wagen und erlitt einen Schädelbruch und einen Bruch des rechten Oberarmes. Ein Schutzmann brachte die Schwerverletzte nach der Charité.

Im Niederwahn aus dem Fenster gestürzt. Ein eigenartiger schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern in dem Hause Berliner Straße 18 zugetragen. Im Parterre des genannten Hauses wohnte seit dem Ostersonabend der 28 jährige Opernsänger Adolf B. als Mieter. Während der Osterfeiertage lag der Mieter krank zu Bett. In der Nacht zum Dienstag muß der Kranke nun wohl von einem so heftigen Fieber befallen worden sein, daß er im Wahn aufstand und sich durch die Doppeltüren hindurch aus dem Fenster auf die Straße stürzte. Bei dem Sturz zog sich der Opernsänger schwere Schnittwunden im Gesicht, an den Händen und vor allen Dingen eine lebensgefährliche Verletzung der Halsschlagader zu. In fast leblosem Zustande wurde der Verunglückte in seinem Blute schwimmend gegen 4 Uhr morgens von Passanten aufgefunden und, nachdem ihm von einem schnell herbeigerufenen Arzte Rotweinschokolade angelegt worden waren, nach dem Kreisfrankenhaus Groß-Bichterfeld übergeführt.

## Charlottenburg.

Um ein Pferd beschwindelt wurde gestern der Tatterfall der Gebrüder Weermann aus der Hardenbergstraße 25. Vor Ostern erschien dort ein junger Mann, der sein Gelleidet war und sicher und gewandt auftrat, ritt ein Pferd eine Stunde lang und bezahlte den verlangten Preis. Gestern vormittag kam er wieder und nahm das Pferd zu einem Ritt nach dem Grunewald. Der Tatterfall ließ sich kein Pfand geben; zu spät erfuhr er, daß er es mit einem Schwindler zu tun gehabt hatte. Der junge Mann ist, wie sich ergab, gar nicht im Grunewald gewesen und hat nichts mehr von sich hören lassen. Allem Anschein nach hat er das Pferd, eine 1,70 Meter hohe, braune lupierte Stute, irgendwo zu Geld gemacht.

## Gerichts-Zeitung.

Unter der Anklage der gemeinschaftlichen schweren Körperverletzung, bezw. des Diebstahls und der Hehlerei standen gestern neun Personen vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber. Als Belastungszeuge trat der Kriminalschutzmann Otto Rippe auf. Dieser ging in der Nacht zum 7. Januar die Stalitzer Straße nach dem Silesischen Tor zu entlang. Er traf dort die Angeklagten, die in einem Schanklokal einen Geburtstag gefeiert hatten und nun in einer Gruppe auf der Straße standen. Als Rippe an ihnen vorbei kam, rief ihm einer einen „Guten Abend!“ zu und Rippe erwiderte diesen Gruß. Dann kam einer der jungen Leute zu ihm heran und fragte ihn, ob sie nicht zusammen noch einen „Zug machen“, d. h. sich amüsieren wollten. Rippe ging zum Schein darauf ein und als gefragt wurde, ob er auch Geld habe, zeigte er einen Zwanzig-Markschein, den er lose in die Hebergiehertasche steckte. Rippe ging mit dem Unbekannten dem Silesischen Tor zu, die anderen folgten in einem kurzen Abstand und hielten in der Nähe des Silesischen Tors eine Schlägerei. Sie verstellten Rippe dann plötzlich den Weg und als dieser sie aufforderte, ihm Platz zu machen, erhielt er von einem eine Chreize und die übrigen stürzten plötzlich auf ihn los und schlugen auf ihn ein, so daß er zu Boden stürzte. Nun rief Rippe ihnen zu, daß er Kriminalbeamter sei, zeigte seine Erkennungsmarke und indem er seine Bronnigpistole hervorzog, erklärte er, jeden niederzuschlagen, der ihn angreifen würde. Die Burschen packten ihn aber sofort am Arm, so daß er die Waffe nicht gebrauchen konnte und entrißen ihm die Pistole. Dann schlugen sie, wie Rippe behauptet, mit harten Gegenständen, Schlüsseln, Schlagringen u. dergl. auf ihn ein, er fiel wieder zu Boden, erhob sich wieder, aber er wurde

immer wieder zu Boden geschlagen. Von einem der Burschen wurde das in seiner Hebergiehertasche stekende Geld gestohlen. Dieses ist dann unter die Teilnehmer an dem Heberfall verteilt worden. Rippe behauptet, die Burschen hätten sich wie die wilden Tiere auf ihn gestürzt; er sei über und über mit Blut besudelt gewesen und durch die Schläge mit harten Gegenständen und durch die Fußtritte auf die Nase und in die Augen sei er arg entsetzt und im Gesicht völlig verschwollen gewesen. Schließlich gelang es ihm, sich in ein Schanklokal in der Köpenickerstraße zu retten. Dort erklärte er, daß er Kriminalbeamter sei, erzählte, wie man ihn zugerichtet habe und bat um Schutz. Statt dessen drangen die anwesenden Gäste auf ihn ein und warfen ihn kurzerhand aus dem Lokal hinaus. Endlich kam ihm Hilfe von zwei sich nahenden Schutzleuten. — Nach Feststellung dieses Tatbestandes trat das Gericht in die Erwägung, ob es für diesen Fall zuständig sei, da anscheinend doch Raub vorliege. Der Staatsanwalt Dr. Hoffmann bestritt letzteres, da gar nicht feststehe, ob dem Zeugen der Zwanzig-Markschein unter Anwendung von Gewalt weggenommen sei und Rechtsanwält Bohn hielt die Strafkammer gleichfalls für zuständig, da Zeuge Rippe gar nicht sagen könne, unter welchen bestimmten Begleitumständen ihm das Geld abhanden gekommen sei. — Die Strafkammer hielt jedoch die Angeklagten des schweren Straßenraubes dringend verdächtig und verwies die Sache deshalb an das Schwurgericht.

## Eine etwas romantische Geschichte

lag der Anklage wegen Verletzung des Personenstandes zugrunde, die gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt beschäftigte. Der Angeklagte, Kaufmann Eduard Bendel, war beschuldigt, zu London am 12. Juni 1909 durch zwei selbständige Handlungen erweislich den Personenstand der am 10. Juni d. J. dortselbst verstorbenen Ottilie R. vorläufig verändert zu haben, indem er sie bei Anmeldung des Todes dem Standesbeamten gegenüber fälschlich als seine Ehefrau ausgab; zweitens den Personenstand der am 24. Mai 1909 zu London unehelich geborenen Tochter der R. vorläufig verändert zu haben, indem er das Kind bei der Anmeldung dem Standesbeamten gegenüber als seine in der Ehe mit der R. geborene Tochter bezeichnete. Der Angeklagte war mit der R. mit der er intimen Verkehr hatte, kurz vor ihrer Einbindung nach London gegangen, wo sie am 24. Mai 1909 ein Mädchen gebar und 10. Juni 1909 im Wochenbett starb. Der Angeklagte, der sich in London weilte, veranlaßte dann die Eintragung der Toten in das standesamtliche Register für Sterbefälle als Ehefrau Bendel und bezeichnete das Kind als seine eheliche Tochter. Das Kind wurde später von London nach Friedenau in Pflege gebracht und von den Pflegeeltern als eheliche Tochter des Bendel und seiner verstorbenen Ehefrau angemeldet. — Der Angeklagte gab diesen Tatbestand zu und versicherte, daß er die Absicht gehabt habe, die R. in England zu heiraten, bei dem plötzlichen Tode der R. aber nicht dazu gekommen sei. Die unrichtigen Beurkundungen in dem Londoner Register will er aus Rücksicht auf sein Kind veranlaßt haben, um diesem den Makel der unehelichen Geburt zu ersparen. — Der Verteidiger des Angeklagten beantragte nun im gefrigen Termin einen englischen Rechtsverständigen als Gutachter darüber zu hören, ob der Tatbestand des § 169 des Strafgesetzbuches nach der englischen Rechts- und Death Registration Act von 1874 strafbar ist; nur dann könnte der Angeklagte gemäß § 4 Nr. 3 des Strafgesetzbuches bestraft werden. Auch liege Verjährung vor. Das Gericht gab dem Antrage statt. Es soll durch Vermittelung des englischen Generalkonsuls ein Hochgutachten erfordern werden.

Wetterprognose für Donnerstag, den 11. April 1913.

Kühl und veränderlich, vorwiegend wollig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

*Überzogen und billig ist  
Kochsalz und Kochsalz.*  
*Ihre Gefahr muß! S!*

# Tisloßbräu.

# Flopfmännchen



*non vino cu Ovobit.  
Hüttan mit Woliba  
gntweinbau.*

*Ein sind fast nachschneid.  
aufmerksam und bestimmt.*

**Die Qualität ist unverwundbar!**

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.

## Gardinen-Spezialhaus

### Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster, weiß und crème

p. Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-60 M.

Imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>75</sup>

Elegante Sezessions-Tüll-Stores M. 1<sup>85</sup>

Gestickte schle Spachtel-Stores M. 7<sup>75</sup>

Goldfarbige reichgestickte Band-Stores M. 3<sup>85</sup>

Tüllbettdecken, Größe 180/220 cm M. 2<sup>50</sup>

Reichgest. Erbstüll-Bettdecken M. 6<sup>75</sup>

Elegante Tüll-Bettdecken M. 6<sup>75</sup>

Brise-Bias (Schreibenschieber) 25, 35, 40, 50 Pfennig.

Nach auswärtig p. Nachnahme.

**Spezial-Katalog** mit zirka 650 Abbildungen gratis und franko.

## Zeugen gesucht.

Für den Automobilklub, bei dem am 16. August 1911 vor dem Hause Schloßstr. 13 in Steglitz ein Radfahrer schwer verletzt wurde, werden Zeugen, besonders die damals vorübergehenden Kutsher gesucht. Adressen unter Chiffre W. K. 726 an Rudolf Woffe, Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99, erbeten. 63/17

## Abessinier-Pumpen

zum Selbstausstellen für Gartendünger u. Raubentomaten von 8 M. an

Hilfepumpen, Gartendünger, Filter, Röhren, Schläuche um. billigst. Erdböhrer leichteste.

Karl Köhlin & Co. Berlin SW., Alie Jakobstr. 20/22 (IV 1676.)

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Buchhandlung Vorwärts SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden)

In neuer Auflage ist erschienen:

### Referenten-Führer

Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit notwendigen Wissens. H. M. von Eduard David. 4. durchgesehene Auflage. Preis 1.50 Mark.

## Chic und elegant

Kleidet man sich nach den Favorit-Schnittmustern, deren Auswahl aus dem soeben erschienenen Favorit-Modenalbum getroffen wird: ca. 800 neueste Modelle bieten eine reiche Modenschau. Favorit-Modenalbum zum Preise von 60 Pf., franko 70 Pf. bei C. Müller, Berlin 7, Spittelmarkt 5.

Auch Teilzahlung!

Nur **Witt.**

## Möbel-Misch

Gr. Frankfurter Str. 45/46

## Stoffe

für eleg. Maßanzüge, Uster, Paletots, Damenkostüme Str. 2, 4, 6, 8, 10. Läden für Belzinten Str. 1.50, 2.50. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,



in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vortrefflich für Hausgebrauch u. Industrie.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**

BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

# Manoli

Cigarettes Specialmarken

## Abbas Dandy Gibson Girl

Unserem Genossen **Paul Wendland** nebst Frau, Tegel, Berliner Straße 18a, sagen wir hierdurch die herzlichsten Glückwünsche zur Beerdigung. 10705  
Die Genossen und Genossinnen des 1. Bezirks.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokrat. Wahlverein** für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
(Landsberger Viertel)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Reiner Emil Thiemig**, Ebelingstr. 6, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Auferstehungs-Friedhofes in Weihensee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband deutsch. Gastwirtsgehilfen.**  
Ortsverwaltung Berlin I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Reiner Emil Thiemig** am 8. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Auferstehungs-Friedhofes in Weihensee, an der Lichterberger Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein** des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
Am 8. d. Mts. verstarb unser Genosse, der **Raurer Gottlieb Vorwerk** Fabrikstr. 11.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Kieders-Schönhausen-Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
227/13 **Der Vorstand.**

**Deutscher Bauarbeiter - Verband** Zweigverein Berlin. Sektion d. Gips- u. Zementbranche.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Habitguter Gottlieb Vorwerk** am 8. April im Alter von 59 Jahren, an Magenkrebs gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Kieders-Schönhausen-Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Rechner Hans Fischer** am 7. d. M. an Lungenleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der **Schlosser Gustav Höhne** am 7. d. Mts. an Gehirnhautentzündung.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der **Barnier Bernhard Schaarschmidt** am 9. d. M. an Herzschwäche.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, von der Trauerhalle, Oberberger Str. 34, nach dem Heilands-Friedhofe, Weihensee, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
115/7 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter** und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Brauer Adolf Mukrasche** am 8. April im Alter von 39 Jahren plötzlich gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg (Gottlieb-Dunststraße) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
42/15 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.**  
**Todesanzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Kollege Ernst Neumann** Weberstr. 40a, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Marius-Friedhofes in Weihensee aus statt.  
163/17 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Tischler Gustav Steinbacher** Simon-Dach-Straße 7 im Alter von 27 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 11. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Kummelburger Gemeinde-Friedhofes, Lützstraße, aus statt.

**Nachruf.**  
Am 6. April 1912 starb unser Kollege, der **Bodenleger Gustav Meyer** Lützenstraße 121 im Alter von 59 Jahren und wurde am Dienstag, den 9. d. M. auf dem St. Robinson-Kirchhof in Weihensee beerdigt.  
Ehre seinem Andenken!  
81/17 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein** des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
**Nachruf.**  
Am 29. März verstarb unser Genosse, der **Arbeiter Anton Hünten** Schwedter Str. 239.  
Ehre seinem Andenken!  
227/14 **Der Vorstand.**

**Zweite Abänderung** vom 19. 11. 11 zu dem Statut der Orts-Frankenkasse des Gewerbes der **Lackierer** in Berlin vom 1. Juli 1907.  
Artikel 1.  
§ 53. Stelle 8 ist hinter „wahr- genommen, welcher“ fortzufahren: von der Generalversammlung, unter Vorbehalt einer einmonatlichen Kündigung, alle zwei Jahre gewählt wird. § 12. Abs. 1. Ziffer 3 wird eingeleitet hinter dem Wort „Krankheits-“:  
Für die 1. Klasse täglich 2,40 M.  
2. „ „ „ „ 1,80 „  
3. „ „ „ „ 1,20 „  
4. „ „ „ „ 0,90 „  
Die Worte „die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohns“ (§ 11) werden gestrichen.  
Artikel 2.  
Vorstehende Abänderung tritt, nach Genehmigung, am Montag nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft.  
Berlin, den 11. Dezember 1911.  
10985 **Der Vorstand.**  
J. B. Robert Zindler, Vorsitzender.

Ziehung am 17. April.  
**93. Frankfurter Pferde-Lotterie**  
1200 garant. Gewinn, Gesamtwert M.  
**64000**  
Hauptgewinn: 7 kompl. bespannte Wagen W.M.  
**22450**  
1 Los 1 M., Porto und Liste 20 Pf.  
5 Lose nur M. 4.50 franko Porto u. Liste empfiehlt auch gegen Nachnahme  
**Carl Heinze,**  
Berlin W. Unter den Linden 3.

**Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.**  
Ortsgruppe Berlin.  
Freitag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:  
**Öffentliche Versammlung.**  
Tagesordnung:  
Vortrag des Schriftstellers **Simon Katzenstein:**  
**Der Kampf um die Jugend.** 289/7  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
Freitag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 4:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Stichwahl eines Beisizers.  
2. Beratung der von der letzten Generalversammlung zurückgestellten Anträge.  
3. Beratung der Anträge zum Verbandstage.  
4. Aufstellung der Kandidatenliste für die Delegierten zum Verbandstage.

**Mitglieder-Versammlungen**  
Heute, Donnerstag, den 11. April:  
**Westen und Südwesten.** Abends 5 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend, im **Hofjäger-Palast**, Hallesche 52/53.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Franz Wendel** über: „England, Land und Leute“. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.

**Südosten I und II.** Abends 5 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend, in den **Naunyn-Sälen**, Rammstr. 6.  
**Osten II.** Abends 6 1/2 Uhr, in den **Comenius-Festsälen**, Remeler Str. 67.  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz und von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

**Oestliche Vororte.** Abends 6 Uhr in der **Löwenbrauerei**, Frankfurter Allee 51-53.  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Vorschläge der Delegierten zum Verbandstage. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

**Nordosten.** Abends 6 1/2 Uhr, bei **Boeker**, Weberstr. 17.  
Tagesordnung: Der 1. Mai.

**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.** Abends 6 Uhr bei **Obiglio**, Schwedter Str. 23.

**Wedding und Moabit.** Abends 6 1/2 Uhr bei **Kaczorowski**, Kanenstr. 6.

**Neukölln, Möbelschler.** Abends 5 1/2 Uhr bei **Katzner**, Idealfeldstr. 8.  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Beratung der Anträge zum Verbandstage.

**Ladeneinrichtungs- und Kontormöbelbranche.** Abends 6 Uhr im **Englischen Garten**, Alexanderstr. 27e.  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz und der Generalversammlung. 2. Ausgab der Delegiertenarten. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Bautischler.** Abends 8 1/2 Uhr bei **Boeker**, Weberstr. 17.  
Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Wahl des Branchensekretärs.

**Bilderrahmenmacher.** Abends 6 Uhr im **Gewerkschaftshause.**  
Tagesordnung: 1. Die Reiseleiter. 2. Stellungnahme zum Verbandstage. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Einsetzer.**  
Die Bezirks-Versammlungen finden am **Donnerstag, den 18. April**, statt.  
Die Delegierten zur General-Versammlung kommen am **Freitag, den 12. April**, abends 7 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshause**, Zimmer 11, zusammen.  
81/10 **Die Ortsverwaltung.**

**Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.**  
Bei uns erschienen:  
**Süddeutsche Volksbücher:**  
Heft 1: **Paul Kampffmeyer:**  
**Weltanschauung und Sozialdemokratie.**  
Aus dem Inhalt: Vom Werden der Weltanschauung. — Das Wesen der Sozialdemokratie. — Ethik und Sozialdemokratie. — Religion, Materialismus und Sozialdemokratie.  
Heft 2: **Paul Kampffmeyer:**  
**Sozialdemokratie und Hirdentum.**  
Aus dem Inhalt: Kirche und Staat im feudalen System. — Vom kirchlichen Staat zum Staatskirchentum. — Die zusammenfassende kirchliche Herrschaftsmacht. — Los vom Staatskirchentum. — Entstehung der freien Kirche und freier sozialer Staat. — Religion ist Brinnfacke.  
Heft 3: **Lothar Engelbert Schücking:**  
**Das Elend der preussischen Verwaltung.**  
Aus dem Inhalt: Bureaukratie, Amtsgeheimnis und Amtsverschwiegenheit. — Die Verwaltung durch Konservalive und Jentramolente. — Die preussische Gemeindefassung. — Demokratie, Kultur und Verwaltung. — Der Zweck des Zweckverbandes. — Zum sozialdemokratischen Kommunalprogramm für Preußen.  
Preis jedes Heftes 10 Pf.  
Früher erschienen:  
**Dr. Fritz Brupbacher:**  
**Kindersegen und kein Ende?**  
Preis 30 Pf.  
**Rudolf Franz:**  
Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt  
Reich illustriert. Preis 1 M.  
**Rudolf Franz: Abrechnung.** Politische Versuche.  
Reich illustriert. Preis 1 M.  
**Wilhelm Schröder:**  
**Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage**  
Gebunden Preis 7 M. 288/6

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1.  
Lehrplan für das 2. Quartal 1912.  
Sonntag: **Nationalökonomie.** (Die Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie. 2 Teil.)  
Zusammenfassende Wiederholung des 1. Teils: Kapitalistische Wirtschaftsordnung. Ware. Gesellschaftliche Arbeit. Wert. Geld. Preis. Kapital. — 2. Teil: Mehrwert. Mehrwertrate. — Arbeitskraft. Arbeitslohn. — Akkumulation, Konzentration, Zentralisation des Kapitals. — Die Grundrente. — Die Entwicklungstendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.  
Vortragender: Max Grunwald.  
Sonntag: **Rednerschule** (mündliche und schriftliche Agitationsübungen).  
Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Das Manuskript, die Registratur und die Bibliothek. — Praktische Übungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik.  
Vortragender: Max Grunwald.  
Montag: **Fortschrittsskursus.** (Der historische Materialismus.)  
Unsinnige Anschauungen unserer Gegner darüber. — Was ist Geschichte? Die Unterlage der bürgerlichen Geschichtsauffassungen. — Die wahre Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist: die sozialen Umwälzungen zu erklären. — Diese erklärt der historische Materialismus aus den Änderungen der Produktion (aus den „ökonomischen Verhältnissen“). — Die Anwendung des historischen Materialismus zum Verständnis der Geschichte. (Die gegenwärtige Umwälzung der Gesellschaftsordnung.)  
Vortragender: Julian Borchardt. 6/8\*

Mittwoch: **Literaturgeschichte** (Wanderung durch die deutsche Literaturgeschichte)  
Vortragender: Ernst Däumig.  
Donnerstag: **Sozialpolitik.** (Die Geschichte der sozialpolitischen Gesetzgebung.)  
Gründe und Anlässe für die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Arbeiterversicherung in Deutschland. — Ansätze im früheren Recht. — Pflicht des Unternehmers, Haftpflichtgesetz. — Gehilfen-, Seemanns- und Knappschaftsassen; freie Hilfskassen. — Sozialpolitische Fürsorge in den Einzelstaaten und den Kommunen vor der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung. — Die Arbeiterversicherung im Auslande, in Großbritannien, Oesterreich, Ungarn, Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Skandinavien, Rußland, in der Schweiz und in den nordamerikanischen Staaten.  
Vortragender: Georg Schmidt.

Freitag: **Gewerkschaftswesen.** (Aus Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung.)  
I. Einleitungsvortrag: Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Gewerkschaften. II. Grundsätze der freien Gewerkschaften. III. Gewerkschaftliche Schulung und Disziplin. IV. Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. V. und VI. Kartelle und Unternehmerverbände. VII. und VIII. Tarifverträge. IX. und X. Die wichtigsten gewerkschaftlichen Strömungen des Auslandes  
Vortragender: Emil Dittmer.

Sonnabend: **Geschichte.** (Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.)  
I. Vorgeschichte bis zur Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. II. Lassalle und der Allgemeine deutsche Arbeiterverein bis zu Lassalles Tod. III. Die internationale Arbeiterassoziation. IV. Die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. V. Eisenacher und Lassalleaner. — Innere Kämpfe. — Verfolgungen. — Die Einigung. VI. Attentatsbetriebe. — Das Ausnahmengesetz. — Die erste Wirkung. — Sammlung und Auseinandersetzung mit Most-Hasselmann. VII. Die Partei unter dem Ausnahmengesetz. VIII. Die Fesseln gesprengt. — Innere Klärung: Erneuerung der Organisationen und des Programms. IX. Der Siegeszug der 9er Jahre. — Stellung der Partei zu den Genossenschaften und Gewerkschaften. — Beginn der taktischen Auseinandersetzungen. X. Das letzte Jahrzehnt.  
Vortragender: Emil Eichhorn.

**Unterrichtsbeginn:** Freitag, den 12. April: Gewerkschaftswesen. Sonnabend, den 13. April: Geschichte. Sonntag, den 14. April: Nationalökonomie und Rednerschule. Montag, den 15. April: Fortschrittsskursus. Mittwoch, den 17. April: Literaturgeschichte. Donnerstag, den 18. April: Sozialpolitik.  
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr und endet um 10 Uhr.  
Der Sonntagskursus in Nationalökonomie beginnt um 9 Uhr, der in Rednerschule um 11 1/2 Uhr vormittags.  
Die reichhaltige **Bibliothek** ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2-8 1/2 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr geöffnet.  
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.  
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstr. 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **W. Kaczorowski**, Ravenstr. 6; **Horsch**, Engelauer 15.  
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu senden.  
**Der Vorstand.**

**Drei Tropfen**  
**Kaol**  
flüssige Metall-Politur  
putzen das  
schmutzigste Metall  
spiegelblank  
in Flaschen von 16 bis 50 Pf.  
Überall zu haben.  
Fabrik: Lubszynski & Co.,  
Berlin-Lichtenberg.  
**Die reellsten und billigsten**  
**Möbel**  
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schults**, Reichsberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (3 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Kauf Singer u. Co.**, Berlin SW.

13. Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser.

Dresden, 9. April.

Am Dienstag nach Ostern begann im Volkshause zu Dresden der 13. Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser und verwandten Berufe Deutschlands. Der Verband hat in der Berichtszeit, 1. Januar 1909 bis 31. Dezember 1911, die Verluste, die ihm die Krisenjahre geschlagen, wieder ausgeglichen. Zur Zeit des letzten Verbandstages (1909) war die Mitgliederzahl auf 4249 herabgesunken, nun beträgt sie rund 5000, sie stieg also um 700. Das Verhältnis der Beschäftigten zu den organisierten Glasern zeigt eine vom Vorstand Ende vorigen Jahres aufgenommene Statistik. Diese ergab, daß in 83 Zahlstellen 6383 Kollegen am Ort beschäftigt, von denen 4944 im Zentralverband der Glaser, 41 Rahmenlaser im Deutschen und 3 Rahmenlaser im christlichen Holzarbeiterverband sowie 3 Messinglaser im Metallarbeiterverband organisiert waren. In der Berichtszeit wurden 5 Zahlstellen geschlossen werden, dafür wurden aber 6 Filialen neu gegründet. Die Fluktuation der Mitglieder war eine außerordentlich starke. 4599 Kollegen sind in der Geschäftsperiode dem Verbands begetreten. Wegen restierender Beiträge wurden aber in der gleichen Zeit 2114 gestrichen werden und 475 sind ausgetreten. Die Finanzverhältnisse des Verbandes haben sich in der Berichtszeit in sehr erfreulicher Weise gebessert. Der Massenbestand stieg um 68 083 M., er betrug am 1. Januar 1912 96 063 M., gegen 27 980 M. am 1. Januar 1909. Die Gesamteinnahmen betragen 247 363,67 M., die Ausgaben 151 290,94 M. Die Einnahmen an Wochenbeiträgen beliefen sich in den drei Berichtsjahren auf 331 855 M., gegenüber 256 299 M. in der vorhergehenden Geschäftsperiode. Für Streit- und Gewahrgeldunterstützung wurden 56 058 M., für Arbeitslosenunterstützung 108 903 M. aufgewandt. Für Agitation, die intensiv entfaltet wurde, warf der Verband diesmal bedeutend mehr aus als in früheren Jahren. Die Lohnbewegungen verschlangen 56 058 M.; sie waren sehr zahlreich und wurden bedeutende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen erzielt. Tarifverträge wurden 1909 in 8 Orten, 1910 in 21 und 1911 in 33 Orten abgeschlossen. Internationale Beziehungen hat der Verband mit Bruderorganisationen in Amerika, Dänemark, Oesterreich, Ungarn, Schweden, Schweiz und Belgien gepflegt. Mit den Organisationen in Dänemark und Oesterreich wurden Gegenständigkeitsverträge abgeschlossen. — Die Auflage der Verbandszeitung beträgt 6450; es wurden für sie 24 418 M. aufgewandt.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen neben den Geschäftsberichten u. a. die Punkte: Einführung einer Krankenzusicherung- und Sterbekasse, die Verschmelzungsfrage, Einführung eines Zentralarbeitsnachweises, der Reichstags im Glasergewerbe und die Reichsversicherungsordnung. Der wichtigste Punkt ist natürlich die Verschmelzungsfrage. Der Verbandstag beschäftigt sich mit dieser nicht zum ersten Male, auf dem letzten Verbandstage vor drei Jahren wurde die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband nur mit ganz geringer Mehrheit abgelehnt. Nun werden die Delegierten auch diesmal wieder heiß um diese Frage streiten. Es liegen eine ganze Reihe Anträge zu diesem Punkte vor. Die Zahlstellen Hamburg und Baden sehen nur in dem Bauarbeiterverband die geeignete Berufsorganisation. Anders die Zahlstellen Gaffel, Darmstadt, Dresden, Gera, Heidelberg, Jena, Meissen, Nürnberg, Plauen i. V., Stuttgart, Wiesbaden und Wilm. Diese beantragen den Uebertritt zum Holzarbeiterverband; der auch die berufswertvollste Organisation sein dürfte. Das beweisen allein die Grenzstreitigkeiten mit dem Holzarbeiterverband, über die die Glaser im Geschäftsbericht klagen.

Die Filialen Freiburg i. B., Kaiserslautern, Pforzheim und Saarbrücken sind gegen die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband und haben diesbezügliche Anträge gestellt. Wie die Entscheidung auf dem Verbandstage ausfallen wird, ist daher noch ganz unbestimmt. — Für die Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung hat der Vorstand einen Entwurf ausgearbeitet. Die Einführung bedingt eine wöchentliche Beitragserhöhung um 10 Pf., von 80 auf 70 Pf. — Das sind die zwei Hauptfragen, die größere Erörterungen auf dem Verbandstage hervorgerufen werden.

Der Verbandstag ist von 35 Delegierten und 3 Vorstandsmitgliedern besucht. Die Generalkommission der Gewerkschaften vertritt Umbreit-Berlin.

Nach Einführung verschiedener Kommissionen gab der Verbandsvorsitzende Eichhorn den Geschäftsbericht. Er verwies kurz auf den gedruckten Bericht, aus dem wir oben einen Auszug brachten, und gab seiner Befriedigung über den Aufschwung und die Erfolge des Verbandes Ausdruck.

In der

Debatte über den Geschäftsbericht

erklärten sich die meisten Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen einverstanden. Einen breiten Raum in den Erörterungen nahmen die Grenzstreitigkeiten mit dem Holzarbeiterverband ein. Scharf kritisierte und bedauerte wurde, daß die Zahlstellen Frankfurt a. M. und Offenbach sich dem Beschlusse des letzten Verbandstages zur Verschmelzungsfrage nicht gefügt, die Filialen aufgelöst und sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen haben. Der Verbandsvorstand ist seinerzeit dieserhalb bei der Generalkommission vorstellig geworden. Der Vertreter des Holzarbeiterverbandes gab bei einer Besprechung der Beteiligten vor der Generalkommission die Erklärung ab, daß der Holzarbeiterverband keine Glaser aufnehmen, jedoch gegen die Aufnahme der Rahmenlaser nichts einzuwenden habe. Damit war die Erörterung vor der Generalkommission erledigt. Einige Delegierte, besonders Klotz-Darmstadt und Müller-Hamburg, machten dem Vorstand nun den Vorwurf, daß er bei dieser Besprechung vor der Generalkommission die Interessen des Verbandes nicht energisch genug vertreten habe. Der Vorstand hätte eine prinzipielle Entscheidung auf Grund der Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses verlangen müssen. — Der Holzarbeiterverband in Frankfurt a. M. habe Blanklaser aufgenommen und diese dann fälschlich als Rahmenlaser bezeichnet. Dagegen müsse entschieden aufgetreten werden.

Auch Helm-Leipzig berichtete von dort, daß Glaser vom Holzarbeiterverband aufgenommen werden.

Vöttger-Mannheim betonte, die Gauleitung habe alles getan, um die Auflösung der Zahlstellen Frankfurt a. M. und Offenbach a. M. zu verhindern. Er bedauerte des weiteren, daß in der Berichtszeit 2114 Kollegen wegen restierender Beiträge ausgeschlossen werden mußten. Dagegen müßten Schritte getan, das System der Unterklassierer immer mehr ausgebaut werden. Anerkannt müsse werden, daß der Vorstand in der Berichtsperiode redlich bemüht war, alles zu tun, was im Interesse der Organisation getan werden konnte.

Figel-Berlin wünschte, daß in Ost- und Westpreußen mehr Agitation bei den Blanklasern betrieben wird.

Schwerdt-Karlsruhe (Verbandsklassierer) erklärte zur Grenzstreitigkeitsfrage, die Generalkommission nehme in dieser Sache einen sehr merkwürdigen Standpunkt ein, der später noch näher zu besprechen sei.

Umbreit-Berlin, der Vertreter der Generalkommission, wies die gegen die Generalkommission erhobenen Vorwürfe zurück. Ideale Vorschriften zur Regelung der Grenzstreitigkeiten seien

noch nicht gefunden, und würden wohl auch nicht gefunden werden. Die Generalkommission habe keinerlei Vollmacht, gegen eine Organisation zwingend einzuschreiten. Sie habe keine Exekutivgewalt, sondern könne lediglich versuchen, eine Einigung, eine Klärung zwischen den Parteien herbeizuführen.

Zur Schlusswort ging Eichhorn ausführlich auf die vorgetragenen Einwände ein. Um den Wünschen nach intensiver Betreibung der Agitation Rechnung tragen zu können, sei die Anstellung einer weiteren Kraft für die Agitation notwendig.

Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission wurden dann familiäre Mandate für gültig erklärt.

Den

Kassenbericht

gab hierauf Schwerdt-Karlsruhe. Er hob hervor, daß das Vermögen des Verbandes sich um 68083 M. erhöht hat. Die wichtigsten weiteren Zahlen haben wir bereits gebracht.

Dem Vorstand wurde sodann Entlastung erteilt.

Schiebel-Leipzig erstattete nun den Bericht des Ausschusses. Der Ausschuh kritisierte die Ernennung der Delegierten zum Gewerkschaftskongress durch den Vorstand. Auch erhob er gegen die Stellung des Verbandsorgans zur Kaiserfeier Beschwerde. Der Redakteur habe für den Kaisergedanken zu wenig Propaganda gemacht.

Für die Prehkommision berichtete Vöttger-Mannheim. Prinzipielle Auseinandersetzungen mit der Redaktion hätten nicht stattgefunden. Bezüglich der Kaiserfeier stehe die Prehkommision auf dem Standpunkt, daß das Verbandsorgan mehr Propaganda für die Kaiserfeier machen solle. Die Prehkommision wünscht ferner eine zeitliche Erweiterung des Verbandsorgans.

Die Debatte über diesen Punkt war ohne Verlauf. Der Bericht wurde zustimmend aufgenommen.

Die Verhandlungen wurden dann auf Mittwoch vertagt.

Marktbericht von Berlin am 9. April 1912, nach Ermittlung des Amgl. Viehzuchtamts.

Marktpreisliste. Karffballenpreise (Reinhandel) 100 Kilogramm Gelbes, zum Kochen 34,00—50,00. Speiseböhnen, weiße, 35,00—55,00. Winken 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinhl.) 5,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,80. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,00—5,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Kalle 1,60—3,20. Sander 1,60—3,60. Sechse 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,00—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 9. 4., seit 8. 4. (cm), and Wasserstand, am 9. 4., seit 8. 4. (cm). Rows include Remel, Müst, Pregel, Zisterburg, Weichsel, Thorn, Oder, Ratibor, Krossen, Frankfurt, Barthe, Schrimm, Landsberg, Nege, Vordamm, Elbe, Zeitzmerth, Dresden, Bertha, and Waggburg.

+) + bedeutet Hoch, — faul. — \*) Unterpegel. — \*) nach telegraphischer Meldung Wasserstand heute morgen 270 cm, weiter fallend.

Advertisement for C & A Brenninkmeyer. Features a woman in a suit, a pair of scissors cutting a banner, and the text 'Wozu der lange Name? einfach das genügt!' and 'Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion'. Address: Königstrasse 33, Am Bahnhof Alexanderplatz and Chausseestr. 113, Ecke Invalidenstrasse.

